hlz

C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg
März-April 3-4/2018

PERSONALRATS WAHL

FÜR UNS

2. BIS 4. UND 14. BIS 15. MAI

2018

GEMEINSAM FÜR EINE STARKE VERTRETUNG

Wir unterscheiden zwischen Schlickwatt, Mischwatt, Sandwatt...
... und Bringt-dat-watt!

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring

GEWählen und streiken!

Vom 2. bis 4. und vom 14. bis 15. Mai stehen die Wahlen der schulischen Personalrät_innen und des Gesamtpersonalrats an. Wir wollen, dass die GEW-Kolleg_innen ihre Arbeit weiter fortführen können und setzen auf eine große Wahlbeteiligung. Bitte tragt es in die Kollegien: Es gibt viele gute Gründe, die GEW zu wählen!

Bereits seit drei Wahlperioden setzen sich GEW-Kolleg_innen in Schulpersonalräten und im Gesamtpersonalrat für die Interessen der schulischen Beschäftigten ein. Sie sind bereit, auch in der nächsten Wahlperiode Gewerkschafts- und Personalratsarbeit zu betreiben. In zahlreichen Personalrätekonferenzen, regionalen Personalrätetreffen und innergewerkschaftlichen Arbeitskreisen wurden immer wieder Strategien für die Arbeit entwickelt und Personalrät_innen bei ihrer Arbeit unterstützt und beraten. Sie haben in dieser Zeit Kenntnisse erworben, durch die sie als kompetente Gesprächspartner_innen angesehen werden und mit denen auf Augenhöhe verhandelt wird. Diesen Weg wollen wir mit starken GEW-Personalräten weitergehen.

Die GEW-Personalräte haben an den Schulen, in der BSB und im HIBB immer wieder Initiativen gestartet. Die Schulpersonalräte haben eine große Anzahl an Mitbestimmungsvorlagen bearbeitet, Dienstvereinbarungen abgeschlossen und immer wieder darauf hingewiesen, dass Gesetze und Regelungen eingehalten werden müssen. Auch der Gesamtpersonalrat hat auf allen Ebenen erfolgreich für die schulischen Beschäftigten gearbeitet, dazu hat auch er Dienstvereinbarungen abgeschlossen, Behördenfestlegungen eingefordert und alle anderen rechtlichen Möglichkeiten der Mitbestimmung genutzt.

Bei den Beamt_innen ist die GEW aktuell mit fast 80 % aller Stimmen die stärkste Fraktion. Auch bei den Angestellten hält sie die Mehrheit der Stimmen und konnte bei der letzten Wahl sogar noch zulegen. Insgesamt stellt die GEW aktuell 18 von 25 Gesamtpersonalrät_innen – für uns ein Ausdruck des Vertrauens in die Arbeit der GEW im Gesamtpersonalrat unter dem Vorsitz von Roland Kasprzak.

Aktuell findet die Tarifrunde im öffentlichen Dienst (TVöD) statt. Auch in der zweiten Runde der Tarifverhandlungen haben die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten noch einmal ihre Forderung nach sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200 Euro bekräftigt. Bei frostigen Temperaturen fand am 21. März ein ganztägiger Warnstreik statt. Im Anschluss an eine Kundgebung der ver.di-Kolleg_innen am Besenbinderhof trafen sich die streikenden GEW-Kolleg_innen im Streiklokal im Curiohaus der GEW.

Jede_r weiß, dass es entscheidend auf Bildung und auch auf die frühkindliche Bildung ankommt. Es wäre genug Geld da, um den Ansprüchen der Kinder auf Qualität, aber auch den Ansprüchen der Beschäftigten auf gute Arbeitsbedingungen und guten Lohn zu entsprechen. Die Forderungen der GEW sind vernünftig und bezahlbar. Die Beschäftigten machen ihre Arbeit gerne, gut und zuverlässig und wollen auch gute Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung. Die Kolleg_innen in den Kitas, Schulen und sozialen Einrichtungen haben gezeigt, dass mit ihnen zu rechnen ist, wenn sie für ihre berechtigten Forderungen auf die Straße gehen.

Die Reallöhne müssen für alle Beschäftigten kräftig steigen. Wann, wenn nicht jetzt: Die öffentliche Hand hat im vergangenen Jahr einen Rekordüberschuss von 38,4 Milliarden Euro eingefahren. Dafür haben die Beschäftigten mit ihrer Arbeit die Voraussetzungen geschaffen, nun müssen sie an dieser Entwicklung beteiligt werden. Wir betonen, dass die Gehälter im öffentlichen Dienst seit 2000 weniger stark gestiegen sind als in der Gesamtwirtschaft. Die Lücke beträgt rund vier Prozent und muss schrittweise geschlossen werden. Steigende Reallöhne sind wichtig, um die Binnenkonjunktur weiter anzukurbeln. Die dritte und letzte Verhandlungsrunde findet am 15./16. April in Potsdam statt.

PERSONALRATS WAHL FÜR UNS

stark Seite 16
Damit unser Einfluss in den Schulen, aber natürlich auch auf die Politik der Behörde insgesamt mindestens so stark bleibt, wie er war, stehen alle Zeichen bei den Personalratswahlen auf Sturm.

niederschmetternd Seite 22
Das Ergebnis der Untersuchung der Arbeitszeit von Lehrer_innen in Niedersachsen lässt die Alarmglocken läuten: Die nicht aus Hamburg stammenden Kolleg_innen werden abgeschreckt sein, die Kolleg_innen vor Ort sich nicht mit den gegebenen Verhältnissen abfinden.

verzwickt Seite 32
Die Trump'schen Versuche, durch Einschränkungen des Freihandels bestimmten Branchen der US-Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen, mögen scheitern; so frech, wie es zunächst scheint, sind sie trotzdem nicht. Und was hat das alles mit den Tarifverhandlungen zu tun?

verheißungsvoll Seite 8
Eine überraschend große Zusammenkunft von Kolleg_innen nicht nur aus dem Grundschulbereich offenbarte die Bereitschaft, sich nicht länger mit einer schlechteren Bezahlung, als andere Lehrkräfte sie haben, abzufinden: JA13 – der Kampf geht weiter!

Foto: hlz

Magazin

Gender
Fit für Vielfalt? 27

Pädagogik
Frei von Bluff 30

Protektionismus 1
Hat Trump recht? 32

Protektionismus 2
Im Dschungelcamp 36

Griechenland
Prekäre Beschäftigung 44

Volksinitiative
Tschüss Kohle 46

Rezension
Rechtspopulisten in Österreich 47

Nazis
Betriebsratswahlen im Fokus der Rechten 50

GEW

JA13
Vom Osten lernen 8

Tarifrunde
Schlussmarathon 10

KiJu
Die Offene Liste 14

Gewerkschaftstag
Was steht an? 26

Mitgliederentwicklung
Der Stand der Dinge 38

Verbandsgeschichte 1
Traeger: Erklärungen nachgereicht 52

Verbandsgeschichte 2
Verantwortung übernehmen 60

Titel

PR-Wahl 16

Bildungspolitik

KiJu
30 Tausend Unterschriften 12

Ganztag
Dienstvereinbarung fällig 19

Referendar_innen
Keine Löcherstopfer_innen 20

Arbeitszeit
Oh Schreck! 22

Schulstruktur
Keine Pseudoverbesserungen 28

Rubriken

hlz-Notiz 3

Leser_innenbriefe 6

gb@-Seminare 42

Impressum 61

GEW-Termine 62

Rätsel 63

Aus dem allgemeinen... 64

…und los Seite 10
Um unseren Verhandler_innen den notwendigen Rückenwind für die kommende Verhandlungsrunde mit auf den Weg zu geben, ruft die GEW alle betroffenen Mitglieder auf, sich am **Do., 12.4.** an einem **Warnstreik** zu beteiligen.

völkisch Seite 50
Die ‚Neue Rechte' macht mobil und versucht u.a. über Beteiligung an Betriebsratswahlen, die Gewerkschaften aufzumischen. Deren Schulterschluss reicht weit ins rechts-konservative Lager.

nachgereicht Seite 52
Hans-Peter de Lorent schließt die Lücke in seiner Max Traeger-Biografie: über Traegers Rolle in der Deutschen Staatspartei.

avantgardistisch Seite 30
Nicht nur wegen der Libeskind-Architektur hat die Universitätsstadt Lüneburg längst ihr eigenes unverwechselbares Profil. Der passende Ort zu einem beachtenswerten nationalen Bildungskongress.

Foto: fLeuphana/Uni

hlz · Rothenbaumchaussee 15 · 20148 Hamburg
hlz@gew-hamburg.de · Tel. 4 50 46 58

Leser_innenbriefe an: *hlz@gew-hamburg.de*
(wir belassen ggf. alte Schreibung)

Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

legal oder legitim

Leserbrief zum Leserbrief aus hlz 1-2/18 zum G 20

Zu deinen Anmerkungen, Kollege Pauls: Die Debatte ist notwendig! Sachliche Irrtümer und falsche Urteile sind zu vermeiden. Mit einem „Weltbild" hat das nichts gemein. Es geht um die Erklärung des Gegenstands, mit dem Ziel, die Objektivität der gesellschaftlichen Wirklichkeit abzubilden; treten Fehler auf, sind sie zu korrigieren. Da der Text gekürzt abgedruckt wurde, sind Argumentationsstränge gekappt worden. Deswegen hier:

Wenn die 20 mächtigsten Staatenlenker zusammenkommen, um als Verantwortliche für alle Problemlagen der Menschheit aufzutreten, ist der Rahmen eine Feier der Macht. Die renommiert damit, so etwas störungsfrei und die Demo möglichst ohne Polizeimaßnahmen auszurichten, die unter diktatorischen Verhältnissen üblich sind. Die Zusammenkunft ruft massenhaft Menschen auf den Plan, die den Gipfel nutzen, um ihren Protest gegen die Macher der Weltpolitik vorzutragen. Das geht von den „vielen Tausend friedlichen Demonstranten", die bunt gekleidet, singend und tanzend einem Happening gleich der Politik zeigen wollen, dass ein alternatives Leben möglich ist, bis zu den Aktivist_innen, die eine Konfrontation mit den Ordnungshütern nicht scheuen. Weltpolitik ist für sie Imperialismus. Durch ihre Provokationen wollen sie das Menschenfeindliche des Systems des sonst zivilen Lebens herauskitzeln und so den Menschen zeigen, dass auch hier die globale Gewalt des Kapitalismus am Werk ist, wenn die Ordnungskräfte mit ihren Mitteln gegen Vermummung, Pyrotechnik, Sitzblockaden, Steinwurf und sonstige Ordnungsverletzungen vorgehen. Ein kaum lösbarer Spagat zwischen: demokratischen Protest erlauben und keine Störung zulassen. Mit dem Resultat des Zickzackkurses richterlichen Zulassens und gewaltsamen Abräumen von Camps oder der Erlaubnis einer Demo und nachfolgend ihre gewaltmäßige Auflösung. Die Folgen veranschaulicht g20-doku.org. Die Staatsgewalt demonstriert, dass die gewährte Liberalität ihr Maß in der Unterordnung unter staatliches Demonstrations- und Strafrecht findet. Die Gewaltpräsenz dient der Kontrolle. Ob damit Denkanstöße zur Hinterfragung der Verhältnisse für jemanden gegeben sind? Zweifelhaft!

Die Politiker sind als Standortverwalter für Verhältnisse verantwortlich - die Gegenstand der Gipfel sind - mit den Resultaten der Zerstörungen, die der globale Kapitalismus anrichtet: die Energieerzeugung durch fossile Brennstoffe ruiniert das Weltklima und damit die Lebensgrundlagen vieler; die Verelendung der III. Welt durch den Abtransport von Rohstoffen bei Desinteresse an den Millionen Hungerleider_innen, von denen einige auch noch die natürlichen und befestigten Grenzen der EU überwinden. Sowie die Ordnungskriege, die der Westen im Nahen Osten geführt hat und führt, stehen für Zustände, die Millionen als Flüchtlinge aus ihrem Lebensraum vertrieben haben. So sehen die teilhabenden konkurrierenden Staaten in diesen Zuständen eine Gefahr für ihren jeweiligen nationalen Erfolg. Ihre Weltgemeinschaft, die sie mit ihrer Gewalt dominieren, gefährdet mit den Verwüstungen tatsächlich die Stabilität und damit das Fortsetzen der internationalen Konkurrenz.

Was hat es mit dem hohen Gut des Demonstrationsrechts auf sich? Das öffentliche Zusammenfinden, die Kundgabe von Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, das vorstellig machen von Forderungen an die Politik, auch die Klage mangelnder Konsequenzen; dieses Procedere erlaubt die Demokratie. Vorausgesetzt die Vorgaben der Polizei und des Ordnungsamtes werden eingehalten. Da kommt es zu pingeligen bis schikanösen Auflagen: Verlegung der Route, Vorgaben für Transparente und Lautsprecherstärke, eine Kleiderordnung, die das Gesicht erkennbar zeigt. Das verweist auf den Inhalt: Leute, die der Politik Versäumnisse etc. vorhalten, haben sich mit ihrem Protest der öffentlichen Ordnung und somit dem Gewaltmonopol zu fügen. Sehr genau unterscheiden die staatlichen Stellen zwischen legitimer Meinungsäußerung und Kritik am staatlichen Tun. Der Inhalt einer Demo wird zur Nebensache, ob rechts oder links, konstruktiv oder kritisch-fundamental, solange die genehmigten Vorschriften eingehalten werden. Um Menschen mit begründeter Kritik an Politik und Ökonomie kümmern sich andere Ämter!

F. BERNHARDT, I. R.

Solidarität mit Ahmet Altan

Ahmeht, Journalist und Romanautor, ist in der Türkei am 16. Februar zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Er hätte „unterschwellige Botschaften" über den Putsch verbreitet. Wir protestieren angesichts dieser monströsen Beschuldigungen! *Die Redaktion*

Gewolltes beiseitelassen!

hlz 1-2/18 S. 55

Zum Beleg für untadeligen Anti-Nazismus der Deutschen Staatspartei – Mitglied Max Traeger – fügt Doktor Berlin auf Seite 58 unten einen Ausriss aus einem derer Wahlaufrufe zur Reichstagswahl am 5. März 1933 ein: „Die Todfeinde der Demokratie sind zur Herrschaft gelangt. [...] Sie wollen, dass das deutsche Volk am 5. März ihre Herrschaft bestätigt." [...]

Am 23. März 1933, nicht einmal drei Wochen nach dieser Wahl, war es dann die Deutsche Staatspartei selbst, ganz vorne mit dabei Heinrich Landahl, die für das Ermächtigungsgesetz stimmte und auf ihre ganz eigene Weise die Herrschaft der NSDAP bestätigte.

Woher nimmt Geschichtslehrer Doktor Berlin die Chuzpe, sich seitenweise über Weglassungen bei Nette/Romey auszubreiten, das schändliche Verhalten der Deutschen Staatspartei im Reichstag aber gänzlich zu verschweigen?

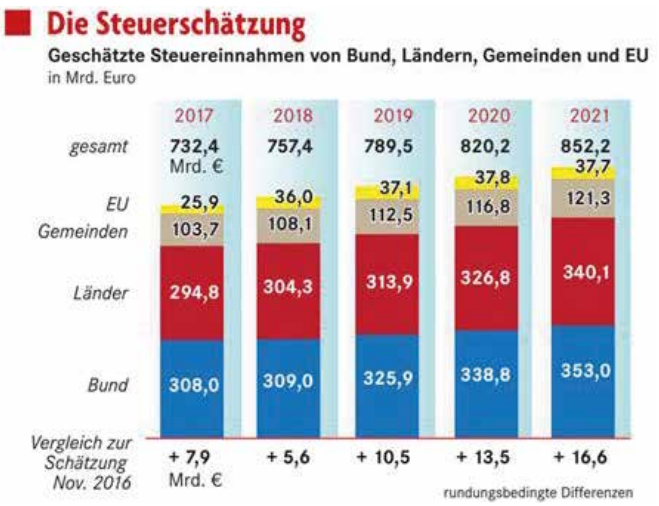
HUBERTUS ROMAHN

P.S. Gestern noch antinazistische Wahlkampfparolen auf DStP-Plakaten und -Flugblättern, dann aber Einvernehmen mit der NSDAP beim Ermächtigungsgesetz. Theodor Heuss und Hermann Dietrich, zwei DStP-Jasager (wider Willen, wie sie erklärten), haben dieses eigentümliche Geschehen so geschildert:

"[...] Vorausgegangen war eine lange Beratung des Parteiausschusses. [...] In jenem Parteiausschuß war dies das Charakteristische, daß vor allem die Beamten der verschiedenen Kategorien, mochten sie bisher innerhalb des Parteibetriebes zu der sogenannten radikaleren Richtung gehört haben, die Abgeordneten beschworen, ja zu sagen. Sie fürchteten und, wie es sich später zeigte, nicht ohne Grund, zu dem der Verfolgung am meisten ausgesetzten Menschenkreis zu gehören, wobei Verfolgung Pensionierung mit geringen Bezügen, Strafversetzung, Nichtbeförderung u.s.f. hieß. Der Vertrauensmännertyp der Partei waren Lehrer, Postbeamte an den kleineren Plätzen. [...]"

Dietrich nach der Abstimmung in Rundschreiben an Parteimitglieder: "[...] Die Staatspartei, so entschuldigte Dietrich das Abstimmungsverhalten, hätte auf keinen Fall als einzige bürgerliche Partei mit der 'marxistischen' SPD stimmen dürfen. Es wäre darauf angekommen, die Existenz vieler Beamter zu sichern, die der Staatspartei angehörten und die dann als vermeintliche Marxisten ihre Stellung verloren hätten.[...]" (zitiert nach Christof Brauers, "Die FDP in Hamburg 1945-1953")

Heuss 1947 in einem Brief an Kurt Hiller: (All dies ist dem Doktor B. selbstverständlich auch bekannt.)



Quelle: Bundesfinanzministerium

7,9 Prozent mehr als gedacht allein in diesem Jahr sind knapp 58 Milliarden. Eine wahre Geldschwemme! Das schafft Rückenwind für die Tarifverhandlungen (s. S. 10).

Letzte Meldung: Die deutschen Kommunen haben im vergangenen Jahr dank der guten Konjunktur und sinkender Zinskosten einen Rekordüberschuss erzielt. Die Kern- und Extrahaushalte der Gemeinden – ohne die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen – schafften ein Plus von 10,7 Milliarden Euro. "Seit 2012 war der Saldo aus Einnahmen und Ausgaben stets positiv und erreichte 2017 einen neuen Rekordwert", erklärte das Statistische Bundesamt am 3.4.2018.

Auf den ersten Blick scheinen die Auseinandersetzungen um die Geschichte unseres Verbandes vielleicht weit hergeholt. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Einflusses nationalistischer Strömungen mit durchaus auch völkischer Ideologie gewinnt die Auseinandersetzung unmittelbar an Aktualität. Nicht umsonst haben wir uns in dieser Ausgabe deswegen entschieden, das Thema allgemein (S. 47-51) aufzugreifen und die Diskutanten um die Auflösung der Weimarer Republik, dem Abschnitt deutscher Geschichte, in der die politischen Lager sich erdrutschartig veränderten, ausführlich zu Wort kommen zu lassen. (S. 52-61)

Die Redaktion

Trotz des wohl unglücklich gewählten Termins – es war der Tag an dem in den Grundschulen Fasching gefeiert wurde –, hatten sich Viele auf den Weg gemacht, um auf die Ungerechtigkeit in ihre Bezahlung ihren Protest auszudrücken. Der Platz in unseren Räumen ABC langte kaum aus, um die alle unterzubringen. Schöner war es dann nur noch, die Stimmung der Anwesenden wahrzunehmen: Keinesfalls Resignation oder ein sich Abfinden mit dem Gegebenen war zu spüren. Die in ihrer großen Mehrheit jungen Kolleg_innen einer neuen Lehrer_innengeneration machten unmissverständlich klar, dass sie nicht bereit sind, ihr Los als am untersten Ende der Lehrer_innenbesoldung Stehende weiter zu akzeptieren. Und so war nach dem Vortrag des aus Würzburg angereisten Rechtswissenschaftlers Ralf Brinktrine, der die rechtlichen Chancen, die Forderung nach einer A13-Besoldung für alle durchzusetzen, als durchaus chancenreich beschrieb, klar: Alle waren bereit, der Forderung auch auf der Straße Nachdruck zu verleihen. Demnächst werden also viele Kolleg_innen auf der Straße mit der GEW-Fahne Flagge zeigen und diesmal vom Westen aus Gleichbehandlung einfordern. JG

Vom Osten lernen…

In Sachsen kündigte die Landesregierung vor einigen Tagen an, künftig auch Grundschullehrkräfte nach E13 oder A13 zu bezahlen. Zudem werden nicht nur die Lehrkräfte mit einer zehn Semester dauernden Bachelor-Master-Ausbildung, sondern auch diejenigen, die ältere und DDR-Ausbildungen absolviert haben, künftig besser bezahlt. Vorreiter für eine bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte waren im vergangenen Jahr die Länder Berlin und Brandenburg. Die Bundesvorsitzende Marlis Tepe betonte, dass die schlechtere Bezahlung an Grundschulen Frauen mittelbar diskriminiere. Der Frauenanteil an Grundschulen liege bei gut 90 Prozent. „Das ist nicht mit der Verfassung zu vereinbaren. Mit dieser Diskriminierung muss endlich Schluss sein."

Fotos: hlz

Meldete sich nicht, um sich mit dem Gegebenen abzufinden

Der Anfang ist gemacht

Der Startschuss für die Tarifverhandlungen fiel am 26. Februar. Es geht um die allgemeine Lohnerhöhung für alle kommunalen Beschäftigten. Dazu zählen auch die Kolleginnen und Kollegen in den kommunalen Kitas und der Jugendhilfe.

Die GEW verlangt:
- Sechs Prozent mehr Gehalt
- die Anhebung kleinerer Einkommen durch einen Mindestbetrag von 200 Euro
- die Anhebung der Jahressonderzahlung Ost auf das Niveau der West- Kommunen
- die tarifliche Eingruppierung für angestellte kommunale Lehrkräfte im Geltungsbereich des TVöD

In dieser Tarifrunde geht es vor allem ums Geld. Nur wenn die Gehälter regelmäßig erhöht werden, hält das Einkommen der Beschäftigten mit steigenden Lebenshaltungskosten und der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt. Die zentrale Forderung – eine Lohnerhöhung um sechs Prozent – begründen die Gewerkschaften unter anderem damit, dass der öffentliche Dienst im Wettbewerb um dringend benötigte Fachkräfte attraktiver werden muss und sich nicht weiter von der Privatwirtschaft abhängen lassen darf. Während die Löhne in der Gesamtwirtschaft seit 2000 um 44,8 Prozent gestiegen sind, sind Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mit einer Lohnsteigerung von nur 40,6 Prozent schlechter gestellt. Das darf nicht sein, denn Geld für eine bessere Bezahlung ist vorhanden: Die Steuereinnahmen steigen seit Jahren, diese Entwicklung wird sich Experten zufolge voraussichtlich fortsetzen. Gleichzeitig sank die Verschuldung der Kommunen. Bei der Ermittlung einer konkreten Prozentzahl ihrer Lohnforderung beziehen sich die Gewerkschaften ferner auf zusammenfassende statistische Größen wie den Index der Verbraucherpreise, die Inflationsrate und den Anstieg der Arbeitsproduktivität.

Weitere Zahlen im Detail:
- Laut Prognose der Beratungsfirma PwC aus dem Jahr 2017 sind 2030 rund 816.000 Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt.
- Einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2016 zufolge fehlen derzeit mindestens 110.000 Vollzeitstellen – bei

der Kinderbetreuung, in den Finanzverwaltungen, bei der Polizei und im Schulbereich.

- Die Steuereinnahmen wuchsen 2017 beim Bund um 4,1 Prozent und bei den Gemeinden um 6,7 Prozent.
- Alle Kommunen zusammen bauten ihre Verschuldung um 4,6 Milliarden Euro ab, der Bund verringerte seine Verschuldung im Vergleich zum Vorjahr um rund 30 Milliarden Euro.
- Durch die nach oben geschnellte Inflation betrug die Reallohnsteigerung 2017 nur 0,7 Prozent. Das ist weniger als die Produktivitätsentwicklung, die bei 0,8 Prozent lag.
- Für 2018 rechnet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung (IMK) mit einer Erhöhung der Verbraucherpreise um 1,5 Prozent.
- Der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt wird 2018 nach Schätzung des IMK bei 1,0 Prozent liegen.

Die Beschäftigten wünschen sich gute Arbeitsbedingungen

Die Beschäftigten wünschen sich nicht nur eine faire Bezahlung, sondern gute Arbeitsbedingungen. In Zeiten des Fachkräftemangels und wachsender Anforderungen an den öffentlichen Dienst erleben sie eine zunehmende Entgrenzung ihrer Arbeitszeiten, Stress und Arbeitsverdichtung. Sie fordern eine aufgabengerechte Personalausstattung, wirksame Maßnahmen zum Gesundheitsschutz und Entlastungen für ältere Beschäftigte. Sie fordern Anerkennung und Wertschätzung für ihre Arbeit. All dies sind wichtige Themen, für die sich die GEW unermüdlich stark macht. Nicht alle diese berechtigten Anliegen können tariflich geregelt werden. Die Themen, die tariflich gelöst werden können, nehmen die Gewerkschaften in die Tarifverhandlungen mit. Streiken können wir diesmal nur für die Forderung nach den sechs Prozent, mindestens aber 200 Euro mehr Gehalt. Das Ziel, die Arbeitsbedingungen insgesamt zu verbessern, verlieren wir trotzdem nicht aus den Augen. Ein Beispiel dafür ist unser Engagement, in der Politik Mitstreiterinnen und Mitstreiter für ein echtes Kita-Qualitätsgesetz zu finden.

STEFAN BRASSE, GEW-Bund

30 000

Am 5. März 2018 übergab das Kitanetzwerk für die Volksinitiative „Mehr Hände für Hamburger Kitas“ über 30.000 Unterschriften an die Senatskanzlei. Die Übergabe wurde von Eltern, Pädagog_innen und Kindern begleitet. Nun gehen die Unterschriften in die Prüfung, aber bei der großen Anzahl von 30 000 gesammelten Unterschriften sind wir mehr als sicher, dass die erforderlichen 10 000 Unterschriften erreicht werden. Dann können die Verhandlungen hoffentlich kurzfristig starten.

Wir möchten uns herzlich bedanken bei allen Pädagog_innen, Eltern und Leitungskräften, die uns unterstützt haben und beim Sammeln dabei waren. Auch sagen wir Danke an alle Unterstützer_innen, die uns ihre Unterschrift gegeben haben. Nun wird sich hoffentlich zeigen, wie ernst der Senat unser Anliegen nimmt.

KITA-NETZWERK HAMBURG

Fotos: Volksini, „Mehr Hände für Hamburger Kitas"

Der Personalmangel hat die Elbkinder fest im Griff

Überall ist zu spüren, dass der Personalmangel die Elbkinder fest im Griff hat. Jede Woche gibt es massenhafte Stellenausschreibungen. Dazu kommen zurzeit extrem hohe Ausfallzeiten. Das ist nicht verwunderlich, denn die Anforderungen und Anweisungen werden trotz des Personalmangels kaum oder gar nicht heruntergeschraubt. Rechtfertigt diese Situation alle einzustellen, die vor unserer Tür stehen? Ist es euch wirklich egal, wer da tagtäglich neben euch in der Gruppe steht? Wozu habt ihr eine Ausbildung über 2, 3, 4 oder gar 5 Jahre gemacht, wenn es auch ohne geht! Was hat diese Herangehensweise für Auswirkungen auf die Zukunft und die Aufwertung der pädagogischen Berufe?

Was hat die Debatte mit der Betriebsratswahl zu tun?

Die Kolleg*innen **D**er **O**ffenen **L**iste beschäftigen diese Themen auch. Die Bedingungen vor Ort müssen verbessert werden, damit die Beschäftigten die Arbeit leisten können und mehr Fachkräfte die Arbeit aufnehmen bzw. wieder zurückkommen. Die Öffnung des Arbeitsmarktes muss mit einer Betriebsvereinbarung in geregelten Bahnen verlaufen, u.a. mit Einarbeitungskonzepten, Verteilung der Verantwortlichkeiten und Anleitungen mit Stundenkontingenten. Sie darf nicht zur Dauerlösung werden. Dafür setzt sich **D**ie **O**ffene **L**iste im Betriebsrat und im KITA-Netzwerk ein.

Betriebsratswahl bei den Elbkindern vom 17.04.-26.04.2018

Die **O**ffene **L**iste kooperiert mit der **GEW** und sie hat ihre Vorschlagsliste eingereicht. Betriebsräte sind in Betrieben das einzige demokratische Gremium. Es geht darum, wie eure Interessen vertreten werden. Die Positionen **D**er **O**ffenen **L**iste könnt ihr im Detail in der Wahlbroschüre nachlesen und ihr könnt sehen, wer für unsere Liste kandidiert. Das Material ist in die Kitas gegangen, aber ihr findet es auch im Intranet. Der Wahlvorstand kommt zur Durchführung der BR-Wahl in die Kitas. Achtet auf die entsprechenden Wahlzeiten. Parallel ist Briefwahl möglich, wenn ihr sie beantragt.

MACHT VON EUREM WAHLRECHT GEBRAUCH, JEDE STIMME ZÄHLT, UM ETWAS VERÄNDERN ZU KÖNNEN!

Wählt Liste 1: Kennwort „Die Offene Liste“!!!

Tarifauseinandersetzung 2018

Die pädagogischen Arbeitsbereiche müssen attraktiver werden, u. a. weil mehr Arbeitskräfte gebraucht werden. Die **GEW** und **D**ie **O**ffene **L**iste fordern weiterhin eine Aufwertung für pädagogische Fachkräfte. Gutes Geld für gute Arbeit!
Und schließlich brauchen wir alle mehr Geld, um die steigenden Lebenshaltungskosten aufzufangen und um uns auch mal was gönnen zu können. Die Arbeitgeber jammern auf hohem Niveau.
Vor allem den unteren Gehaltsgruppen gönnen sie freiwillig keine kräftige Erhöhung.
Das lassen wir uns nicht gefallen.
Auch in HH ist die Streikwelle erfolgreich angerollt und viele GEW-Kolleg*innen, vor allem von den Elbkindern, haben auf der Kundgebung am Besenbinderhof und im Curiohaus Flagge gezeigt.

SO KÖNNEN WIR ETWAS ERREICHEN!

Die Offene Liste GEW

Die Liste zum Mitmachen

Eure Interessen sind unsere Themen

Für mehr qualifizierte Fachkräfte!

Denn Jung und Alt sitzen in einem Boot

PERSONALRATS WAHL FÜR UNS

Personalrat WÄHLEN

Die Kandidatinnen und Kandidaten der GEW für die GPR-Wahl 2018

GEW

GEWählen

Die GEW-Kandidat*innen für die Personalratswahl sind kompetent: Sie haben in den Personalräten der Schulen und im Gesamtpersonalrat viele Jahre Erfahrungen gesammelt. Sie kennen die Bedürfnisse der Kolleg_innen und die Rahmenbedingungen der Arbeit an den Schulen. Wir unterstützen euch!

Die GEW-Personalräte setzen sich für gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Bildungsbereich ein. Sie achten darauf, dass die gesetzlichen Regelungen und Bestimmungen des Arbeitsschutzes wie die zum betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM), zur Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung oder zum altersgerechten Arbeiten an den Hamburger Schulen eingehalten werden.

Neben den Themen rund um den Arbeits- und Gesundheitsschutz mischen GEW-Personalräte beispielsweise mit bei der „Schule 4.0" und der Digitalisierung von Lernen und Schule. Die GEW erreicht auch Verbesserungen beim Thema Inklusion, u.a. mit der Volksinitiative Inklusion, die 300 Stellen mehr dafür geschaffen hat! Die GEW-Personalräte werden darauf achten, dass diese Stellen auch an ihrem Bestimmungsort ankommen.

Starke Vertretung

Dafür und für vieles mehr treten die Kandidatinnen und Kandidaten der GEW an. Wir wünschen uns eine hohe Wahlbeteiligung bei den Personalratswahlen 2018. Damit können wir zeigen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen hinter unserer Arbeit stehen und haben den notwendigen Rückhalt, wenn es einmal unbequemer wird. Es braucht eine starke Gewerkschaft und starke Personalräte, um sich den kommenden Herausforderungen auf Augenhöhe zu stellen sowie Lösungen für ein gutes Arbeiten und ein besseres Miteinander durchzusetzen.

PERSONALRATS WAHL FÜR UNS

2. BIS 4. UND 14. BIS 15. MAI

2018

Wählen für die Mitbestimmung!

- ***Mitbestimmung:*** Nur wer seine Rechte kennt, kann auch mitbestimmen. Die Personalräte der GEW setzen die Rechte aller Beschäftigten durch. Dabei helfen ihnen Gesetze und Regelungen, die zum Beispiel im Personalvertretungsgesetz festgehalten sind.
- ***Know-how:*** Nah dran an den Themen, die bewegen und immer gut informiert: Die GEW-Personalräte kümmern sich, wenn der Schuh drückt.
- ***Netzwerk:*** Im Austausch mit Personalräten auch bundesweit und unterstützt durch die Gewerkschaft sind die GEW-Personalräte immer einen Schritt weiter und setzen innovative Regelungen um.

Lucie Kuhse
Lehrerin
Helmut-Schmidt-Gymnasium

Roland Kasprzak
Lehrer
ITECH Elbinsel (BS14)

Carsten Arnheim
Lehrer
Adolph-Schönfelder-Schule

Ingrid Thiele
Sozialpädagogin
Erich-Kästner-STS

Sven Quiring
Sonderpädagoge
ReBBZ Mitte

PERSONALRATS WAHL FÜR UNS

GEW

Die Kandidatinnen und Kandidaten der GEW

Terk Mohr
Lehrer
Ida-Ehre-STS

Uta Stremmel
Lehrerin
Helene-Lange-Gymnasium

Mareile Stäcker
Lehrerin
GS Müssenredder

Rudolf Riep
Lehrer
Gymnasium Hamm

Claudia Wystrach
Lehrerin
FSP I

Manuela Kirschbaum
Erzieherin
Schule Eduardstraße

Sabine Bielefeldt
Lehrerin
GS Mümmelmannsberg

Bodo Haß
Therapeut
Schule Hirtenweg

Marlies Tatje
Lehrerin
FSP I

Manuela Wrede
Sozialpädagogin
Gretel-Bergmann-Schule

Ute Koch
Lehrerin
BS 25

Thorsten Gehlsen
Lehrer
Julius-Leber-STS

Yvonne Heimbüchel
Lehrerin
Helene-Lange-Gymnasium

Sylviane Destenay
Lehrerin
Louise-Schroeder-Schule

Hajo Luuk
Lehrer
Schule City Süd (BS 32)

César Varela Agra
Lehrer
Heinrich-Heine-Gymnasium

Andrea Weisz
Lehrerin
Anna-Warburg (BS 23)

Dirk Poppner
Lehrer
Schule Turmweg

Mareike Geiling
Sonderpädagogin
ReBBZ Winterhude

Matias Töpfer
Lehrer
Kurt-Tucholsky-STS

PERSONALRATS WAHL FÜR UNS

GEW

Die Kandidatinnen und Kandidaten der GEW für die GPR-Wahl 2018

*Beamt*innen*

	Name	Berufs-bezeichnung	Betriebsgruppe
1	Kuhse, Lucie	Lehrerin	Helmut-Schmidt-Gymnasium
2	Kasprzak, Roland	Lehrer	ITECH Elbinsel (BS14)
3	Arnheim, Carsten	Lehrer	Adolph-Schönfelder-Schule
4	Thiele, Ingrid	Sozialpädagogin	Erich-Kästner-STS
5	Quiring, Sven	Sonderpädagoge	ReBBZ Mitte
6	Koch, Ute	Lehrerin	BS 25
7	Gehlsen, Thorsten	Lehrer	Julius-Leber-STS
8	Heimbüchel, Yvonne	Lehrerin	Helene-Lange-Gymnasium
9	Destenay, Sylviane	Lehrerin	Louise-Schroeder-Schule
10	Luuk, Hajo	Lehrer	Schule City Süd (BS 32)
11	Mohr, Terk	Lehrer	Ida-Ehre-STS
12	Stremmel, Uta	Lehrerin	Helene-Lange-Gymnasium
13	Stäcker, Mareile	Lehrerin	GS Müssenredder
14	Riep, Rudolf	Lehrer	Gymnasium Hamm
15	Wystrach, Claudia	Lehrerin	FSP I
16	Waldmann, Ole	Lehrer	Gretel-Bergmann-Schule
17	Varela Agra, César	Lehrer	Heinrich-Heine-Gymnasium
18	Weisz, Andrea	Lehrerin	Anna-Warburg (BS 23)
19	Poppner, Dirk	Lehrer	Schule Turmweg
20	Geiling, Mareike	Sonderpädagogin	ReBBZ Winterhude
21	Burmester, Anja	Lehrerin	Schule Oldenfelde
22	Eisenschmidt, Björn	Lehrer	BS City Nord (BS 28)
23	Panebianco, Debora	Lehrerin	Schule Buckhorn
24	Brockmann, Kay	Lehrer	Schule Bekkamp
25	Jakobi, Tom	Lehrer	Gymnasium Osterbek
26	Sandmann, Olaf	Lehrer	BS 04
27	Marien, Oliver	Lehrer	Goethe Schule
28	Eiselen, Joachim	Lehrer	Schule Buckhorn
29	Wendt, Maike	Lehrerin	GS Mümmelmannsberg
30	Voigtsberger, Stephanie	Lehrer	Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium
31	Albers, Henrik	Sonderpädagoge	ReBBZ Wandsbek
32	Oltmanns, Ole	Lehrer	Irena-Sender-Schule
33	Großer, Nils	Lehrer	Fritz-Schumacher-STS
34	Kraft, Maximillian	Lehrer	Otto-Hahn-Schule

Angestellte

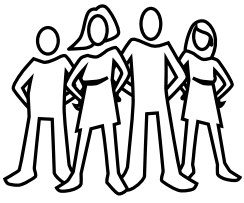
	Name	Berufs-bezeichnung	Betriebsgruppe
1	Töpfer, Matias	Lehrer	Kurt-Tucholsky-STS
2	Kirschbaum, Manuela	Erzieherin	Schule Eduardstraße
3	Bielefeldt, Sabine	Lehrerin	GS Mümmelmannsberg
4	Haß, Bodo	Therapeut	Schule Hirtenweg
5	Tatje, Marlies	Lehrerin	FSP I
6	Wrede, Manuela	Sozialpädagogin	Gretel-Bergmann-Schule
7	Lund, Alexander	Sozialpädagoge	Fritz-Schumacher STS
8	Krause, Claudia	Sozialpädagogin	Schule Duvenstedter Markt
9	Peuten, Michaela	Lehrerin	BS 12 Burgstraße
10	von Pander, Elisabeth	Sozialpädagogin	Ida-Ehre-STS
11	Eckmann, Birgit	Lehrerin	STS Kirchwerder

WÄHLEN!

Dank der Mitbestimmungsrechte steht das Wohl der Beschäftigten im Mittelpunkt. Es gilt, diese zu bewahren – durch eine hohe Wahlbeteiligung bei den Personalratswahlen 2018!

Die GEW-Personalräte wollen in den kommenden Jahren für Euch mitgestalten und für bessere Arbeitsbedingungen, berufliche Stabilität und persönliche Perspektiven verhandeln.

PERSONALRATS WAHL FÜR UNS



Gemeinsam für eine starke Vertretung
Nur die GEW ist die Gewerkschaft für ALLE Beschäftigten im Bildungsbereich!

Nachsteuern jetzt!

Der CDU-Senat führte 2004 eine eigene, der SVS-Ideologie entsprechende Interpretation der Ganztagsschule in Hamburg ein. Die fortgeführten Regelungen wirken sich nachteilig auf die Situation der Lehrkräfte aus

Mit der Bürgerschaftsdrucksache 18/525 lieferte der CDU-Senat eine eigene Interpretation der Ganztagsschule. Diese unterscheidet sich inhaltlich deutlich von den Beschreibungen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Dort findet die Ganztagsschule „bis etwa 16 Uhr verlässlich“ statt. Außerdem sind in den Musterplänen zwischen dem Unterrichtsbeginn und dem variablen Ende bis zu zehn Unterrichtsstunden oder Ganztagsangebote untergebracht (vgl. BMBF 2003: Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ Ganztagsschulen. Zeit für mehr).

In der o.g. Drucksache werden drei Prototypen für die Ganztagsschule in Hamburg definiert, Beginn und Ende sind starr auf 8:00 und 16:00 Uhr festgelegt, aber die innere Aufteilung des Tages (d.h. die Rhythmisierung) ist offengelassen. Das Offenlassen der Rhythmisierung ist der Spaltpilz, der wesentlich zur Kündigung der Dienstvereinbarung (DV) Ganztag führte.

In Hamburg haben die Schülerinnen und Schüler an den meisten Schulen zwischen 8:00 und 16:00 Uhr zwei Stunden Pause und acht Stunden Unterricht bzw. Ganztagsangebote. Das rot-grüne Investitionsprogramm sieht mehr Unterricht vor. Das führt zu weniger schulischen Pausen und damit zu weniger dienstlich nicht nutzbaren Zeiten für die Lehrkräfte. Diese Zeiten sind zu lang. Lehrkräfte verbringen deswegen zu viel Zeit unbezahlt an den Schulen. In der Regel machen die unbezahlten Zeiten mehr als 30 Prozent der Anwesenheitszeit aus, in Extremfällen sind es auch mal 55 Prozent. In der immer viel zitierten freien Wirtschaft sind es regelhaft weniger als 10 Prozent! Die dienstlich nicht nutzbaren Zeiten gibt es, weil es an den Schulen allenfalls Arbeitsmöglichkeiten und keine echten Arbeitsplätze gibt. Zwischen beidem besteht ein wichtiger Unterschied. Wirkliche Arbeitsplätze gibt es an den Hamburger Schulen nur für das Leitungspersonal.

Es wird immer wieder behauptet, dass die längeren schulischen Pausen pädagogisch begründet sind. Das ist zu bezweifeln, denn weder das BLK-Verbundprojekt „Lernen für den GanzTag“, noch das „Handbuch Ganztagsschule“ (Stefan Appel 1998) empfehlen so lange Pausen. Die Dokumentation des BLK-Verbundprojekts spricht bei einem Ganztag mit acht Stunden von einer „Sparversion, die nur in Ausnahmefällen (...) praktiziert wird“ (Kolbe et. al. 2006, S. 11). An den Hamburger Schulen ist diese Ausnahme die Regel! Der Grund für die langen Pausen liegt darin, dass weniger Stunden für Unterricht und Ganztagsangebote natürlich mit weniger Ressourcen erbracht werden können, Schulen sparen also Ressourcen ein. Die eingesparten Mittel stehen dann im SVS-Konkurrenzkampf zur Verfügung. Es gibt also z.B. mehr parallele Ganztagsangebote, kleinere Kurse usw. Die Konkurrenz wurde vom CDU-Senat nicht nur gewollt, sondern auch implementiert, aber nicht finanziert.

Foto: © Max Müller / pixelio.de

Die durch die Rhythmisierung geschaffenen Möglichkeiten wollen sich die Schulleitungen natürlich nicht nehmen lassen. Dabei geht es auch anders. Mehrere „Ganztagsschulen besonderer Prägung“, d.h. Gymnasien, haben Rhythmisierungen, die eher dem 9-Stunden-Raster der BLK-Kommission bzw. den Empfehlungen des rot-grünen Investitionsprogramms entsprechen. Beispielsweise haben das Gymnasium Heidberg, das Johanneum und das Christianeum durch zwei aufeinanderfolgende Mittagspausen im Stundenraster weniger schulische Pausen. Der Caterer kann 90 Minuten lang Essen ausgeben, es gibt aber keine 90-minütige Pause. Während der Pausen für die Schülerinnen und Schüler haben Lehrkräfte nicht zwangsweise eine „dienstlich nicht nutzbare Zeit“. Diese Schulen gestalten einen schulischen Ganztag, der positive Wirkungen für die Lehrkräfte

hat, obwohl sie weniger Mittel zur Verfügung haben! So absurd es klingen mag: Die Schulen mit mehr Mitteln rhythmisieren zum Nachteil der Beschäftigten.

Da es keine Vorgaben oder Empfehlungen der BSB zur Rhythmisierung des Ganztags gibt, sind die Schulleitungen nicht geneigt, etwas zu ändern. Der Senator kann und muss hier eingreifen. Er muss Vorgaben für die Rhythmisierungen machen. Diese müssen die dienstlich nicht nutzbaren Zeiten der Lehrkräfte stärker begrenzen. Modelle dafür gibt es an mehreren Hamburger Gymnasien und in der Literatur.

ROLAND KASPRZAK, BS 14

REFERENDARIAT

Kein Löcherstopfen

Den Vorbereitungsdienst assoziieren die meisten Lehrkräfte nicht mit zu viel Freizeit und Langeweile. Schon die Anhebung des bedarfsdeckenden Unterrichts 2013 hat die GEW scharf kritisiert. Umso besorgniserregender ist es, dass in diesem Schuljahr vermehrt Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst dafür herangezogen werden, Personallücken in den Schulen zu stopfen und deshalb Mehrarbeit leisten. Hört man sich in den Kollegien um, sind dies längst keine Einzelfälle mehr. Schulsenator Ties Rabe lässt in der Presse sogar verlauten, dass er dies für eine begrüßenswerte Strategie zur Bekämpfung des Lehrer_innenmangels hält. Das Netzwerk Lehrer_innenbildung hat sich mit diesem Thema beschäftigt und eine Stellungnahme verfasst.

Stellungnahme zur Mehrarbeit von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst

Das Netzwerk Lehrer_innenbildung der GEW lehnt jegliche Mehrarbeit von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV) grundsätzlich ab.

Der Vorbereitungsdienst dauert in Hamburg 18 Monate und bereitet auf die Tätigkeit als Lehrkraft vor. Die Ausbildung der angehenden Lehrkräfte findet sowohl am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) als auch an den Hamburger Schulen statt. Hierbei übernehmen die LiV eigenverantwortlich insgesamt 30 Stunden bedarfsdeckenden Unterricht (bdU) (im Schnitt 10 Stunden pro Halbjahr). Zusätzlich zu dieser Unterrichtstätigkeit schreibt die Ausbildungsordnung verpflichtend den Besuch von Seminaren am LI, die Durchführung und Teilnahme an Hospitationen an der eigenen und an fremden Schulen, an Lehrertrainings und den zusätzlichen schulischen Einsatz außerhalb des bdU vor, sodass diese Ausbildung als eine Vollzeittätigkeit angelegt ist.

Mehrarbeit findet immer dann für LiV statt, wenn diese

Quelle: Center for Global Constitutionalism

Wir sind doch keine Mäuse...

für zusätzlichen bdU eingesetzt werden. Diese Mehrarbeit wird gemäß Hamburgischer Mehrarbeitsvergütungsverordnung (HmbMVergVO) vergütet, da LiV i.d.R. den Status einer Beamtin oder eines Beamten auf Widerruf haben.

Am 27.01.2018 kündigte Senator Rabe im Hamburger Abendblatt an, dass zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels nun verstärkt auch LiV zusätzlichen bdU übernehmen sollen. Diese zweifelhafte Praxis lehnen wir aus den folgenden Gründen entschieden ab:

- Beim Vorbereitungsdienst handelt es sich um eine dauerhafte Prüfungssituation für die LiV, da diese sich in Bewertungs- und Beurteilungssituationen durch die Schul- und Seminarleitungen befinden. Wir befürchten, dass LiV in Folge dieses Abhängigkeitsverhältnisses unfreiwillig Mehrarbeit leisten werden, um zu verhindern, dass Schul- und Seminarleitungen die Ablehnung eines Mehrarbeitsangebotes als Zeichen geringer Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit auslegen und diese sich somit negativ auf ihre Beurteilung auswirkt.
- Befragungen zur Lehrkräfte-Arbeitszeit und die Gefähr-

dungsbeurteilungen zeigen, dass LiV ohnehin die festgesetzten Wochenstunden ihrer Vollzeittätigkeit weit überschreiten. Es ist unverantwortlich, dass ausgerechnet die Lehrkräfte in der Ausbildung die Fehlplanungen der Schulbehörde mit ihrer Gesundheit und Zeit zur Erholung kompensieren sollen.

- Mehrarbeit von LiV schädigt langfristig die Qualität unserer Lehrkräfte. Kern der Professionalität von Lehrkräften ist die Fähigkeit, den eigenen Unterricht und das pädagogische Handeln zu reflektieren. Diese Fähigkeit wird insbesondere im Vorbereitungsdienst erlangt. Steigt die Unterrichtsverpflichtung, fehlen die nötigen Freiräume für diese notwendige Reflexion. Zusätzlich wird Mehrarbeit nicht von Mentor_innen und Seminarleitungen begleitet. Es kann nicht im Sinne von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften sein, dass so die Qualität der Ausbildung und des Unterrichts der LiV beeinträchtigt wird.
- Insbesondere in der Zeit der Prüfungen steigen die Belastung der LiV und die Abhängigkeit von Schulleitungen – die nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Prüfende sind – stark an. In dieser Zeit sollten LiV sich auf die Vorbereitung der Prüfungen und ihr eigenes Lernen konzentrieren können und nicht darauf, drohenden Unterrichtsausfall zu verhindern.
- In den letzten Jahren wurde der bdU erhöht, um Sparmaßnahmen in der schulischen Personalpolitik ausgleichen zu können. LiV nun zu Mehrarbeit zu ermuntern sehen wir als Versuch, eine weitere Erhöhung des bdU zu legitimieren. Dies kann nur auf Kosten der Ausbildungsqualität durch Wegfall von Seminarverpflichtungen und Reflexionsmöglichkeiten geschehen.
- In seiner Stellungnahme stellt der Senator fest, dass bereits „viele“ LiV Nebentätigkeiten nachgehen – diese liegt immer dann vor, wenn LiV nicht einer zusätzlichen unterrichtlichen Tätigkeit, sondern einer anderen genehmigungspflichtigen Erwerbstätigkeit nachgehen. Für diese LiV decken die Anwärter_innenbezüge die Lebenshaltungskosten in Hamburg folglich nicht. Die Lösung des Senators, dass LiV stattdessen einer Mehrarbeit nachgehen sollen, ist hingegen ebenso kurzsichtig wie zynisch: Stattdessen müssen die Anwärter_innenbezüge erhöht werden, um den LiV einen ausbildungsförderlichen Grundrahmen für ihre Ausbildung zu bieten und so die Attraktivität der Lehrer_innenbildung in Hamburg zu steigern.
- Die Mehrarbeit von LiV ist keine nachhaltige Lösung des Lehrkräftemangels, denn durch Mehrarbeit verhindern LiV, dass für sie nach dem Vorbereitungsdienst besser bezahlte feste Stellen geschaffen werden.

Um den Lehrkräftemangel in Hamburg zu bekämpfen, bedarf es nachhaltiger Lösungen. Stattdessen LiV als kurzfristige Lückenbüßer zu nutzen, mindert nicht nur die Qualität der Lehrer_innenausbildung, sondern auch die Attraktivität des Berufs und die Unterrichtsqualität für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

LUISE GÜNTHER
Netzwerk Lehrer_innenbildung

Sprechstunde zu Fragen der Berechnung der Arbeitszeit (KSP) für GEW-Mitglieder in schulischen Personalräten wird fortgesetzt

Die GEW bietet zum Thema KSP/Lehrer_innenarbeitszeit (Wochenstunden-Bilanz) auch eine Sprechstunde an. In der KSP-Sprechstunde soll den GEW-Mitgliedern in den Personalräten die Möglichkeit geboten werden, die aus der jeweiligen Schule vorliegenden KSP-Unterlagen zu analysieren, zu erläutern und Fragen zu klären bzw. zu formulieren.

Die Sprechstunde wurde bis 2017 von Hans Voß durchgeführt, dem wir an dieser Stelle ganz herzlich für seine Arbeit danken! Im neuen Jahr wird die Sprechstunde von Petra Demmin übernommen, worüber wir uns sehr freuen. Petra war Schulleiterin an der Heinrich-Wolgast Schule.

Die nächsten Termine sind (jeweils 15-17 Uhr in der GEW Geschäftsstelle): Di. 15.05.2018 und Di. 05.06.2018

Da die Analyse einzelner KSPs u. U. zeitintensiv sein kann und um längere Wartezeiten zu vermeiden, bitten wir um eine Email-Anmeldung unter ksp@gew-hamburg.de.

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Wir brauchen in Hamburg eine neue Diskussion über die Arbeitszeit von Lehrer_innen

Das Ergebnis der aufwändigen Untersuchung über die Arbeitszeit von Lehrer_innen in Niedersachsen belegt, dass zu viel gearbeitet wird. Können Hamburger Lehrer_innen jetzt hoffen, dass anerkannt wird, dass auch wir zu viel arbeiten? In Niedersachsen arbeiten Gymnasiallehrer mit ihren 23,5 Pflichtstunden pro Woche knapp zwei Stunden zu viel – so die Untersuchung. Dann müssten die Hamburger Gymnasial- Lehrer_innen, die je nach Fach und Unterrichtseinsatz mit bis zu 29 Unterrichtsstunden pro Woche rechnen müssen, doch erst recht zu viel arbeiten! Das wird – fürchte ich – in der Hamburger Schulbehörde so nicht gesehen. Im Gegenteil: Wenn die Arbeitszeituntersuchung in Niedersachsen feststellt, dass die Lehrer_innen dort durchschnittlich 48 Stunden und 18 Minuten pro Woche arbeiten, dann kann die Hamburger Schulbehörde sich zurücklehnen und behaupten – dann liegen wir mit der Anrechnung von 46,57 Wochenarbeitszeitstunden im Prinzip richtig.

Soll das dazu führen, dass die Hamburger Lehrer_innen stillhalten und hinnehmen müssen, dass unter diesen Umständen die Forderungen nach Absenkung der Arbeitszeit obsolet ist? Nein! Wenn Niedersachsens Gymnasiallehrer_innen bereits mit 23,5 Unterrichtsstunden in der Woche 48 Stunden und 18 Minuten arbeiten, dann dürfte uns klar sein, dass in unseren 46,57 WAZ (Wochen-Arbeitszeitstunden) mit bis zu 29 Unterrichtsstunden ein ganzer Arbeitstag mehr enthalten ist. Unsere Forderung muss lauten: Weg mit dieser enorm hohen Arbeitsdichte!

Das Problem sehe ich bereits in der Annahme, dass Lehrer_innen regelhaft 46 Stunden und 34 Minuten pro Woche arbeiten sollen, um die Ferien vorzuarbeiten. Wie will man diese Zeit berechnen? Ich befürchte, das funktioniert nur, in dem einzelne Aufgaben mit einem Zeitbudget berechnet werden. Will die GEW in Niedersachsen dieses Modell der Arbeitszeitberechnung in ihrem Bundesland einführen? Bevor diese Forderung aufgestellt wird, möchte ich dringend anregen, vorher nachzufragen, welche Erfahrungen die Hamburger Lehrer_innen mit dieser Art von Arbeitszeitabrechnung gemacht haben.

Nach der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung* werden einzelne Aufgaben von Lehrer_innen teilweise sekundengenau abgerechnet. Die Schulbehörde bestimmt, wie viel Zeit eine Lehrkraft für jede einzelne Tätigkeit als Arbeitszeit angerechnet bekommt. Ein Beispiel: Für die Vor- und Nachbereitung zusammen für ein Nebenfach in einer 5. und 6. Klasse am Gymnasium werden 11,25 Minuten abgerechnet. Was soll das bedeuten? 11,25 Minuten! Bedeutet das, dass allein für die Vorbereitung einer Unterrichtsstunde 5,625 Minuten abgerechnet

Der Befund

Wissenschaftler_innen der Georg-August-Universität in Göttingen haben im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Max-Traeger-Stiftung zwanzig Studien **zur Arbeitszeiterfassung** von Lehrer_innen ausgewertet. Im Schnitt arbeiten diese demnach 48 Stunden und 18 Minuten in einer Schulwoche. Der Berechnung lag die 40-Stunde-Woche von Verwaltungsbeamt_innen zugrunde. „Da Lehrer durch die Ferien mehr Urlaub haben, kommen wir rein rechnerisch auf ein Soll von 46 Stunden und 38 Minuten pro Woche“, sagt Frank Mußmann, der Leiter der Studie. Soviel müsste eine Lehrkraft theoretisch arbeiten, wenn man davon ausgehe, dass sie in den Ferien nur Freizeit habe. Tatsächlich arbeiteten Lehrer_innen aber im Mittel eine Stunde und vierzig Minuten mehr in der Woche als sie müssten. „Es fehlen Erholungsmöglichkeiten in den Schulpausen, die Sieben-Tage-Woche ist in der Schulzeit quasi obligatorisch und die Entgrenzung der Arbeitszeit ist fast die Regel“, kritisiert der Forscher. Fast jede fünfte Lehrkraft arbeite sogar deutlich mehr als 48 Stunden in einer Schulwoche. Im Prinzip hat die Arbeitszeituntersuchung in Niedersachsen Folgendes belegt: Wenn die Gymnasiallehrer_innen mit 23,5 Unterrichtsstunden zu viel arbeiten, dann muss die Anzahl der Pflichtstunden gekürzt werden. Mummert und Partner haben vor ca. 20 Jahren festgestellt, dass eine Arbeitszeit von 18-20 Pflichtstunden eine volle Stelle ausfüllen – vermutlich vor dem Hintergrund einer 40- Stunden- Woche (und nicht 46,57 WAZ wegen des Vorarbeitens der Ferien) . Im Prinzip wurde genau das durch die Arbeitszeituntersuchung in Niedersachsen bestätigt.

werden? Diese Zeitvorgabe ist an Absurdität kaum zu überbieten! Gleichzeitig entspricht diese viel zu geringe Zeitangabe im Prinzip dem Satz: „Einer Vorbereitung bedarf es nicht“. Diese Worte klingen mir immer noch in den Ohren. Es ist ein Zitat aus einem Arbeitsvertrag von Instrumentallehrer_innen an der niedersächsischen Universität Oldenburg aus den 1990er Jahren. Wenn man sich in der Hamburger Lehrerzeitverordnung die Zuweisungen für die Lehrer_innen- Tätigkeiten näher ansieht, weiß jede_r, die/der das Geschäft aus der Praxis kennt, dass die angenommenen Zeiten lediglich dem Wunschdenken der ‚Konstrukteur_innen‘ des Modells entsprungen sind und keineswegs ausreichend sind.

Auch die fachspezifischen Zeitfaktoren entsprechen nicht dem wirklichen Aufwand und unterscheiden sich hauptsächlich anhand des Korrekturaufwandes für Klassenarbeiten und der Wertigkeit, die dem Fach beigemessen wird. Ich will ein paar Beispiele nennen:

Chemie bekommt ein geringeres Zeitbudget als Mathematik. Ein Kollege, der beide Fächer unterrichtet, sagt, dass dies völlig daneben sei, weil eine Chemiestunde wegen der Versuchsaufbauten eine wesentlich längere Vorbereitungszeit benötige als eine Mathestunde.

Ein anderer Kollege berichtet, dass er für das Fach Englisch mehr Zeit angerechnet bekommt, als für sein zweites Fach Spanisch. Beides sind Fremdsprachen mit dem gleichen Zeitaufwand.

Sport hat einen so geringen Faktor, dass die Sportkolleg_innen normalerweise weit mehr als 30 Stunden pro Woche unterrichten müssten, wenn es nicht den „Deckel“ von 29 Unterrichtsstunden geben würde, den die Grüne Schulsenatorin Christa Götsch vor ein paar Jahren festlegte. Um auf die 46,57 Stunden Wochenarbeitszeit zu kommen, müssen die Sport-Kollegen_innen allerdings Extra-Aufgaben erledigen, die auch wieder mit einem Zeitbudget belegt sind.

Unser Kollege Rudolf Riep (GPR-Kandidat, s. S. 17) weiß schon seit vielen Jahren (hier auf einer Demo 2015), dass nicht nur die Rote Fahne voranweist

Als Arbeitszeit wird nur die Zeit gerechnet, in der man tatsächlich „einen Stift in der Hand hält“!

Oder nehmen wir das Beispiel Fortbildung: Bei einer ganztägigen Fachtagung wird nur die Teilnahmezeit an einer konkreten Fortbildungsveranstaltung als Arbeitszeit angerechnet, nicht aber die Zeit dazwischen, die ebenso wichtig ist, da man in dieser Zeit i.d.R. über den Inhalt fachliche Gespräche mit Kolleg_innen führt, um über seinen eigenen Tellerrand hinaus blicken zu können. Man ist also einen ganzen Tag bei einer Fortbildung und bekommt dafür beispielsweise nur vier Stunden angerechnet (von 30 Stunden Fortbildung, die man in einem Schuljahr absolvieren soll).

Besonders benachteiligt fühlt man sich, wenn man zusätzliche Stunden aufgebürdet bekommt, für deren Zustandekommen man gar keine Verantwortung trägt. So gibt es Minusstunden, wenn Kolleg_innen einen Ausflug mit der Klasse machen, in der man eigentlich unterrichten würde. Die Minusstunden sind eine Unverschämtheit! Man stellt ja seine Arbeitskraft in dieser Zeit zur Verfügung. Und eine ausgefallene Stunde ist keine Freizeit; man kann ja nicht über diese Zeit frei verfügen, da man in der Regel zu der Zeit in der Schule ist.

Um das Ganze zu resümieren: Die einzelnen Fächer werden mit einem fachspezifischen Faktor (= Zeitkontingent) abgerechnet. So kommt es, dass Kolleg_innen mit Hauptfächern, die einen hohen Faktor zugewiesen bekommen haben, zwar über die Anzahl ihrer ehemaligen Pflichtstunden hinaus unterrichten, aber immerhin oft nahe daran sind. Für viele andere gilt, dass sie bis zu 29 Unterrichtsstunden vor der Klasse stehen (dazu kommt dann noch die Vertretungsstunde)!

Es geht hier nicht darum, einen Graben zwischen einzelnen Kolleg_innen zu ziehen, aber die Erfahrung zeigt, dass jeder nur für sich selbst kämpft. Das unterhöhlt das, was wir brauchen, um die Situation zu verbessern: Solidarität!

Es gibt natürlich sehr viel mehr Beispiele, um die Dimension dieser Arbeitszeitabrechnung deutlich zu machen. Es sei daran erinnert, dass sie dazu diente, die Arbeitszeit für Lehrer_innen in Hamburg zu erhöhen, ohne es so zu benennen. Darüber hinaus können sehr einfach und auf intransparente Weise weitere Erhöhungen vorgenommen werden, ohne ein Wort darüber zu verlieren, zum Beispiel indem

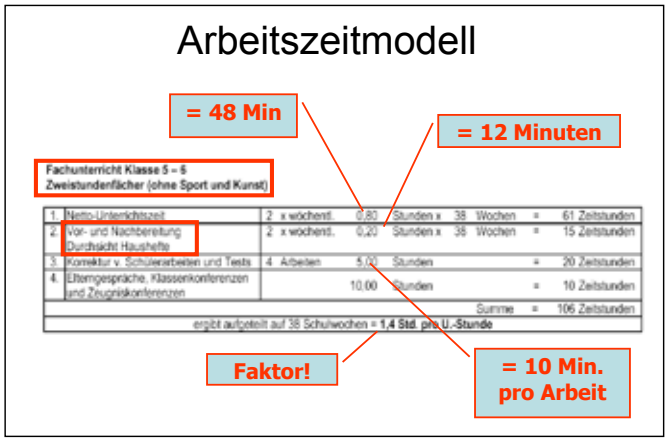
*Lehrerarbeitszeitverordnung in Hamburg LAzVo, gleichbedeutend mit dem Arbeitszeitmodell = AZM

Funktionsstunden für Extra-Aufgaben gekürzt oder umgewidmet werden. Schon vor Jahren hat dies eine hochkarätige Kommission bemängelt und 25 Aufgaben genannt, die seit Einführung dieses Abrechnungsmodells hinzugekommen sind, ohne dass es dafür einen zeitlichen Ausgleich gibt. Das Gemeine dabei ist, dass man keine Überstunden abrechnen kann. Wenn jemand mit dem Zeitbudget nicht auskommt, ist das „sein Problem“ und wird zur „Privatsache“ erklärt.

Allen Nicht-Hamburger_innen, die vielleicht mit diesem Modell liebäugeln, sei gesagt: Die Widersprüche innerhalb der Arbeitszeitabrechnung stellen sich erst nach und nach in der Praxis heraus und führen zu einer dauerhaften Auseinandersetzung mit der Schulleitung über das Thema Arbeitszeit – ein nicht zu unterschätzender Stressfaktor, weil ein grundsätzlicher Konflikt lähmend wirkt. Was ist das für ein Denken, das versucht, jeden Wimpernschlag mit einem Zeitfaktor zu belegen? Pädagogische Arbeit im Minutentakt ist entwürdigend, auch für die Schüler_innen und Eltern, denen wir als Lehrer_innen verpflichtet sind.

Ich mag meinen Beruf, ich mag meine Schüler_innen. Für sie setze ich mich ein. Ihnen gilt meine ganze Empathie, aber ich empfinde es als Missachtung meiner pädagogischen Arbeit, wenn ich daran denke, dass dieses Engagement am Ende des Tages minutengenau abgerechnet und Vieles dabei übersehen wird. Wenn ich mich über die engen Zeitvorgaben hinweg setze – und mir bleibt im Alltag ja oft nichts anderes übrig –, dann interessiert das meinen Arbeitgeber nicht. Alles sei ‚auskömmlich‘ konzipiert, so die Heilsbotschaft! Ein Engagement darüber hinaus wird zur Privatsache erklärt. Dies ist nicht nur ermüdend, sondern führt bei vielen Kolleg_innen entweder dazu, sich durch Lohnverzicht, sprich Teilzeit, aus der Situation zu retten oder Dienst nach Vorschrift zu machen oder – im schlimmsten Fall – krank zu werden. Die engen Vorgaben, mit denen die Hamburger Schulbehörde arbeitet, ziehen jedenfalls permanente Überstunden nach sich, so dass dauerhaft weit mehr als 46,57 Stunden pro Woche gearbeitet wird.

Bei aller Kleinteiligkeit des Denkens, die die Macher_innen des AZM getrieben hat (Vor- und Nachbereitung, Korrekturen, Gespräche mit Eltern und Schüler_innen, usw.): das Nachdenken oder das Entwickeln kreativer Ideen, das Erarbeiten von neuen Unterrichtsthemen oder



Für Nicht-Hamburger_innen: Jeder Wimpernschlag zählt

Schade!

Nach Schätzungen von Experten wird das HSH-Debakel am Ende des Tages den Steuerzahlenden die gigantische Summe von 26 Milliarden Euro kosten. Hamburg und Schleswig-Holstein müssen dies durch Schuldenaufnahme schultern. Auf Jahrzehnte wird, abhängig von dem zu zahlenden Zinssatz, der Hamburger Haushalt damit belastet. Ein kleines Zahlenspiel, das die Dimension verdeutlicht: Unserer Forderung, dass kein Lehrer und keine Lehrerin mehr als 20 Stunden vor der Klasse stehen sollte, kämen wir ein ganzes Stück näher, wenn man 20 Prozent mehr Kolleg_innen einstellen würde. Das sind bei 16 000 Vollzeitstellen 3200 Kolleg_innen, die man zusätzlich einstellen müsste. Diese würden den Staatshaushalt jährlich mit ca. 200 Millionen zusätzlich belasten, weil eine Stelle mit ca.62 000 Euro angesetzt werden kann. Bei der HSH geht es um 13 Milliarden, die Hamburg zu tragen hat. Die 200 Millionen stecken in den 13 Milliarden 65 mal drin. So viel Jahre lang – realiter wär‘ es deutlich länger, weil die Zahlungen ja peu à peu erfolgen, je nach angenommenem Zinssatz könnte man locker von 100 Jahren ausgehen – hätte der Senat uns also entlasten können, wenn man das Zocken der HSH-Banker unterbunden hätte. Wir können uns also bei unseren Hamburger Spitzenpolitikern von Beust & Co, an vorderster Front der damalige CDU-Finanzsenator Peiner, dafür bedanken, dass auf Jahre hinaus Sparmaßnahmen damit begründet werden, dass die Finanzspielräume wegen der gestiegenen Schuldenlast höhere Personalausgaben nicht zulassen. Also weiter schuften am Limit? Das hängt trotz alledem immer noch von uns ab! JG

– methoden hat in dem Modell keinen Raum gefunden.

Auf vielen Gebieten und in vielen anderen Wirtschaftsbereichen, auf die man an anderer Stelle gern als Vorbild verweist, ist man in Hinblick auf die Auswirkungen der überall sichtbar gewordenen Stressfaktoren des Arbeitsalltags zu einem Umdenken bereit. Wann wird dieses Denken in der BSB Einzug erhalten?

Ich hoffe, dass anhand der Beispiele deutlich geworden ist, welche Denkweise hinter der Arbeitszeitabrechnung in Hamburg steckt und wie absurd und teilweise auch perfide diese Abrechnung funktioniert. Deswegen muss das Ziel lauten: Keine Übernahme des Modells in anderen Bundesländern, weg mit dem AZM in Hamburg. Und vor allem: Runter mit der Arbeitszeit! Reduzierung der Arbeitsdichte und Berechnung von realistischen Zeitbudgets. Weg mit den Minusstunden! Dafür müssen wir einstehen und verhandeln. Niedersachsen hat es vorgemacht.

Wenn nicht jetzt, wann dann können wir eine Reduzierung unserer Arbeitsdichte fordern?

Die GEW in Hamburg fordert, dass die Arbeit für Lehrer_innen attraktiver in unserer Stadt gemacht wird, auch um damit dem Lehrer_innenmangel zu begegnen. Dabei muss es auch um das Thema Arbeitszeit und Arbeitsdichte gehen!

DOROTHEA KAUFMANN
Gymnasium Altona

... und damit unsere Forderung Gestalt annimmt:

Antrag an den Hamburger Gewerkschaftstag der GEW am 23.4.2018

Wir fordern:

... die Erhöhung der unteilbaren A-Zeiten um mindestens zwei Stunden pro Woche für Kooperation.

... die Zuweisung der notwendigen Schulleitungsfunktionszeiten zusätzlich zu den Funktionszeiten der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung (LehrArbzVO), mindestens im Umfang der Angaben der Anlage 6 der 2. Lehrerarbeitszeitkommission: 20 Stunden Sockel und 1 WAZ je beschäftigter Lehrkraft und PTF an der Schule.

Der Vorstand der GEW Hamburg ergreift geeignete Maßnahmen, um diese Forderungen durchzusetzen.

Begründung:

In Anlehnung an den Beschluss „Arbeitszeit von Lehrer*innen“ auf dem Gewerkschaftstag der GEW Hamburg vom 27.5.2015, der eine neue, den Anforderungen angemessene Arbeitszeitregelung für Lehrkräfte in Hamburg erreichen soll, will dieser Antrag einen ersten Schritt auf diesem Weg voranschreiten. Die LehrArbzVO führte mit ihrer Inkraftsetzung zu einer Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrkräfte. Besonders gravierend ist, dass es seit Einführung im Jahr 2003 an den Hamburger Schulen zu weitreichenden organisatorischen Veränderungen gekommen ist, die eine Vielzahl zusätzlicher Aufgaben für Lehrkräfte brachten. Das bedeutet, dass die LehrArbzVO, die schon von Beginn an die Arbeit der Lehrkräfte nur mangelhaft widergespiegelt hat, nun vollends überholt ist. Das nehmen wir als GEW nicht hin! Das wollen wir mit allen möglichen Mitteln bekämpfen! Daher fordern wir als einen ersten Schritt, um die Arbeitssituation der Kolleginnen und Kollegen etwas abzufedern, die oben formulierten Veränderungen. Dieser Antrag ist demnach auch dahingehend zu verstehen, dass er mit kleinen, aber deutlichen Schritten den Weg für den Kampf für eine verbesserte Arbeitszeit für Lehrkräfte ebnen will.

Im Einzelnen:

Die Einführung der Ganztagsschule, der Inklusion und vieler anderer Aufgaben an Schule, geht einher mit der durch die BSB geforderten Kooperation aller an Schule Beschäftigten. Diese Kooperationszeiten sind in der LehrArbzVO nicht zu finden. Daher fordern wir im Sinne der Kolleginnen und Kollegen die Erhöhung der A-Zeiten. Diese Kooperation muss bezahlt werden!

Die Bezahlung der Schulleitungs-F-Stunden aus dem „Topf nach LehrArbzVO“ war schon 2006 falsch. Aber nicht nur die Aufgaben der Lehrkräfte in Hamburg haben sich seit Jahren vervielfältigt, auch die für Leitung notwendigen Aufgaben sind umfangreicher geworden. Die Schulleitungen sehen sich oft gezwungen, für ihre Verwaltungsaufgaben auf immer mehr Funktionszeiten zurückzugreifen. Das geht zu Lasten der Kollegien. Daher fordern wir die Zuweisung der notwendigen Schulleitungsfunktionszeiten, unabhängig von den Funktionszeiten der LehrArbzVO. Das wird nicht nur die Schulleitungen in ihrer Tätigkeit, gute und kollegiumsfreundliche Schule zu organisieren, entlasten. Es wird sich positiv auf die Kollegien auswirken, die die Funktionszeiten dringend benötigen, um Schule mit zu organisieren und zu gestalten.

LUCIE KUHSE
Helmut-Schmidt-Gymnasium

Hamburger Gewerkschaftstag 23. April 2018
Curiohaus, 9.00- 17.00 Uhr

VorläufigeTagesordnung

09:00

- Begrüßung, Wahl des Präsidiums, Formalia und Beschluss der Tagesordnung, Totenehrung
- Haushalt 2018 (Vortrag des Kassenverwalters und der Revisoren, Diskussion, Abstimmung)

10:15

- Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden; Diskussion
- Bericht und Diskussion über das Ergebnis der Volksinitiative „Gute Inklusion“ (Gäste: Pit Katzer, Martin Reichert)
- Wahlen

12:15 Mittagspause

13:15

- Vortrag von Björn Köhler, zuständiges GEW-GV Mitglied für KiJu: Tarifrunde TVöD, Fachkräftefragen
- Diskussion

14:15

- Frank Mußmann (Uni Göttingen): Studie zur Lehrerarbeitszeit in Deutschland (Vortrag und Diskussion)
- Antrag Lehrer_innenarbeitszeit

15:30

- Antragsberatung:
  * Arbeitsbedingungen PTF (Vorstand FG PTF)
  * Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Betriebsgruppe Alter Teichweg)
  * Beurteilungssystem überprüfen (Betriebsgruppe Alter Teichweg)
  * Mobilisierung abfragen (Betriebsgruppe Alter Teichweg)

17:00

Satzungsändernde Anträge zum Hamburger Gewerkschaftstag müssen bis zum 12.3.2018 (6 Wochen vorher) in der GEW-Geschäftsstelle eingegangen sein. Alle anderen Anträge müssen bis zum 26.3.2018 (4 Wochen vorher) in der GEW-Geschäftsstelle eingegangen sein

Wahlaufsatz: Kandidat_innen

(Stand: 04.04.2018)

1. Kassenverwalter/in	Jens Kastner
2. Kassenverwalter/in	Britta Blanck
3. Schriftführer/in (Protokollant/in HHer Gewerkschaftstag)	Eva Klock
3 Beisitzer/innen (im Landesvorstand der GEW Hamburg)	Carsten Arnheim, Claudia Thiel, Alexander King
Schriftleiter/in hlz:	Joachim Geffers
Landesrechtsschutzleiter/in:	Roland Stolze
1 Delegierte/n zum GEW HV:	Fredrik Dehnerdt
Leiter Referat C: (Bildungsfinanzierung)	Florian Schubert

Umsetzung jetzt!

Ein Jahr Aktionsplan für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

Diejenigen, die gekommen waren, waren sich bewusst, dass diese Veranstaltung den Beginn einer Kampagne bedeutete, um den Aktionsplan für geschlechtliche Vielfalt auf breite Füße zu stellen. Für all diejenigen, die sich bislang noch nicht weiter damit befasst haben, sei gesagt, dass der Plan sehr ehrgeizige Ziele verfolgt. Man wird verwundert sein, auf welchen Ebenen und mit welcher Intensität versucht wird, die vorhandene Phalanx von Vorurteilen zu diesem Thema zu durchbrechen. Wo, wenn nicht in der Schule, ist damit anzufangen? Mit dieser Frage, diesem Appell richtete unsere Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze gleich zu Beginn der mehrstündig angesetzten Veranstaltung den Fokus auf die Überzeugungsarbeit gegenüber den Kolleg_innen. In ihrem Grußwort hob sie hervor, dass die GEW sich schon seit vielen Jahren für die „Vielfalt der Lebensentwürfe als gesellschaftliches Leitbild“ einsetze und der Aktionsplan angesichts rechter bzw. rechtsextremer Hasskampagnen überfällig sei. Noch immer erlebten bspw. lesbische und schwule Lehrkräfte ihr Arbeitsumfeld als so diskriminierend, dass sie kein Coming Out wagten.

Dorothee Bramlage, Mitarbeiterin der Stabsstelle Gleichstellung und geschlechtliche Vielfalt, führte aus, dass es sich um ein Querschnittsthema handele, das alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft und die Umsetzung des Plans daher eine gemeinsame Aufgabe aller gesellschaftlichen und staatlichen Kräfte ist. Beate Proll vom LI, Abteilungsleiterin für Beratung, verwies auf unterschiedliche Erfahrungen: So gebe es bspw. Grundschullehrkräfte, denen das Akronym „LGBTIQ*“ (Lesbians-Gays-Bisexuals-Transgenders-Intersexuals-Queers und weitere Identitäten) gar nicht mehr erklärt werden müsse; noch zu wenig im Bewusstsein sei allerdings die Tatsache, dass der Hintergrund LGBTIQ* häufig Anlass für Mobbing ist. Im nachfolgenden Vortrag von Dr. Bettina Kleiner von der Universität Hamburg wurden u. a. folgende Aspekte betont: Zum einen gebe es noch viel zu wenig Wissen über die Erfahrungen von LGBTIQ*-Jugendlichen, zum anderen bestehe die Gefahr, dass diese Jugendlichen in und durch sozialpädagogische Maßnahmen gesondert und klientelisiert werden. Der abschließende Vortrag von Anne Feldmann und Momme Peters vom Aufklärungsprojekt „soorum“ des Magnus-Hirschfeld-Centrums zeigte anhand von Nutzungsstatistiken die hohe Nachfrage nach diesem Angebot auf, das sich an Schüler_innen ab Klasse 9 richtet. Der Bedarf könne jedoch nur durch den Einsatz von rund 40 ehrenamtlichen Teamer_innen bewältigt werden.

Die umfangreiche Broschüre ist anzufordern bei der BSB

An die Vorträge schloss sich eine lebhafte Diskussion an, in der u. a. die Verstetigung und bessere finanzielle Ausstattung des Aufklärungsprojekts soorum, mehr Fortbildungen für Lehrkräfte und eine breitere Veröffentlichung von best-practice-Beispielen angemahnt wurden. Auch das Thema „Professionalisierung“ wurde angesprochen: Es könne nicht sein, dass die dringend notwendige Information und Beratung überwiegend durch ehrenamtlich Tätige und durch über das eigentliche Arbeitssoll hinausgehende Engagement von Pädagog_innen abgedeckt werden. Außerdem wurde die zügige Verankerung der Thematik im Curriculum der sozialpädagogischen Fachschulen gefordert. Hierzu regte die Moderatorin Barbara Scholand an, regelmäßig bei den Fachbehörden nachzufragen, wie es um den Stand der Umsetzung der geplanten Maßnahmen stehe.

BARBARA SCHOLAND,
AfGG

Schluss mit Pseudoverbesserungen

Anmerkungen zum Artikel „Der Spatz ist nie geflogen" in hlz 12/2017, S. 12f

Seit Ende 2017 versucht die Stadt Hamburg mit der Imagekampagne „Für alle, die mehr wollen" das Bild der Stadtteilschulen aufzupolieren und so rückläufigen Schüler_innenzahlen entgegen zu wirken. In einem kurzen Videoclip wird beschrieben, welche Möglichkeiten eine Stadtteilschule den Schülern und Schülerinnen angeblich bietet: Das Versprechen vom gemeinsamen Lernen, kleinen Klassen und der Möglichkeit, je nach eigenen Fähigkeiten den passenden Abschluss und sogar das Abitur zu erreichen, soll Eltern und Kinder von der Stadtteilschule überzeugen. Hinzu kommen individuelle Förderung und Forderung der Schüler und Schülerinnen, um ausgehend von ihren eigenen Stärken die persönliche Entwicklung zu unterstützen. Abgerundet wird das Ganze dann noch mit einem vielfältigen kulturellen Ganztagsangebot, praxisnahen Einblicken in die Berufswelt und der Möglichkeit, eigene Erfahrungen bei Auslandsaufenthalten zu sammeln. Also eine perfekte Schule „Für alle, die mehr wollen".

Wenn wir wirklich eine chancengleiche Bildung schaffen wollen, die die Versprechen der Werbekampagne der Stadt Hamburg verwirklichen kann, dürfen wir uns nicht mit kleinen Verbesserungen und erst recht nicht mit Hochglanzbroschüren zur Aufbesserung eines Images zufrieden geben

Das klingt gut. Aber abgesehen davon, dass die Praxis an vielen Stadtteilschulen diesem Idealbild keineswegs entspricht, drängt sich doch dabei eine Frage auf: Wenn die Stadtteilschule so eine tolle Schule ist, wofür brauchen wir dann noch das Gymnasium? Die Aufrechterhaltung des geteilten Schulsystems wird bei der Imagekampagne der Stadt bewusst nicht thematisiert, ebenso wenig wie die strukturelle Unterfinanzierung des Bildungssystems. Dabei sind sie der eigentliche Grund dafür, dass die Zahlen der Schülerinnen und Schüler an den Stadtteilschulen zurückgehen. Denn Versprechen, wie sie in dem Videoclip gegeben werden, können nicht eingehalten werden, solange es zwei konkurrierende Schulformen gibt. Große neue Aufgaben wie Inklusion oder die Beschulung Geflüchteter werden fast ausschließlich auf die Stadtteilschulen abgeladen und können von den Kollegen und Kolleginnen an den Schulen trotz immensen Einsatzes nicht allein bearbeitet werden. Das Gymnasium zieht sich aus dieser Verantwortung heraus und schafft somit bei Eltern die Illusion, dass ihren Kindern dort mehr Aufmerksamkeit und eine bessere Bildung zukomme. Viele Eltern erhoffen sich so bessere Chancen für die eigenen Kinder durch das Gymnasium. Aber die Gymnasien reagieren auf die steigenden Zahlen mit stärkerer Selektion, um ihren Exklusivstatus aufrecht zu erhalten. Die „Rückläufer_innen" von den Gymnasien kommen – beladen mit negativen Erfahrungen des „Scheiterns" – an die Stadtteilschulen und erschweren die pädagogische Arbeit dort noch weiter. Die Stadtteilschulen entwickeln sich zu „Restschulen", die in den Augen vieler Eltern keine Zukunftschancen für ihre Kinder eröffnen.

Dass sich diese Entwicklung nicht durch Handwerkelei mit kleinen Verbesserungen an den Stadtteilschulen aufhalten lässt, sondern ihre Lösung in einer Abschaffung eines geteilten Schulsystems besteht, verkennt leider auch die aktuelle Kampagne „zusammen leben, zusammen lernen" des Verbands Integrati-

Eine reine Orientierung auf eine bessere Stadtteilschule, ohne dabei die Existenzberechtigung des Gymnasiums auch nur anzuzweifeln, stützt die aktuellen Bedingungen im Bildungswesen, anstatt sie zu verbessern und zu verändern

on an Hamburger Schulen e.V. und des Hamburger Verbands der „Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschulen" (GGG). Ich begrüße und teile die Ideen für mehr Bildungsgerechtigkeit und ein längeres gemeinsames Lernen, wie sie auf der Internetseite der Kampagne und in dem

Interview mit Anna Ammonn in der taz am 05.10.17. benannt werden. Ich weise die Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Kampagne engagieren, aber auch darauf hin, dass ein chancengleiches und gemeinsames Lernen nicht in einem gegliederten Schulsystem realisiert werden kann. Eine reine Orientierung auf eine bessere Stadtteilschule, ohne dabei die Existenzberechtigung des Gymnasiums auch nur anzuzweifeln, stützt die aktuellen Bedingungen im Bildungswesen, anstatt sie zu verbessern und zu verändern. Solange sich Einzelne das Recht auf elitäre Bildung herausnehmen und die Lösung gesellschaftlicher Aufgaben „nach unten“ abgetreten wird, kann kein gemeinsames Lernen aller Schüler und Schülerinnen stattfinden.

© Roland von Selzam

Die GEW darf dazu nicht schweigen. Nach dem Scheitern des Volksbegehrens für „Eine Schule für alle“ 2008 hat viele in der Schulstrukturdebatte der Mut verlassen. In der Auseinandersetzung mit den reaktionären Ideen von „Wir wollen lernen“ haben viele sich auf die Unterstützung des scheinbar kleineren Übels des Zwei-Säulen-Modells und des sogenannten Schulfriedens eingelassen.

Die Stadtteilschulen entwickeln sich zu „Restschulen“, die in den Augen vieler Eltern keine Zukunftschancen für ihre Kinder eröffnen

Wir müssen den Mut haben, nicht nur gegen Symptome eines kaputten Bildungssystems anzugehen, sondern die Ursachen der Misere zu bekämpfen. Wenn wir wirklich eine chancengleiche Bildung schaffen wollen, die die Versprechen der Werbekampagne der Stadt Hamburg verwirklichen kann, dürfen wir uns nicht mit kleinen Verbesserungen und erst recht nicht mit Hochglanzbroschüren zur Aufbesserung eines Images zufrieden geben.

Das offensichtliche Scheitern des Zwei-Säulen-Modells zwingt zu einem ganz neuen Denkansatz. Die Gewerkschaft muss konsequent die Interessen der Mehrheit vertreten und ihr eine Orientierung geben: Was nötig wäre, ist ein ungegliedertes Schulsystem, in dem Leistung darin besteht, in Kooperation aller mit allen zu lernen und Probleme zu lösen und das auf die individuellen Stärken setzt und nicht die Schwächen betont. Ein wirklich inklusives Schulsystem, das der sozialen Ausgrenzung aktiv entgegenwirkt. Dies ist die „Eine Schule für alle!“.

HEIKO HUMBURG
Stadtteilschule Horn

ANZEIGE

Wir trauern um unseren Genossen

LARS BUCHMANN

*24.1.1953 †28.3.2018

Er ist nicht den leichten Weg gegangen.

Schon als Jugendlicher schloss er sich der Bewegung „Soldat 70“ an, die in der Bundeswehr gegen den deutschen Militarismus kämpfte. In der AG Bildung der LINKEN hat er sich unermüdlich für die Eine Schule für Alle und das Recht auf Ausbildung für alle Jugendliche eingesetzt.

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, 17.4.2018 im Bürgerhaus Barmbek um 16.30 Uhr

Wir werden sein Gedenken ehren, indem wir diesen Kampf fortsetzen.
AG Bildung der LINKEN

„Wenn du etwas kannst, hast du Verantwortung“

Bildungskongress an der Leuphana Universität Lüneburg vom 1.-4.3.2018

In den Bemühungen für eine bessere Bildung und für bessere Schulen hat sich eine neue Allianz ergeben: die Leuphana Universität Lüneburg und das Archiv der Zukunft kooperierten erstmals. Die Leuphana Universität folgt schon seit längerem einem sehr ambitionierten fächerübergreifenden Konzept, in dem es um die politische Verantwortung von Wissenschaft geht, in diesem Jahr speziell um Nachhaltigkeit. Studierende erfahren sich nicht nur als Wissenschaft Treibende, sondern auch als politisch Handelnde. 50 Jahre nach 1968 ist das Politisierung im besten Sinne. Und darin eingebettet nun ein Bildungskongress vom „Archiv der Zukunft“. Es kamen ca. 600 Teilnehmer. Auch das: Politisierung im besten Sinne. Offenbar gibt es die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Das Archiv der Zukunft ist vor allem bekannt geworden durch Reinhard Kahl, der mit seinen Filmen, allen voran „Treibhäuser der Zukunft“, sichtbar gemacht hat, dass Lernen und Freude einander keine Fremdwörter sind, sich nicht ausschließen, sondern im Gegenteil sich bedingen. Er hat für glückendes Lernen eine neue Sprache gefunden, die weniger trügerisch, weniger ideologieanfällig ist. Gesichter lügen weniger als Worte. Die Filme machten Lust, schlechte Gewohnheiten durch eine gute Praxis zu vertreiben. Außerdem haben die Kongresse des Vereins im Festspielhaus von Bregenz und in den Münchener Kammerspielen eine große Strahlkraft in die ganze Republik entwickelt, aber auch nach Österreich und in die Schweiz.

Foto: Antonius Soest

Kongressteilnehmer_innen, „frei von Bluff, Simulation und Bulimielernen“

Es ging dem Verein immer darum, bundesweit die Energien zu sammeln und zu verstärken, die den Vorschein auf eine bessere Zukunft erzeugen wollten und sich nicht in den Rahmen offizieller Bildungspolitik bannen ließen. Die pädagogisch Selbstdenkenden wollten sich nicht nur in den normierten Welten der Dienstversammlungen verausgaben, sondern spürten noch den Drang nach Autonomie, der vor weit über 200 Jahren so begeisternd war. So wollten sie nicht mehr den elenden Strategien der Vergeblichkeit und den entwürdigenden Maßnahmen der existenziellen Kränkungen durch systematische Trennung von lernenden Kindern folgen. So wollten sie Front machen gegen die Gemeinheit, die das alles normal findet, weil man sich so sehr daran gewöhnt hat. Sie machten aber auch Front gegen die ohnmächtigen Rituale des Klagens darüber, dass nun mal so viele Kinder im standardisierten Alltag mit all seinen Normiertheiten und Definiertheiten nicht funktionieren.

Da im Alltag „funktionieren“ und „frustrieren“ so häufig ein Reimpaar bilden, hatte der Kongress in Lüneburg den Titel: „Funktionieren? Funktioniert nicht! Abschied vom Weiter-so, wie Zukunft entsteht.“ Deswegen wurden auch keine Experten fürs bessere Funktionieren (und auch keine Funktionäre) zu Rate gezogen, sondern in guter Tradition der Kongresse Soziologen, Philosophen, Künstler, Lebenskünstler, Handwerker, die wissen, dass im Weiter-so der Weg der Lemminge beschritten wird.

Mit dem neuen Standort wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen. Das war in mehrfacher Hinsicht ein Glücksfall. Der

Libeskindbau als Herberge ist allein eine Reise wert. Lokale Bildungseinrichtungen wie die IGS Embsen und VHS Lüneburg brachten ihre aktuellen Alltagserfahrungen im Neu- und Nachlernen (was sagen Menschen, die sich um einen zweiten Anfang an der VHS bemühen, über ihre Erfahrungen des Scheiterns im ersten Versuch?) ins Spiel. Und dann waren da die einzelnen Menschen, die etwas wollten: Sven Prien-Ribcke, der verantwortliche Dozent der Uni, der sich dafür engagiert, dass schulisches Lernen verändert werden muss, Florian Schmidt und Lukas Tohoff, zwei Drittsemester, die vermutlich selbst noch nicht ermessen können, welch unglaubliche Wirksamkeit sie erzielt haben, Reinhard Kahl mit seinen Erfahrungen und seiner Kreativität und die Seminarteilnehmer_innen, die sich mit dem Kongress-Thema im Wintersemester befasst hatten und diesen Kongress organisatorisch vorbereitet und inhaltlich bereichert haben. Die Studierenden, die sich zeitlich noch nah an der Erfahrungen der Schule befinden, haben sehr beeindruckt durch jeweils beides: Organisation und Inhalte, Einzelveranstaltungen und Podiumsdiskussionen.

Die Projektgruppen der Studierenden präsentierten O-Töne von Lehrenden, die plausibel machten, warum sie Lehrkräfte (geblieben) sind. Oder imaginierten eine Schule, die sich nicht an der Norm, sondern an den individuellen Möglichkeiten ausrichtet, frei von Bluff, Simulation und Bulimielernen. Und immer wieder die Frage nach der Zukunft von Arbeit und der Zukunft von Bildung. Beides muss man, so die Studierenden, zusammen denken.

Mit Hartmut Rosa fragten sich die Kongress-Teilnehmer_innen, wie man sich mit dessen Resonanz-Begriff unentfremdetes Leben, Lernen und Arbeiten vorstellen kann. Oder mit Harald Welzer, wie wir 50 Jahre nach 1968 alternative Horizonte erschließen, Handlungsspielräume nutzen können und diese nicht einfach nur klagend links liegen lassen. Oder mit Van Bo Le-Mentzel, wie eine gesellschaftliche Praxis zugleich radikaler und pragmatischer werden kann (einen Film über ihn hat Reinhard Kahl kürzlich im Abaton in Hamburg gezeigt). Und das war längst nicht alles.

Es gab eine Grundmelodie, die die unterschiedlichsten Improvisationen erfuhr. Wenn Bildung nachhaltig und befreiend sein soll, also nicht instrumentell, nicht aufs Funktionieren gemünzt ist, dann wird in dem Bereich zumindest keine soziale Ungleichheit erzeugt. Demokratische Wirksamkeit lernt man nicht als Bundesbürger_in oder als Weltbürger_in, sondern in dem kleinen Gemeinwesen Schule.

Lust auf einen neuen Blick bekommen, das Vertraute unvertraut machen, Gründe für ein anderes Handeln sich erarbeiten, Möglichkeiten für ein glückliches Lernen und Lehren erkennbar machen – das verlangt Experimentiergeist. Das verlangt Mut zur Verantwortung von jedem/jeder Einzelnen. Van Bo, der sich mit keiner Ungerechtigkeit abfinden mag, sagt in Kahls Film: „Wer etwas kann, muss auch Verantwortung übernehmen.“ Also engagiert sein. Sonst ist es nichts wert. Auf dem Kongress konnte man einzelne Erzählungen hören über das Glück des Gelingens, über die Chancen für eine bessere Zukunft, wenn man den Mut und den langen Atem hat. Glück kann man nicht erzwingen, aber man kann das Klima schaffen, in dem es eine Chance hat. Um noch einmal auf die Resonanz zurückzukommen: Das Schwingende, das den Lernvorgang ausmacht, ist hier sowohl physikalisch als auch metaphorisch zu verstehen. Begabung ließe sich als die Fähigkeit beschreiben, Schwingungen aussenden und aufnehmen zu können. Für Glück gilt das wohl auch.

Das Archiv der Zukunft versucht, Einzelerzählungen zu archivieren. Die Erzählungen sollen zum Selbstversuch der Schulen ermuntern und damit zur Entdeckung neuer Möglichkeiten des Lernens. Und darum geht es entscheidend. Eine Bildung ist möglich, in der Kinder nicht in erster Linie Angst vor dem Versagen haben müssen. Diese Angst ist allgegenwärtig, auch wenn sie sich hinter den Attitüden der Gleichgültigkeit, destruktiver Selbstbehauptungen oder medialer Selbstüberhöhungen verbirgt.

Hilfreich ist Experimentiergeist, aber kein Stillhalteabkommen, das man in Hamburg euphemistisch Frieden nennt. In Lüneburg war ein anderer Geist spürbar: konstruktiv, forschend, engagiert, reflexiv. Die Premiere der Allianz von Uni und Verein war ermutigend.

Wenn es eine Unzufriedenheit gab, dann die: Es gibt noch immer eine mangelnde Verknüpfung der innovativ Handelnden zwischen den Kongressen. Das Archiv der Zukunft muss seinen Archiv-Charakter neu formen, also den Ort, an dem sichtbar wird, was alles unternommen wird, um aus dem imaginierten Blickwinkel einer besseren Zukunft die jetzigen Wegbereiter, die jetzigen Helden des Alltags wirksam werden zu lassen, regional und bundesweit. Das im Archiv der Zukunft besser machen zu wollen, ist eine schöne Aussicht.

Und es ist eine wunderbare Ergänzung für die Arbeit einer Bildungsgewerkschaft, der GGG (und auch des Bildungsclubs, um im Hamburger Raum zu bleiben). Abschied vom Weiter-so: Bei aller Schwere: es muss auch Freude machen.

ANTONIUS SOEST
Schulleiter i.R.

Bezahlt wird nicht

Durch Lohndumping und einen zu niedrigen Euro-Kurs verschafft sich Deutschland Wettbewerbsvorteile auf Kosten anderer Länder, die die protektionistischen Maßnahmen Trumps damit in einem anderen Licht erscheinen lassen

Jedes Jahr aufs Neue. Wohl niemand wird bestreiten, dass es in Sachen Tarifverhandlungen ziemlich ritualisiert zugeht. Auch dieses Jahr, dazu braucht es keine prophetische Gabe, wird bei der Forderung nach 6 Prozent zum Schluss wohl eine vier vor dem Komma stehen. Dass das kein Automatismus ist, sei akzeptiert und dass es dazu eines gewissen Muskelspiels bedarf, das sich sinnfällig, was den gewerkschaftlichen Part angeht, auf der Straße zeigen muss, ist unumstritten.

Bei allem Engagement, das viele Kolleg_innen immer wieder zeigen – hier in Hamburg alle im Erziehungsbereich Tätigen oder die Lehrerkolleg_innen in denjenigen Bundesländern, in denen es im Bildungsbereich überwiegend Beschäftigte im Angestelltenverhältnis gibt, also neben Berlin die meisten neuen Bundesländer –, sei angemerkt, dass die Ergebnisse in den letzten Jahren nicht dazu geführt haben, dass die Verteilung der Einkommen sich insgesamt zugunsten der abhängig Beschäftigten entwickelt hat. Abzulesen ist dies, auf die gesamte Volkswirtschaft bezogen, an der so genannten Lohnquote (die komplementäre Größe sind dann die Gewinne der Unternehmen). Sie gibt an, welchen Anteil die Löhne am volkswirtschaftlichen Gesamteinkommen ausmachen. Auch wenn der Anteil der Löhne in den letzten Jahren wieder etwas gestiegen ist (Abb. 1), so zeigt sie deutlich den Verfall in den Jahren davor. Dies ist eine der wesentlichen Ursachen für den immensen Exportüberschuss, der seit geraumer Zeit die deutsche Wirtschaft kennzeichnet. Und was sich bei uns in der Handelsbilanz als Überschuss zeigt, bildet sich 1:1 bei den übrigen Handelspartnern als Defizit ab (Abb. 2). Dies gilt sowohl für die Länder innerhalb, aber auch für die außerhalb der EU. Bei Letzteren kommt aber hinzu, dass neben dem, was die betroffenen Länder nicht unberechtigt Lohndumping nennen, der Euro-Kurs nicht die Stärke der deutschen Wirtschaft abbildet, sondern dieser sich ja aus dem Mix aller in der EU beteiligten Volkswirtschaften – also der schwachen wie der starken – ergibt. Hätte Deutschland noch die D-Mark, hätte ein sich in die Höhe entwickelnder Kurs längst als Korrektiv gewirkt. (Um die von Deutschland gekauften Pro-

Kein Naturgesetz

Wie kommt eigentlich eine Forderung wie „6 Prozent mehr Lohn“ zustande? Grob lassen sich drei Einflussfaktoren nennen: Die Preissteigerungsrate, der Produktivitätsanstieg und eine Umverteilungskomponente. Die Höhe Letzterer ist wohl maßgeblich von der Kampfkraft der Gewerkschaften abhängig. Deswegen ist es sicherlich klug, wenn zu Beginn einer Tarifrunde die Gewerkschaft mit der größten Kampfbereitschaft, die wiederum maßgeblich von der Höhe des Organisationsgrades abhängt, versucht, Lohnerhöhungen durchzusetzen. Nicht ohne Grund ist das in Deutschland die IG-Metall als größte Einzelgewerkschaft der Welt, die mit ihrem Verhandlungsergebnis jeweils eine Orientierungsgröße für die nachfolgenden Tarifrunden in anderen Branchen setzt.

Nun könnte man einwenden, dass die IG-Metall in den letzten Jahren diese Führungsrolle nicht in dem Maße wahrgenommen hat, wie es die Verhandlungsspielräume zugelassen hätten. Zur Ehrenrettung sei aber gesagt, dass die drei oben genannten Parameter, die die Höhe der Lohnforderung bestimmen, immer nur auf die Zukunft bezogene Annahmen sein können. Wenn also die Wirtschaft besser läuft als angenommen, erweist sich im Nachhinein der Lohnabschluss als zu niedrig (umgekehrt/umgekehrt). Auf diese Weise ergibt sich auf lange Sicht immer eine tendenziell antizyklische Entwicklung von Gewinn- und Lohneinkommen.

Aber schlussendlich sind dies alles keine Naturgesetze. Entscheidend ist und bleibt, mit wie viel Kampfgeist die Arbeitnehmer_innen bereit sind, ihre Interessen wahrzunehmen. JG

dukte zu bezahlen, müssten die Käufer D-Mark auf dem Devisenmarkt nachfragen, was den Kurs steigen ließe. Deutsche Produkte wären dann auf dem Weltmarkt um Einiges teurer und somit sicherlich nicht mehr in dem Maße nachgefragt, wie es jetzt der Fall ist. (Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Schweiz, die 2011 ihren Kurs zu Zeiten der Finanzkrise wegen der Flucht in den Franken eine Zeitlang deckeln musste, um einen Teil ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu retten.)

Aus diesem Grund ist Trump recht zu geben, wenn er nun die Europäer – und damit vornehmlich die Deutschen – mit der Androhung von Strafzöllen unter Druck setzt. Und das fast schon Absurde dabei ist, dass andere Länder in der EU dies auch als für sie entlastend betrachten dürften. Auch wenn dies aus taktischen Gründen nicht offen gesagt wird, so sprechen die objektiven Daten dafür. Denn unter dem Lohndumping der Deutschen ächzen nicht wenige Partnerländer in der EU. Gäbe es da nicht die starken Finanzhilfen der EU, die diese Ungleichgewichte etwas mildern, wäre die Kritik an den Deutschen deutlich schärfer. Als stärkster Nettozahler in der EU erkauft Deutschland sich also auf diese Weise etwas Wohlwollen.

Was sollte die deutsche Politik jetzt machen? Eingewendet wird immer, dass es ja die hohe Qualität der deutschen Produkte sei, die die starke Nachfrage nach selbigen verursache. Selbst wenn dies eine Rolle spielte, so würde dieses Image doch ein wenig entzaubert, wenn die Produkte 20 oder 30 Prozent teurer wären. Mit anderen Worten: die Verhältnisse schreien danach, Maßnahmen einzuleiten, um zu einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht zu gelangen. Nicht nur, weil dies eigentlich eine offizielle wirtschaftspolitische Zielsetzung seit den 1970-

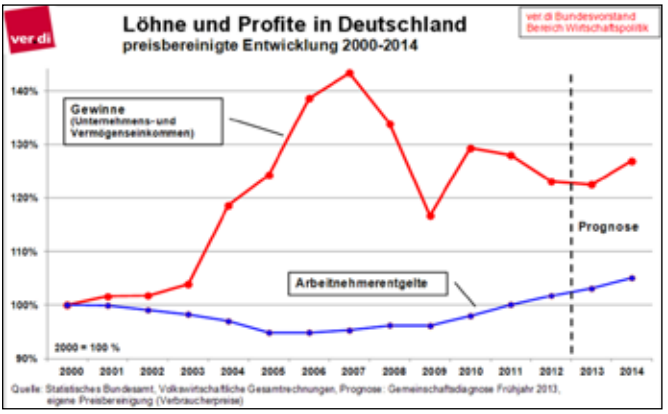


Abb. 1: Die gegenwärtige leichte Erholung der Lohnquote gleicht die Defizite der Vergangenheit nicht aus.

Abb. 2: Die Leistungsbilanz fasst die Handels- und Dienstleistungsbilanz zusammen. Wenn die Deutschen nicht so freudig ins Ausland reisen würden (Dienstleistungen), wäre der Überschuss noch deutlich größer.

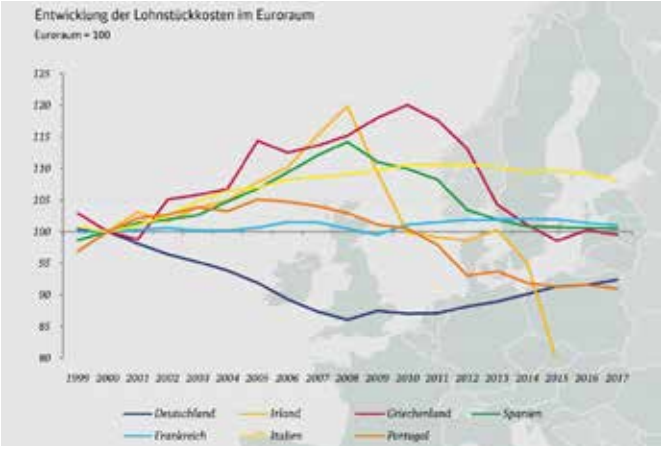


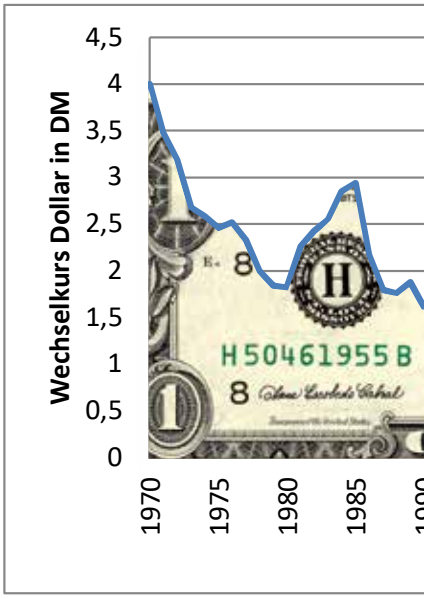
Abb. 3: Musterschülerin Frankreich: Das einzige Land, das sich an die Vorgaben gehalten hat, indem es seine Löhne an den Produktivitätsfortschritt anpasste, war Frankreich. Deutschland ragt heraus mit seinem Lohndumping. (Die Veränderung der Lohnstückkosten, der Anteil der Löhne pro produzierter Einheit, ist der bekannteste Indikator für die Produktivitätsentwicklung.)

Arme Amerikaner?

Nun könnte man aufgrund der Trump‘schen Auftritte fast Mitleid mit den US-Amerikaner_innen entwickeln. 30 Jahre geht das nun schon, dass sich deren Auslandsschuld erhöht. Jeder Dollarschein im Besitz eines Nicht-US-Bürgers oder -Bürgerin ist eine Forderung an das Land. ‚Wir‘ sind also in einem hohen Maße Gläubiger_innen. Da steckt das Wort ‚Glauben‘ drin. D. h. wir *glauben* lediglich, dass wir das Geld irgendwann mal wiedersehen. Sicher ist das eben nicht. Da hat es in der Geschichte der Kreditvergabe schon viele Enttäuschungen gegeben. Jüngstes Beispiel: die HSH-Bank. Die glaubte auch lange Zeit, das Geld, das sie den Reedern geliehen hatte, damit diese Schiffe kaufen konnten, wieder zu bekommen. Nun sitzt der Staat auf diesen ‚faulen‘ Krediten, vornehm nennt man das jetzt NLP‘s (Non-performing-Loans). Hier glauben nur noch Wenige daran, dass wir, also die Allgemeinheit, davon je wieder etwas zu sehen bekommen. Das nennt man dann ‚uneinbringliche Forderung‘, vornehm: ‚unrecoverable claims‘.

‚Uneinbringlich‘ werden die hohen Dollar-Devisen-Bestände, die die Deutschen besitzen, wohl nicht werden. Aber es ist gar nicht so lange her, in den 1970-er Jahren nämlich, dass die USA sich einen Teil des Vietnamkrieges von all jenen nachträglich finanziert haben lassen, die unerschütterlich an die Stabilität des Dollars geglaubt hatten. Bis 1971 galt ein System der festen Wechselkurse (Abkommen von Bretton Woods von 1944), bei dem die Zentralbanken nur dann intervenierten, wenn der Kurs außerhalb einer bestimmten Bandbreite nach oben oder unten abzudriften drohte. Zudem garantierten die USA, jeden Dollar jederzeit in eine bestimme Menge Gold umzutauschen (1 Feinunze Gold für 35 $). Als Frankreich seine Dollarbestände in Gold materialisieren wollte – de Gaulle ließ ein Kriegsschiff zwecks Abholung des Goldes starten –, blieb dem damaligen Präsidenten Nixon nichts anderes übrig, als diese Garantie am 15. August 1971 aufzukündigen.

Nachdem also klar war, dass die USA ihre Auslandsschulden gar nicht mehr bezahlen konnten, gab man dieses System auf zugunsten eines frei floatierenden, heißt: ab sofort wurde der Kurs nur noch durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Aufgrund des riesigen Angebots an Dollar, die während des Vietnamkriegs gedruckt worden waren, schnurrte der Kurs in den Folgejahren auf nahezu die Hälfte zusammen. Hätte man die Dollars n
Wechselkurse in D-M



Soviel Deutsche Mark musste man jeweils für e besaß, erzielte man bei Umtausch diesen DM-B im Jahr 2001/2002 im Verhältnis 2:1 drückte sich Kurs aus. Um die Grafik konsequent zu Ende fü 2001 bei einem Euro-Kurs von 1.06, den DM-Kur ab diesem Jahr ablesen kann, müssen, um auf d werden.

man 1970 noch 4,00 lar bekommen. Zehn nur noch DM 1,84. desbank, die ihre D nicht nur in Gold an tel- und langfristigen US-Rentenfonds etc

Foto: Wikipedia

er Jahren ist, sondern weil sich die übrige Welt – und dies gilt ganz besonders auch für die Mitgliedsländer der EU – diese Art der Vorteilsnahme langfristig nicht länger gefallen lassen wird.

Der ehemalige Staatssekretär unter dem Finanzminister Lafontaine und spätere Chefökonom der UN-Handels- und Entwicklungsorganisation UNCTAD, Heiner Flassbeck, schlägt deshalb neben deutlich höheren Lohnabschlüssen eine exorbitan-

Heiner Flassbeck traktiert das Thema Lohndumping der Deutschen seit Jahren. Er war von 1998 bis 1999 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und von Januar 2003 bis Ende 2012 Chef-Volkswirt (Chief of Macroeconomics and Development) bei der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf. (s. auch sein Portal flassbeck-econimics)

noch zu Zeiten fester Mark getauscht, hätte

einen Dollar bezahlen oder wenn man Dollars betrag. Mit der Umstellung der DM auf den Euro n dies in einem jeweils zu doppelnden Euro- hren zu können, haben wir deshalb für das Jahr rs von 2,12 abgetragen. D. h. die Werte, die man den Euro-Wechselkurs zu kommen, halbiert

Mark für einen Dol- n Jahre später gab's Das heißt, die Bun- ollardevisenreserven legt, sondern in mit- n US-Staatsanleihen, ., erlöste 10 Jahre später nur noch die Hälfte des ursprünglich eingesetzten Geldes. Ein gutes Geschäft für die US-Amerikaner_innen! Dieses Geschäft floriert bis heute, weil sie es trotz des eigentlich damit einhergehenden Vertrauensverlustes geschafft haben, den Dollar als Leitwährung zu erhalten. Dies wiederum ist das ‚Verdienst' des damaligen US-Außenministers Henry Kissinger. Der nämlich versprach nach der Aufgabe der Nixon'schen Gold-Einlöse-Garantie den Saudis als größtem Öllieferanten der Welt militärischen Schutz gegen die Verpflichtung, dass diese ihr Öl nur gegen Dollars veräußern dürften. Der *Petro-Dollar* war geboren. Wer dies, wie der irakische Diktator Saddam Hussein, infrage stellte, musste aus dem Weg geräumt werden. Das gleiche Schicksal – ohne Verschwörungstheorien aufsitzen zu wollen –, das Jahre später aus gleichem Grund Libyens Machthaber Gaddafi ereilte.

Der Satz „Die Amerikaner_innen leben über ihre Verhältnisse" enthält deshalb keine falsche Aussage, bloß dass sie, solange der Dollar die Leitwährung bleibt, ziemlich sicher sein können, dass ihre Schulden, wenn's drauf ankommt, schrumpfen. Damit kann man scheinbar gut leben, aber nicht ganz ohne Risiko. Damit es nicht zu erratischen Schocks an den Börsen kommt, muss Trump einen etwaigen plötzlichen Verfall des Außenwerts des Dollars durch seine jetzt eingeleiteten protektionistischen Maßnahmen weich auffangen. Sprich: durch den Versuch, das Handelsbilanzdefizit zu verringern, versucht er, nicht nur bestimmte heimische Industrien wieder zum Leben zu erwecken, sondern er schützt damit zugleich den Kurs vor einem Abrutschen auf einen Wert, der das gesamte System vor dem Einstürzen retten soll.

Sollten also die Chinesen als die größten Kreditgeber der USA auf die Idee kommen, ihre gigantischen Dollarguthaben irgendwie umwechseln zu wollen (siehe Grafik nächste Seite), dürfte ein ähnlicher, wahrscheinlich aber noch dramatischerer Preisverfall des Dollars zu verzeichnen sein als damals in den 1970-er Jahren. Keine guten Aussichten, auch für die Deutschen!

Ein bisschen erinnert das Ganze an ein Stück des italienischen Kulturschaffenden und Literatur-Nobelpreisträgers Dario Fo. Der betitelte seine anarchistisch angehauchte gesellschaftskritische Komödie mit: „Bezahlt wird nicht!"

JOACHIM GEFFERS

te Erhöhung der Staatsausgaben vor, um damit die Binnennachfrage zu steigern. Auf diese Weise könne man durchaus den hohen Beschäftigungsstand erhalten und gleichzeitig ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit erzielen. Flassbeck in der TAZ vom 17.3.2018: „Deutschland braucht viel schneller steigende Löhne, nämlich fünf Prozent pro Jahr (real, JG) fünf Jahre lang. Und ein massives öffentliches Investitionsprogramm, schuldenfinanziert natürlich, 100 Milliarden Euro pro Jahr. Dann", so Flassbeck, „sind die Amis (und dies gilt uneingeschränkt auch für die Länder der EU, JG) zufrieden, dann ist das Thema durch."

Ob denn mit einer solchen Zauberformel die Probleme aus der Welt geschafft wären, sei mal dahingestellt. Eine Kehrtwende in der Lohn- und Finanzpolitik ist auf jeden Fall von Nöten. Dass diese Meinung im politischen Diskurs so unbedeutend ist, liegt sicherlich daran, dass zurzeit die Vorteile der Exportüberschüsse im Interesse sowohl der Arbeitgeber als auch der Gewerkschaften liegen. Aber es ist ein Spiel mit dem Feuer und wie fragil diese Politik ist, zeigen zumindest die Reaktionen aller Beteiligten anlässlich der Trump'schen Offensive in Sachen Strafzölle.

JOACHIM GEFFERS

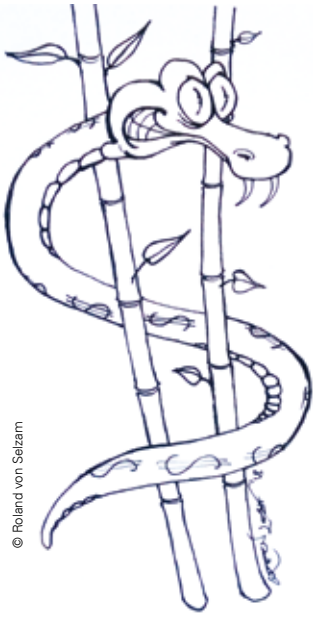
PROTEKTIONISMUS 2

That's unfair (Trump)

Akteure agieren im Dschungelcamp

Unabhängig davon, dass die EU sich gegenüber anderen Ländern außerhalb der EU durch Zölle die Konkurrenz vom Leib hält*, gibt es eine Vielzahl von anderen, so genannten nicht-tarifären Handelshemmnissen. Bekannt sind neben direkten Einfuhrquoten viele indirekte Schutzmechanismen, wie etwa technische und rechtliche Vorschriften, Steuervorteile und/oder Subventionen an Unternehmen oder auch Umwelt- und Sozialstandards, die einen fairen Wettbewerb verhindern.

Es ist also keinesfalls allein China, wie zurzeit der Eindruck vermittelt wird, das auf diesem Feld trickst. Was in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist: auch die vielen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Staates wirken verzerrend auf den internationalen Wettbewerb. Am Beispiel staatlicher Ausgaben für die so genannten Aufstocker_innen, quantitativ sicherlich eher unbedeutend, lässt sich das anschaulich zeigen. Jetzt müssen sich

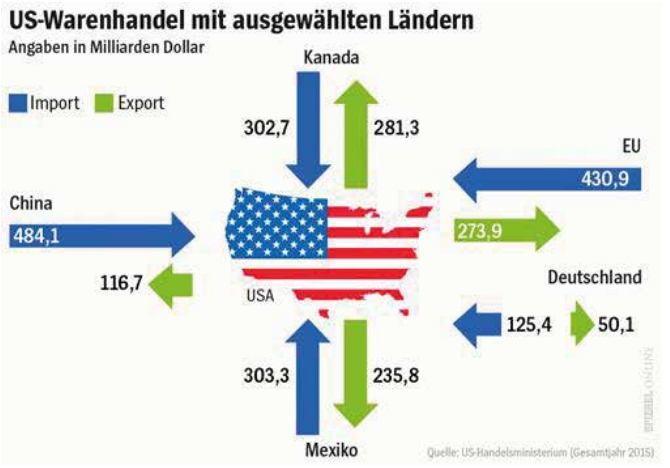


© Roland von Selzam

die Betroffenen das Geld beim Arbeitsamt selbst abholen. Der Staat könnte den Unternehmen auch direkt diese Gelder als Subventionen geben. Dann könnten diese normal hohe Löhne zahlen, von denen jemand sich oder seine Familie versorgen kann. Dann würde allerdings auffallen, dass es sich um eine Maßnahme handelt, die, was den Wettbewerb angeht, fragwürdig ist. Konsequent zu Ende gedacht gilt dies für alle staatlichen Zuwendungen und Vergünstigungen, die sogenannten Transferleistungen. Staatliche Gelder, die beispielsweise in den sozialen Wohnungsbau fließen, könnten, wenn sie den Unternehmen als Lohnzuschüsse gezahlt würden, den Eindruck vermitteln, als könnten die Betroffenen marktgerechte Mieten zahlen. Aber auch hier würde dann auffallen, dass es sich um wettbewerbsverzerrende Maßnahmen handelt. Bei dieser indirekten Bezuschussung über verbilligten Wohnraum fällt dies natürlich nicht so auf. Wollte man dieses Fass aufmachen, gäbe es viel zu entdecken, was unter das Label ‚Lohndumping' fallen würde.

Bei näherem Hinsehen steht man also vor einem Dschungel von Regulierungen – und dies gilt natürlich für alle Beteiligten –, die alles andere als faire Bedingungen für den Welthandel schaffen. Für den Fall, dass Marktliberale sich durch diese Argumentation bestätigt fühlen, sei gesagt, dass sie systemimmanent zwar richtig liegen mögen, dies aber gleichzeitig den wahren Charakter des Kapitalismus in Gestalt dessen, was ideologisch mit dem Konzept der ‚sozialen Marktwirtschaft' zu verdecken versucht wird, offenlegen würde. Wollte man hierauf verzichten, hieße dies, den so genannten sozialen Frieden zu gefährden, weil so manchem/r ein Licht aufginge.

JOACHIM GEFFERS



Zahlen von 2015 – die Situation hat sich seitdem nicht entspannt…

* Zurzeit fordert die EU für alle Importe aus den USA im Schnitt 3,9 Prozent Einfuhrzölle, im Gegensatz zu den USA, die für EU-Produkte im Schnitt 3,2 Prozent verlangen. Die Differenz ist letztendlich zu vernachlässigen, weil Währungsschwankungen und die genannten nicht-tarifären Handelshemmnisse viel bedeutsamer sind.

11:00 Uhr: 1. Mai Demonstration

Für gute Arbeit, gute Bildung, soziale Stadt

Treffpunkt: S-Bahnhof Ohlsdorf

12:00 Uhr: Kundgebung

Bert-Kaempfert-Platz / Museum der Arbeit

Katja Karger - DGB Hamburg

Hans-Jürgen Urban - IG Metall

Robert Gaudl - DGB-Jugend Hamburg

Musik: Bernadette La Hengst

•Kinderfest: Die Falken•Rote Infomeile•Food Trucks, Grill, Getränke

•Live im Internet: hamburg.dgb.de

V.i.S.d.P: Katja Karger, DGB Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Erfolge in Zeiten nachlassender Politisierung

Trotz leichter Mitgliederverluste konnte die GEW-Hamburg den Organisationsgrad an den Schulen verbessern

Die Mitgliederentwicklung in der GEW Hamburg ist nach fast zehn positiven Jahren mit einem insgesamt deutlichen Mitgliederzuwachs nun leicht negativ. Bemerkenswert ist, dass der Organisationsgrad an den Schulen dennoch gesteigert werden konnte. Im Folgenden wird auf die Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften, der GEW bundesweit sowie auf die GEW Hamburg eingegangen und abschließend verschiedene Projekte der GEW vorgestellt, die das Ziel verfolgen, die GEW auch organisationspolitisch weiterzuentwickeln: Die (Wieder) Einführung der Vertrauensleuteversammlung, neue Aktivitäten der Studierenden und der Jungen GEW, unsere Betriebsgruppentour 2017/18 und unser Projekt „Bleib dabei“.

Die DGB-Gewerkschaften

Die Mitgliederentwicklung in den Einzelgewerkschaften ist leider leicht negativ (s. Abb. 1). Bis auf die Gewerkschaft der Polizei haben alle anderen Gewerkschaften einen leichten Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Die GEW konnte ihren Mitgliederbestand fast halten und verlor bundesweit 0,02 Prozent Mitglieder. Der DGB insgesamt hatte 2017 einen leichten Mitgliederrückgang von 0,86 Prozent und organisiert nun 5.995.437 Beschäftigte, Studierende, Rentner_innen und Pensionär_innen.

Die GEW bundesweit

Von den bundesweit 278.243 GEW-Mitgliedern sind 71,7 Prozent weiblich und 28,3 Prozent männlich. Die größte Gruppe stellen wenig überraschend die Beschäftigten mit 75,9 Prozent. Davon sind 46,6 Prozent Angestellte und 53,4 Prozent Beamt_innen. Zu den Senior_innen zählen mittlerweile 18,7 Prozent der Mitglieder, 4 Prozent sind Studierende und 2,1 Prozent arbeitslos. Der Organisationsbereich Schule ist mit 63,1 Prozent der am stärksten vertretene, gefolgt vom Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit mit 15,0 Prozent, Berufliche Bildung und Weiterbildung mit 9,4 (wobei hier die Beruflichen Schulen einsortiert sind) und Hochschule und Forschung mit 6,5 Prozent. 5,9 Prozent entfallen auf Sonstige bzw. sind nicht zuzuordnen. Im Vergleich mit dem Vorjahr gab es kaum Verschiebungen zwischen den Proporzen.

Die GEW Hamburg

Sie hat ihren seit neun Jahren bestehenden kontinuierlichen Mitgliederzuwachs leider nicht fortführen können. 2015 sind wir auf 10.352 Mitglieder angewachsen, 2016 und 2017 haben wir leicht verloren (s. Abb. 2). Von den aktuell 10.188 Mitgliedern sind 67,7 Prozent weiblich und 32,3 Prozent männlich. Die Beschäftigten machen 76,2 Prozent aus (davon sind 40 Prozent Angestellte und 60 Prozent Beamt_innen), zu den Senior_in-

Gewerkschaft	2016	2017
IG Metall	2.274.033	2.262.661
ver.di	2.011.950	1.987.336
IG Bergbau, Chemie, Energie	644.944	637.623
GEW	278.306	278.243
IG Bauen-Agrar-Umwelt	263.818	254.525
NGG	201.623	199.921
EVG	192.807	189.975
Gewerkschaft der Polizei	180.022	185.153
DGB-gesamt	6.047.503	5.995.437

Abbildung 1: So sieht's in den DGB-Gewerkschaften aus

jenem Jahr eine Vielzahl streikender Kolleg_innen eingetreten ist. Um diese mehrere Hundert Neumitglieder angemessen in ihren Interessen zu vertreten, haben wir verschiedene Veranstaltungen angeboten und ein eigenes Seminarprogramm für diese Gruppe aufgelegt. Dennoch ist es uns nicht gelungen, unser 2015 gestecktes Ziel, 90 Prozent zu halten, zu erreichen. Gelungen ist uns das aktuell bei immerhin 78 Prozent.

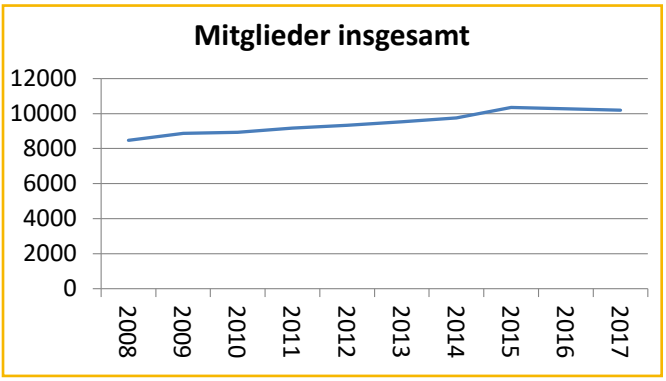


Abbildung 2: Mitgliederentwicklung GEW Hamburg 2008 bis 2017

Organisationsgrad an den Schulen

Neben der absoluten Zahl der Mitglieder ist der Organisationsgrad ein wichtiges Kriterium dafür, wie stark eine Gewerkschaft ist. Der Organisationsgrad stellt dar, wie viel Prozent der Beschäftigten GEW-Mitglied sind. Dieser Organisationsgrad ist in der Tabelle aufgeschlüsselt nach den Schulformen (Grundschule, Berufsbildende Schule, Stadtteilschule, Gymnasium). Dargestellt wird der Organisationsgrad für 12/2011 und für 12/2016, so dass die Verschiebungen innerhalb von fünf Jahren sichtbar werden (s. Abb. 3).

Bemerkenswert ist, dass trotz leicht steigender Beschäftigtenzahlen (2011 waren es 16.585 Lehrkräfte an allen Schulformen, 2016 16.977 Lehrkräfte) der Organisationsgrad in Summe gesteigert werden konnte. Leicht abgenommen hat er an den Gymnasien, gleichbleibend ist er an den Stadtteilschulen, zugenommen hat er an den Grundschulen und an den beruflichen Schulen.

Eine Feinanalyse nach Organisationsgrad der Alterskohorten ergibt ein differenzierteres Bild (s. Abb. 4). Vor dem Hintergrund, dass ein hoher Organisationsgrad bei den jüngeren Kolleg_innen ein gutes Zeichen dafür ist, als Organisation zukunftsfähig aufgestellt zu sein, sind die Zahlen erfreulich: So haben wir in den Grundschulen in den Alterskohorten bis 45 nun einen höheren Organisationsgrad als 2011, bei den Stadtteilschulen reicht dieser erhöhte Organisationsgrad sogar bis in die Gruppe der bis 55-jährigen. „Highlight“ sind die von uns organisierten Grundschulkolleg_innen von 55-60, bei denen fast die Hälfte in der GEW ist. Auch bei den Gymnasien liegt der Organisationsgrad in der Gruppe der 30-50-jährigen über dem von 2011.

Organisationsentwicklung der GEW Hamburg

Einerseits verzeichnet die GEW Hamburg seit Jahren einen Mitgliederanstieg, andererseits schlägt sich dies nicht in gesteigerten Aktivitäten und einer erhöhten Beteiligung innerhalb der GEW nieder. Zur Weiterentwicklung der GEW Hamburg hat der Landesvorstand 2016 eine Kommission eingesetzt, die sich mit Fragen rund um das Thema, wie wir die Beteiligung der Mitglieder stärken können, befasst und verschiedene Vorschläge entwickelt hat, die seitdem weiter vorangetrieben werden. Dazu gehörte, neue Beteiligungsstrukturen für Vertrauensleute in der GEW zu schaffen, weitere Vertrauensleute-Informationen und Arbeitshilfen anzubieten sowie die “aufsuchende“ Arbeit zu verstärken.

(Wieder)Einführung der Vertrauensleuteversammlung

Mit einem von der AG Weiterentwicklung vorbereiteten Antrag für den Hamburger Gewerkschaftstag am 10.04.2017 wurde die Vertrauensleuteversammlung (wieder) eingeführt und zugleich der zweite jährliche Herbst-Gewerkschaftstag aus der Satzung gestrichen.

Die Vertrauensleuteversammlung besteht aus den Vertrauensleuten der GEW Hamburg in den Betriebsgruppen sowie einigen weiteren Mitgliedern. Sie tagt mindestens einmal jährlich. Zu den Aufgaben der Vertrauensleuteversammlung gehören die Diskussion von politischen Schwerpunkten der GEW Hamburg sowie von gewerkschaftlichen Aktionen und Mobilisierungskonzepten. Sie kann Anträ-

GEW Hamburg	Grundschulen	Berufsbildende Schulen	Stadtteilschulen	Gymnasien
2011	35 %	33 %	34 %	22 %
2016	37 %	36 %	34 %	21 %

Abbildung 3: Organisationsgrad an den Schulen in Prozent, Daten aus Paisy (BSB) und D’Org (GEW)

ge an den Vorstand und an den Gewerkschaftstag richten und zur Erledigung ihrer Aufgaben Ausschüsse einrichten. Die Aufgabe der Vertrauensleute besteht darin, die Verbindung zwischen dem Landesvorstand und den Mitgliedern aufrechtzuerhalten und den Vorstand über Wünsche und Anregungen der Mitglieder zu informieren. Es ging darum, diese formalen Vorgaben mit Leben zu füllen und mit den Vertrauensleuten die wichtigen gewerkschaftspolitischen Themen zu besprechen. Mittlerweile haben zwei VV stattgefunden.

Die erste Vertrauensleute-Versammlung war am 10. Juli 2017. Anwesend waren gut 30 Kolleginnen und Kollegen. Es gab Infos und Diskussionen zu den „heißen" Themen Dienstvereinbarung Ganztag, JA13, Datenschutz und Gesundheitsschutz und einen Austausch zu brennenden Themen vor Ort sowie zur Kommunikation und Zusammenarbeit der Vertrauensleute mit der Geschäftsstelle.

Die zweite VV fand am 11. Dezember 2017 statt, anwesend waren erneut knapp 30 Vertrauensleute. Schwerpunkt war das Thema „Arbeitszeit / Arbeitsbelastung an Schulen", zu dem Ole Waldmann von der STS Gretel Bergmann von den Aktivitäten an seiner Schule und im Netzwerk in Bergedorf berichtete. Im Anschluss diskutierten wir engagiert zur Frage, was wir mit der GEW an den Schulen tun können, um hier Verbesserungen zu erreichen. Darüber hinaus gab es Infos zur „Kampagne JA13" und zum geplanten Aktionstag.

Wiederbelebung der Arbeit der Studierenden und der Jungen GEW

Nachdem im Oktober 2017 einige der Aktiven im Bereich Studierende und Junge GEW von ihren Ämtern zurückgetreten sind, da sie mit den Bemühungen des Landesverbandes, die eigene Geschichte aufzuarbeiten, nicht einverstanden waren, wurde von den verbleibenden sowie neuen Aktiven diese Arbeit aufgenommen und weiter vorangebracht. Ein Neuanfang war auch nötig, da die Zurückgetretenen die notwendige Arbeit, wie offene Mitgliedertreffen, Bewerbung der GEW am Campus oder auch die wichtige Veranstaltung „Dschungel Referendariat" an der Uni verweigerten. Mittlerweile gab es mehrere Treffen der Aktiven, zudem wurde ein Sprecher_innenteam sowie für die verschiedenen Gremien der GEW Vertreter_innen gewählt. Auch die Veranstaltung „Dschungel Referendariat" wird in Zusammenarbeit mit den Fachschaftsräten der Lehramtsstudierenden und dem LI in diesem Halbjahr endlich wieder stattfinden.

Betriebsgruppentour 2017/18

Auch wenn es angesichts der Anforderungen und Belastungen schwer möglich zu sein scheint, konkrete Verbesserungen des Arbeitsalltags zu erreichen: Die GEW ist sich sicher, dass wir ihn – gemeinsames entschlossenes Handeln vorausgesetzt – verändern können. Mit den Kolleg_innen reden, zuhören, ihr

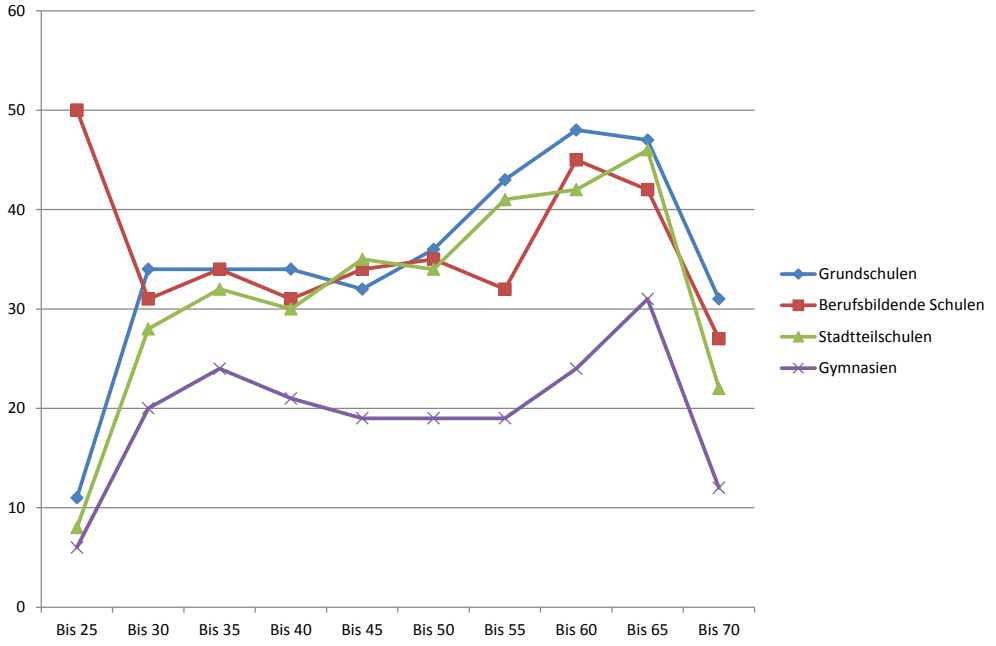


Abbildung 4: Organisationsgrad Lehrkräfte nach Schulformen nach Alterskohorten. Stichtag 12/2016, Daten von Paisy (BSB) und D'Org (GEW)

Anliegen herausbekommen, sie organisieren, sie selbst entscheiden lassen, welche Probleme sie wie angehen werden und sie befähigen, diese Schritte selbst zu gehen. Denn auch das beste Flugblatt und die gut formulierte Resolution werden nichts an der Situation ändern, wenn nicht die Beschäftigten vor Ort selbst zu dem Problem Stellung beziehen und ihre Kolleg_innen mobilisieren, aktiv zu werden.

Um die Vertrauensleute- und Betriebsgruppenarbeit zu stärken, bieten wir seit einigen Monaten eine Betriebsgruppentour an. Ihr könnt uns einladen, damit wir an eurer Schule bzw. Bildungseinrichtung von aktuellen Aktivitäten und Kampagnen berichten, informieren, Fragen beantworten…. Ein Ort für diese Veranstaltung kann eine Betriebsgruppensitzung sein, aber auch eine Lehrer_innenkonferenz, eine Personalversammlung oder ein sonstiges Treffen. In Absprache mit euch bringen wir Material mit. Wir kommen auch mal in einer Pause, wenn das gut passt. Neben Themen, die ihr selber bestimmen könnt, haben wir eine Reihe von (schulischen) Themen „parat“, wie JA 13, Gesundheitsschutz, Datenschutz und Eduport, Arbeitszeit und Ganztag.

Seit November 2017 touren unsere Vorsitzende mit Geschäftsführung und weiteren Expert_innen zu den Themen durch die Schulen. Bis März 2018 fanden über 20 Touren statt, überwiegend zu Personalversammlungen, aber auch zu Lehrer_innenkonferenzen oder Betriebsgruppentreffen.

Bleib dabei – Gute Gründe für die GEW

Gerade in Zeiten einer erfreulich hohen Anzahl von Eintritten und eines Mitgliederzuwachses ist es notwendig, auch die Austritte systematisch zu analysieren und Maßnahmen zu deren Verringerung umzusetzen. Das Rückholverfahren „Bleib` dabei“ beruht auf der Annahme, dass eine persönliche Ansprache und Frage nach Austrittsgründen bei ausgetretenen Mitgliedern eine größere Bindung an die GEW erzielt, so dass der Austritt überdacht und im Idealfall zurückgenommen wird. Die Anrufe erfolgen, bevor der jeweilige Austritt wirksam wird, so dass die Kolleginnen und Kollegen ggf. nicht neu eintreten müssen, sondern ihren Austritt widerrufen können.

Der Startschuss war im April 2016. Es wurden zwei Projektaktive gefunden, die gemeinsam mit dem Projektverantwortlichen Fredrik Dehnerdt regelmäßig ca. alle vier Wochen für ca. 2 Stunden von der GEW Geschäftsstelle aus telefonierten.

Seit November 2017 touren unsere Vorsitzende mit Geschäftsführung und weiteren Expert_innen durch die Schulen

Einerseits waren die Telefonate überwiegend positiv, andererseits liegt die Quote der „Zurückgeholten“ unter den Erwartungen. Was sind die Gründe für einen Austritt?

Sie sind vielfältig, lassen sich jedoch auf einige zentrale Aspekte reduzieren, wobei es viele „individuelle Situationen“ gibt. Genannte Gründe sind in der Reihenfolge ihrer Häufigkeit:

- „Zu hoher Beitrag“ – Trotz positiver Bewertung der politischen Arbeit wird „aufs Geld geschaut“, gerade, wenn Beratungsleistungen nicht in Anspruch genommen werden. Hier machen wir im Gespräch deutlich, dass die GEW gute Serviceleistungen bietet, politisch für die materielle Verbesserung sorgt (Tarif), bildungspolitisch für gute Positionen kämpft und auch als Solidargemeinschaft einen Wert besitzt.
- „Austritt aus dem aktiven Dienst und Neuordnung der (finanziellen) Verhältnisse“ – Mit dem Beginn eines neuen Lebensabschnittes werden bestehende Mitgliedschaften überprüft. Schwierig ist, dass der Mitgliedsbeitrag steigen kann, wenn die Pensionszahlung höher ist als das (teilzeitreduzierte) letzte Gehalt, obwohl die Beitragshöhe von 0,78 auf 0,68 % sinkt. Neben dem Solidaritätsprinzip können wir auf die Aktivitäten der BGRR verweisen.
- „Kein Kontakt zur GEW, kein Bedarf nach Leistungen“ – Eine Bindung an die GEW erfolgte nie, sie blieb eine „anonyme“ Organisation. Hier überlegen wir, neue Kolleg_innen nach einer 1- und/oder 3-jährigen Mitgliedschaft erneut (fach- bzw. personengruppenspezifisch) anzuschreiben, auf unsere Leistungen etc. hinzuweisen und zu versuchen, sie zu aktivieren.
- Darüber hinaus gibt es verschiedene vereinzelt auftretende Austrittsgründe wie unsere politische Positionierung (hier verweisen wir darauf, dass unsere Positionierungen demokratisch gefasst wurden und jede_r aufgerufen ist, ihre/seine Interessen einzubringen), rechtliche Beratung mit einem Ausgang nicht im Sinne der/s Betroffenen, Umzug, Berufswechsel, akuter finanzieller Engpass (soweit wir können, sind wir in solchen Situationen im Einzelfall zu Beitragsreduzierungen bereit) und verschiedenes anderes mehr.

Die Aufgabe der Mitgliederwerbung, -aktivierung, -bindung sowie die Weiterentwicklung der GEW als Organisation ist und bleibt eine Daueraufgabe der GEW auch in der Zukunft.

FREDRIK DEHNERDT,
stellv. Vorsitzender GEW Hamburg

gb@-SEMINARE 2018

Vorplanen

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Teamarbeit und gelingende Kommunikation

Die Zusammenarbeit in Kita / Kindergarten stellt das Mitarbeiter_innen-Team vor vielfältige Herausforderungen. Eine gute Team-Atmosphäre ist eine entscheidende Voraussetzung für die Qualität der Arbeit und die Zufriedenheit und Gesundheit der Kolleg_innen. In diesem Workshop befassen wir uns mit grundlegenden systemischen Kriterien für eine gute Teamarbeit und wir lernen anhand eigener Beispiele in Theorie und Praxis teamfördernde Maßnahmen kennen.
Inhalte:

- Welche systemischen Aspekte (Zugehörigkeit, Ordnung und Anerkennung) wirken in welcher Weise in meinem Team?
- Was sind die Kriterien einer zielgerichteten und klaren Kommunikation?
- Wie kommuniziere ich authentisch und lösungsorientiert?

Stephan Rehberg ist seit 1995 selbstständig tätig als Coach und Berater in der Begleitung von Profit- und Non-Profit-Organisationen. Außerdem arbeitet er als Supervisor und Trainer im Bereich Pädagogik und Gesundheitsbildung.
Freitag 4.5.2018,
9.30-16.30 Uhr
Neumünster, Altes Stahlwerk
www.altes-stahlwerk.com
Leitung: Stephan Rehberg
Kostenanteil: 5 € incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 40 €)

Kulturenvielfalt in der Schule

Kulturenvielfalt an Schulen stellt Pädagog_innen in Schulen vor die Herausforderung, alle Kinder bestmöglich zu integrieren. Dabei geht es nicht allein um Kultur und Sprache. Insbesondere durch die weltweiten Fluchtbewegungen der letzten Jahre nimmt nicht nur die Kulturenvielfalt zu, häufig sind neu hinzukommende Kinder und ihre Familien auch psychisch belastet.
Das Ziel des Seminars besteht darin, Sensibilität für kulturelle Unterschiede und eine Dialogfähigkeit zu entwickeln, die es erlaubt, auf unterschiedlichste interkulturelle Situationen reagieren zu können. Darüber hinaus geht es um Strategien zum Umgang mit besonders belasteten Kindern. Die Teilnehmenden können durch viele Fallbeispiele aus der Praxis die Seminarinhalte direkt auf das eigene Arbeitsfeld anwenden.
Freitag 25.5.2018, 9-16 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Julia Fischer-Ortman
Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung (ermäßigt 5 €, Nicht-Mitglieder 40 €)

Tolpuddle: Gewerkschaftsfestival in England

Das Tolpuddle Martyrs Festival ist ein gesellschaftliches Ereignis in Südengland, das in Form eines internationalen Camps stattfindet und Jahr für Jahr mehr Menschen anlockt, um an einem Wochenende Musik, Unterhaltung und Politik zu erleben. Es erinnert an die Märtyrer von Tolpuddle / Dorset, die bei der Entstehung von Gewerkschaften in Großbritannien eine wichtige Rolle gespielt haben. Wir besuchen das Festival mit vielen Musik-Bands, nehmen teil an Diskussionen und Debatten und treffen auch Kolleg_innen der englischen Lehrer_innengewerkschaften.
Bei Interesse der Teilnehmenden wird ein eigener Workshop zum Thema „Teaching Refugees“ organisiert.
Die Unterkunft erfolgt in Zelten auf dem Festivalgelände. Alternativ kann auf eigene Faust Bed & Breakfast in der Region gebucht werden. Die Anreise muss selbst organisiert werden; wir unterstützen euch dabei und kümmern uns um den Transfer vor Ort.
Das Festival bietet auch viele Aktivitäten für Kinder, sie können kostenlos mitkommen. Es wird eine Fortbildungsbescheinigung ausgestellt.
Fr. 20.7.2018 – Mo. 23.7.2018
Tolpuddle, Dorset, England
www.tolpuddlemartyrs.org.uk
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: 20 € incl. Eintritt/ Unterkunft (ermäßigt 10 €) für GEW-Mitglieder.

Anmeldung
bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail (meents@gew-hamburg.de), telef. (040-41 46 33 22), online (gew-hamburg.de/seminare), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

[1)] Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied. [2)] Voraussetzung: Neueröffnung Bezügekonto, Gutschrift auf Ihr Bezügekonto. [3)] Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch MasterCard® Classic mit gleichen Leistungen möglich

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.[1)]

Vorteile für GEW-Mitglieder:

- 50,– Euro Gutschrift bei Kontoeröffnung[2)]
- Kostenfreie Kreditkarte VISA ClassicCard[1) 3)]

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bbbank.de/gew

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

BBBank eG
Glockengießerwall 2
20095 Hamburg
Tel.: 040/306 98 74-0
E-Mail: info@bbbank.de

BB Bank
Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

GRIECHENLAND

Schonraum Schule

Die Situation griechischer Lehrkräfte und die Zustände an den Schulen

Wir besuchen die 51. Grundschule im Stadtteil Metaxourgio, einem sozialen Brennpunkt. 95 Prozent der ca. 220 Kinder, die diese Schule besuchen, haben einen Migrantionshintergrund. Ihre Familien stammen aus 20 verschiedenen Ländern: Albanien, Georgien, Afghanistan, Ägypten, verschiedene afrikanische Länder, Rumänien, Bangla Desh, Polen usw. Die Schule ist 2-zügig, wie in griechischen Städten üblich, die Klassenfrequenzen liegen bei 20; auf dem Land und den Inseln sind die Schulen kleiner.

Ein Lehrer berichtet von Problemen: Viele Familien leben äußerst beengt, manchmal 5 Personen und mehr in einem Raum. Es kommt vor, dass Väter im Gefängnis sitzen und Mütter sich als Prostituierte verdingen. Die Schule ist deshalb für die Kinder ein Ort der Erholung vom familiären Stress.

Der Schulhof ist betoniert und nur am Rand begrünt, dabei umzäunt und abgeschlossen; so ist die Schule gegen unbefugtes Betreten (und unerlaubtes Verlassen) gesichert. Der Schulhof ist gleichzeitig der Sportplatz, eine Sporthalle gibt es nicht. Das ist auch an anderen Schulen so, wie wir später erfahren. Wir beobachten Kinder in der Sportstunde. Die Jungen spielen Fußball mit einem arg zerfledderten Ball, die Mädchen Abtreffen, auch mit einem Ball.

Dann ist Hofpause, wir erregen die Neugier der Kinder. Als sie merken, dass Angela Griechisch spricht, wird sie umringt und Fragen prasseln auf sie ein. Woher kommst du? Was machst du hier? Hamburg kennen sie nicht, aber Deutschland. Angela fragt, ob sie ihre Schule mögen. Prompt kommt ein begeistertes Ja.

Wir gehen in die Aula. In einer Ecke sitzt eine Lehrerin mit 6 Kindern: Sprachunterricht für geflüchtete Kinder. Auf dem Podest türmen sich neue Schulbücher, die jedes Jahr an die Kinder ausgegeben werden, gegenüber eine Tafel. Auch in den Klassenräumen gebe es außer Tafel und Büchern keine Unterrichtsmittel, sagt uns ein Kollege. Es gebe keine Finanzmittel für naturwissenschaftliche Experimente, für den Unterricht mit Kindern nicht-griechischer Muttersprachen, für Sozialarbeiter_innen, die an einer solchen Schule dringend nötig wären oder für reformpädagogische Ansätze, die helfen könnten, die griechische Schule zu modernisieren, die vielerorts noch immer eine Paukschule sei. Sie improvisierten und unterrichteten mit Liebe, sagte der Kollege. Das passt zum Schulmotto „Liebe und Solidarität“, das in großen Lettern am Schulgebäude geschrieben steht.

Unser Gesprächspartner ist einer von 15 000 zu Beginn des Schuljahres eingestellten Lehrkräfte, die einen Fristvertrag bis zum Ende des Schuljahres haben. Sein Gehalt beträgt knapp 700 Euro. In den Sommermonaten bezieht er Arbeitslosengeld. Im Schuljahr 2016/17 waren noch 24 000 Fristbeschäftigte (von ca. 160 000 Lehrkräften insgesamt) in den Schulen tätig. Ob im laufenden Schuljahr 2017/18 weitere Lehrkräfte eingestellt würden, war Anfang Oktober unklar. Die Gewerkschaften kämpften noch für Einstellungen, was wir später am Nachmittag miterleben konnten. Vor dem Erziehungsministerium versammelten sich Kolleg_innen, um gegen die Missstände in den Schulen zu protestieren. Der Protest war von den Basisgewerkschaften organisiert worden. Die Gewerkschaft der Grundschullehrer_innen DOE war zwar nicht dagegen, hat aber auch keine aktive Rolle bei der Mobilisierung gespielt. Es beteiligten sich ca. 300 Kolleg_innen.

Die Gewerkschaften hatten sich auch vehement gegen den Beschluss des Erziehungsministeriums ausgesprochen, die Kinder aus Familien Geflüchteter getrennt von den anderen

Bildungshaushalt in Zeiten der Austeritätspo

Schulkindern am Nachmittag zu unterrichten, weil sie damit isoliert würden. Der Vorteil der beschlossenen Regelung für die Regierung besteht darin, dass Gelder der EU für besondere Maßnahmen der Flüchtlingshilfe fließen, nicht aber für regulären staatlichen Unterricht. Für das Programm der „Willkommensklassen“ wurden 800 Lehrkräfte neu eingestellt, wie üblich nur Fristbeschäftigte, z. T. mit ma-

ximal 12 Wochenstunden zu 7 Euro die Stunde. Das ist für den Staat günstiger, als die 2014 entlassenen Lehrkräfte wieder einzustellen, die eine Ausbildung und mehrjährige Erfahrung in der Beschulung der Migrantenkinder hatten. In den Camps auf den Inseln sieht es noch trauriger aus, dort werden die Kinder im besten Fall von Freiwilligen der NGOs unterrichtet.

Der Anteil für öffentliche und private Bildungsausgaben im Jahre 2010 von 5,1 Prozent des BIP, das damals ca. 300 Mrd. Euro betrug, fiel bis 2016 auf ganze 2,8 Prozent des BIP von nunmehr nur noch ca. 200 Mrd.

litik: Wie viel bleibt übrig?

Euro. In diesen 7 Jahren der Memorandumspolitik der EU gegenüber Griechenland hat der Austeritätskurs das Bildungswesen verwüstet.

Die Lehrkräfte mussten Gehaltskürzungen hinnehmen, eine Grundschullehrerin, die bei ihrer Einstellung noch 1150 Euro verdiente, bekommt heute nach 10 Jahren Schuldienst anstatt mehr weniger, nämlich 900 Euro. Seit 2010 gab es bis auf wenige Ausnahmen (etwa 500 Kolleg_innen konnten sich einklagen) keine Festeinstellungen von Lehrkräften mehr. Lücken, die die Pensionierungen Zigtausender hinterließen, wurden mit Fristbeschäftigten gefüllt. Diese werden schlechter bezahlt (s.o.) und sind außerdem von den Kürzungen des Arbeitslosengeldes auf 322 Euro betroffen, das sie während der Sommermonate beziehen.

2013 wurden 2500 Berufsschullehrer_innen entlassen, die dann nach einer Verfassungsbeschwerde 2015 wieder eingestellt werden mussten.

2016 wurde das Unterrichtsangebot verkürzt: an den Grundschulen um fünf und an den Oberschulen um drei Wochenstunden. Musik-, Theater-, Sport-, Kunst- und Informatiklehrer_innen wurden nicht mehr eingestellt, sodass die übrigen Kolleg_innen gezwungen sind, den Unterricht in Fächern zu übernehmen, für die ihnen die Ausbildung fehlt. Oder sie müssen als Fachlehrkräfte an mehreren Schulen unterrichten, was der Minister als „Möglichkeit zur Mobilität innerhalb des Schulverwaltungsbezirks“ schönredet. Die Folge ist, wie der junge Informatiklehrer an der 51. Grundschule berichtete, dass er während einer Woche so viele Kinder habe, dass er sich deren Namen nicht merken könne; aber zum Glück liebten die Kinder sein Fach.

2013 hatte die Nea-Demokratia-Regierung (ND) ein Gesetz durchgebracht, mit dem die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes einer Leistungsbeurteilung unterworfen werden sollten. Ziel war natürlich, quasi objektiv festzustellen, wer entbehrlich erscheint. Die Gewerkschaften der Lehrer_innen DOE und OLME (für Oberschulen) konnten in den letzten Jahren verhindern, dass die Beurteilungen auch auf ihre Kolleg_innen angewandt wurden (vgl. bbz 1/2017). Syriza hat auf Druck der „Institutionen“ beschlossen, nunmehr einen Teil des Gesetzes umzusetzen. In den nächsten zwei Jahren sollen die Vorgesetzten überprüft werden, die Beurteilung der anderen Lehrkräfte behält man sich für später vor. Dieses Vorgehen nach OECD-Mustern wird als „Schaffen einer Beurteilungskultur“ verkauft, dient aber dem Zweck, über die Vorgesetzten den Druck auf die Lehrerschaft zu erhöhen, Konkurrenz zwischen den Schulen zu schaffen, bei schlechten Ergebnissen den Schulen Finanzmittel zu entziehen und letztlich Schulschließungen und Entlassungen vorzubereiten, wie der Kollege Nikos vom Dachverband der Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften ADEDY befürchtet. ND habe schon verlauten lassen, dass sie im Fall einer Regierungsübernahme für noch mehr „Freiheit“ sorgen würde, indem sie die Einschulungsbezirke aufheben und die Einstellung von Lehrer_innen den Schulen überlassen möchte. Es gibt sogar schon ein Pilotprojekt, bei dem Eltern Gutscheine für Privatschulen erwerben können.

Passt das nicht perfekt zum Lieblingsvorhaben der Austeritätsfanatiker, alles, was sich irgendwie zu Geld machen lässt, zu privatisieren: nach der Eisenbahn, den Häfen und Flughäfen, der Strom- und Wasserversorgung usw. auch die öffentlichen Bildungseinrichtungen?!

ANGELA MÜLLER
i.A. der Gruppe: Solidarität mit Griechenland

HAMBURGER VOLKSINITIATIVE

Die GEW Hamburg ruft alle Hamburgerinnen und Hamburger dazu auf, die Volksinitiative „Tschüss Kohle“ für den zügigen Ausstieg aus der Kohleverbrennung zu unterstützen. Die Unterschriftenliste gibt es in der Geschäftsstelle der GEW, unterschrieben werden kann auch hier.

Wir wollen gesetzlich verankern, dass in Hamburg ab 2025 keine Wärme und ab 2030 auch kein Strom mehr aus Kohle produziert wird. Nur mit dem weltweiten Kohleausstieg können wir den Klimawandel noch bremsen und die Pariser Klimaziele, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, erreichen.

Die Verbrennung von Kohle trägt massiv zum CO2-Ausstoß bei. Derzeit werden in Hamburg noch 60 Prozent der Fernwärme und 85 Prozent des in Hamburg produzierten Stroms in den Steinkohlekraftwerken Wedel, Tiefstack und Moorburg erzeugt. Erst wenn der Kohleausstieg verbindlich festgelegt ist, wird auch alles Notwendige für eine Versorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien auf den Weg gebracht. Die technischen Mittel sind längst vorhanden!

Umweltsenator Jens Kerstan hat im November 2017 einen Plan vorgelegt, wie die Kohlekraftwerke Wedel und Tiefstack bis 2025 im zentralen Hamburger Fernwärmenetz ersetzt werden können. Die Planungen beinhalten Anlagen zur klimaschonenden Wärmegewinnung, aber auch Einfallstore für klimaschädliche Kohlewärme aus dem Kohlekraftwerk Moorburg in erheblichem Umfang. Vattenfall hat im Dezember 2017 zudem erklärt, dass das Unternehmen wieder den Neuanschluss des Kohlekraftwerks Moorburg an die Fernwärme forcieren wird. Damit wäre fürs Klima gar nichts gewonnen! Der Kohleausstieg in der Fernwärme ist die größte Einzelmaßnahme, die Hamburg für den Klimaschutz machen kann.

Um den konsequenten Kohleausstieg zu sichern, wollen wir das Hamburger Klimaschutzgesetz ändern. Den Gesetzentwurf haben wir mit Energierechtsexperten der Kanzlei Günther erarbeitet. Wir wollen ihn den Hamburger Wahlberechtigten am Tag der nächsten Bürgerschaftswahl zur Abstimmung per Volksentscheid vorlegen. Dafür brauchen wir im ersten Schritt jetzt 10.000 gültige Unterschriften für die Volksinitiative und später im zweiten Schritt 65.000 Unterschriften für das Volksbegehren. Die Hamburger Bürgerschaft kann aber auch schon vorher die Änderungen am Klimaschutzgesetz aufnehmen.

Lasst uns, lassen Sie uns gemeinsam etwas für unseren Lebensraum auf dem Planeten Erde tun! Hier in Hamburg übernehmen wir Verantwortung – für die zukünftigen Generationen, für die Menschen in aller Welt und für uns. Wir sorgen dafür, dass Kohlekraftwerke abgeschaltet werden – ein unerlässlicher Schritt für den Klimaschutz.

Weitere Infos unter
https://www.tschuess-kohle.de/

Die Weltsicht der FPÖ und ihre Politik

Wie in unserem Nachbarland etwas herangewachsen ist, von dem nur zu hoffen bleibt, dass es zeitgeschichtlich bei einem Intermezzo bleibt

Rechte und Rechtsextreme `marschieren´ weltweit in beträchtlicher Anzahl in die Parlamente – durch Wahlen legitimiert. Die Herkunft ihres `Wahlvolkes´ soziologisch: aus der Unterschicht und der „Mitte der Gesellschaft". Von „Wutbürgern" mit „Hass aufs Establishment" etc. ist die Rede; Experten warnen vor Radikalisierung und sehen den Keim des Faschismus aufkommen. Demokrat_innen versuchen gegenzusteuern: die Rechten aus „Dunkeldeutschland" (Gauck) sind untragbar, die Aussage „Wir sind das Volk" von `der Straße´ nicht akzeptabel (Merkel). So geht größtenteils die öffentliche Aufarbeitung, die die politischen programmatischen Fixpunkte der Rechten kaum berührt. Obwohl das Ende des historischen Faschismus bald 75 Jahre zurückliegt, bringt das `Bollwerk Demokratie´ in seiner Gesellschaft wiederholt Faschismen hervor. Der „Schoß ist fruchtbar noch…" kritisierte schon B. Brecht.

Der `Mainstream´ führt den neuen aufblühenden Nationalismus – im Gegensatz zum anerkannten Patriotismus der meisten Parteien – auf die Krise des Kapitalismus mit seinen negativen sozialen Folgen zurück. Für die Politik ist klar, dass das vermehrte Anzünden von Flüchtlingsunterkünften den „missbrauchten Ängsten" der Bevölkerung durch die Rechten geschuldet ist. Die sind ernst zu nehmen und zu beruhigen.

Die „Nachdenkseiten" (nachdenkseiten.de) z.B. haben dagegen Position bezogen; sie erkennen kaum eine inhaltliche Auseinandersetzung mit rechten Positionen. Wird der politische Standpunkt der Rechten nicht als verkehrter und schädlicher begriffen, kommt die Kritik über moralische Ablehnung nicht hinaus. Essentiell sind Fragen: Warum sehen sich Menschen, die den Verlust ihres Arbeitsplatzes fürchten, die nach über 45 Jahren Mühsal von ihrer Rente nicht leben können, denen hohe Mietlasten zu schaffen machen, bestens bedient von einer Politik, die ihnen nicht sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze bereitstellt, keine Renten aufbessert und nicht für bezahlbare Mieten sorgt? Vielmehr mit Law & Order-Parolen den starken Staat fordert, der für mehr Rücksichtslosigkeiten gegen ausländische Konkurrenz steht und gegen die hier lebenden Ausländer_innen und gegen die Schutz suchenden Flüchtlinge vorgeht!

Inhaltliche Auseinandersetzung

Der geforderten Konfrontation kommt der österreichische Autor H. Auinger in seiner paradigmatischen Analyse des 2017 erschienenen Buches „Die FPÖ – Blaupause der Neuen Rechten in Europa" nach. Rechte Positionen anhand der Political Correctness etablierter Parteien als „Populismus" zu etikettieren, ist heuchlerisch, weil Politiker_innen sich damit im „guten Licht" präsentieren. Wer den Rechtsextremismus nicht schon vorher ablehnte, findet so kaum hilfreiche Argumente. Auinger untersucht deren Weltbild mit seinen politischen

Promedia 2017. 200 S.
Print: € 17,90, E-Book: € 14,99.

Ausformungen. Dazu analysierte er u. a. das „Handbuch freiheitlicher Politik" der FPÖ sowie des Mitstreiters auf `Rechtsaußen´, M. Howanietz", „Für ein freies Österreich – Souveränität als Zukunftsmodell". Die Rechten deuten mittels ihrer Weltanschauung Gesellschaft, Individuum, Staat und Politik anders als die demokratischen Parteien. Über die folgenden Themen führt Auinger eine intensive Auseinandersetzung:

Freiheitsbegriff

In der „freiheitlichen Geisteshaltung" ist der „Wille zur Selbstverantwortung" identisch mit der Verpflichtung, „Volk, Heimat und Staat" zu dienen. Innen hat sich jede_r – so möglich – in der Konkurrenz zu bewähren. Gegen Außen braucht es einen „autonomen und autarken" Staat. Im rechten Weltbild steht

vor der Freiheit die Bindung ans nationale Kollektiv, der Volksgemeinschaft.

„Frau ist Mutter" – naturgegeben

Die „Familie" ist „die natürliche Keimzelle", in der die Frau als „Mutter … [sich] mit Hingabe" der „Pflege" des Nachwuchses widmet. Welche realiter nicht naturgegeben, sondern in staatlichen Pflichten eingebettet ist. Howanietz legt die Frau aufs Denken „in häuslichen Kategorien" fest. Die moderne Rechte will den Frauen „freie Wahl" einräumen, was jedoch, da sie „biologisch" festgelegt sind, mit der politischen Festlegung auf familiäre „Kinderbetreuung" konfligiert. „Gender Mainstreaming" wird als subversiv abgekanzelt. „Frauenhäuser" sind ein Hohn, da sie ein Beitrag zur „Zerstörung von Ehen und Partnerschaften" sind. Bei Abtreibungen ist Schluss mit der Wahlfreiheit, weil dem Volkskörper durch „Tötung im Mutterleib" möglicher Nachwuchs vorenthalten wird.

„Heimat" – „Identität" – „der Andere"

Die „*Dreieinigkeit*" von Volk, Nation und Familie ist für die `Freiheitlichen´ die natürlichen Daseinsform. „Heimat" und „Identität" seien gefährdet, weil „Leute von außerhalb" – durchaus legal – ins Land strömen. Sie sind nicht im „`autochthonen´ Wurzelvolk„ beheimatet – sind die „Anderen", die auszugrenzenden Ausländer_innen, Migrant_innen und Flüchtlinge. Die Fremden stören, dazu gefährden sie langfristig „das gesamte Sozialsystem". Wenn Volksfremde sich im Volk breitmachen, kommt es dem `identitären Selbstmord´ gleich. Die Zuschreibungen dieser unerwünschten, störenden Menschen – illegal bis kriminell, wirtschaftlich unnütz, mit verkehrter Religion – unterzieht Auinger einer Kritik.

Nationale Identität = Sprache, Kultur, Geschichte und Religion

Den Eigenheiten, die die nationale Identität der Inländer_innen ausmachen soll, geht Auinger nach. Im idealisiertem „Wir" wird eine Menschengemeinschaft als „Volkseinheit" vorgestellt – nicht nur bei den Rechten –, die den Kampf der divergierenden sozialen Charaktere um den immensen Reichtum mit so ungleichem Einsatz und disparaten Ergebnissen hinterherjagen, uminterpretiert. Präzise wird von Auinger das Gedankengebäude einer „Identität" in Nationaluniform untersucht, die aus der Natur hergeleitet, damit unverwechselbar und nicht austauschbar sei. Er schreibt von vier „Staatsangehörigkeiten" der sich ändernden Identität, die ihren Grund im Verlust bzw. der Erweiterung des Staatsterritoriums als Ergebnis zwischenstaatlicher Gewaltanwendung haben. „Bis 1918 gab es Österreich-Ungarn" als Großmacht, in der „1. Republik" waren die Bürger_innen u. U. Österreicher_innen mit dem Wunsch nach deutschem „Anschluss", der 1938 in Erfüllung ging, nach 1945 wieder Österreicher_innen in der „2. Republik".

Souveränität

Ein zentraler Punkt im freiheitlichen Weltbild der FPÖ ist die „Souveränität". Die gilt durch einschränkende Verpflichtungen gegenüber dem Ausland als beschnitten. Auch Klagen wie „Verlust der Weltgeltung" der EU hin zum „Absinken zu einem Protektorat" der USA werden von Auinger kommentiert; was die Substanz der „Vereinigten Staaten von Europa" ist sowie das Selbstverständnis der FPÖ, eine Europa-Partei zu sein. Sie begreift sich als Vorreiterin eines „Europas der Vaterländer" und als „Internationale der Nationalisten". Hier wird den Unterschieden zwischen den europäischen Rechtsparteien nachgegangen. Das Für und Wider der Mitgliedschaft in der EU: sofortiger, schrittweiser oder nuancierter Ausstieg? Welche Bündnisse sind europaweit zu schmieden?

Die FPÖ sieht sich mit Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen als klassenübergreifende Kraft, vereint im Kampf um den Kapitalstandort. Die Wirklichkeit ist ein Benutzungsverhältnis von Staat und Volk. Die Einheimischen pochen auf ihr exklusives Recht, dieser Nation anzugehören – ein Rechtstitel, der nur ihnen qua Geburt und Pass zusteht. Für Ausländer_innen gilt ein restriktives Ausländerrecht, das Vorbehalte gegenüber anderen Staaten offenbart.

Exkurs: „Kriseneskalation" in der EU

An die 200 Nationalstaaten existieren auf dem Globus. Ihnen allen ist gemein, sich durch ihre Grenzen von anderen abzusetzen. Die kapitalistische Ökonomie stößt bei den potenten Nationen an ihre staatlichen Grenzen. Das sich unablässig anhäufende Kapital drängt nach außen – Stichworte: „Weltmarkt" und „Globalisierung". Außenpolitik schließt Verträge mit anderen Souveränen zwecks wechselseitiger Benutzung, um dem nationalen Kapital weltweites Terrain zum Waren- und Kapitaltransport verfügbar zu machen und umgekehrt. Die Potenz seiner Ökonomie steht für die Stellung des Staates in der Welt, entsprechende Gewaltmittel untermauern dies. So sind Weltmächte, auch aufstrebende, Mittel- und Regionalmächte, `failed States´ etc. entstanden. Mit Diplomatie wird der Wille zur Unterordnung anderer Staaten ausgelotet, bei Unwillen steht die ultima Ratio, der Krieg, an. Dass im Frieden der Krieg vorbereitet wird, ist der FPÖ selbstverständlich, wenn jedoch im Land „mehr Partyzelte als Armeezelte" stehen, ist es dem „Untergang geweiht".

Krisenkonkurrenz hat zu massenhaften Beschädigungen (Entlassungen, Arbeitsverdichtung, Lohnsenkungen) der nationalen Arbeitskraft geführt. Die Finanzkrise hat Kredite etlicher Nationen prekär gemacht. Um den Euro stabil zu halten, wurden Spardiktate für einige erlassen, wo die Verelendung breiter Bevölkerungsteile als Mittel der Genesung gilt. Die langandauernde Krise der Finanzen und der Staatsverschuldung hat einen Teil der Union reicher und damit politisch trotz Souveränitätseinbußen mächtiger gemacht. Andere europäische Vaterländer bemängeln, dass für sie dabei weniger herausgekommen ist.

Der Autor macht nicht den sozialen Protest als Kern der Ideologie der Rechten fest, wie das in vielen Publikationen – auch linken – der Fall ist. Die vorausgesetzten sozialen Missstände sind nur das Material, das die Rechten europaweit nutzen, die soziale Frage in die nationale Frage zu transformieren. Auinger arbeitet die Unterschiede wie die Gemeinsamkeiten der Rechten in Europa heraus. Er liefert eine Reihe von einleuchtenden Begründungen, mit denen man den neuen nationalen Aufbruch – in welcher Variante und Nationalität auch immer – erklären und ihm somit die `Stirn bieten´ kann.

F. BERNHARDT,
R. GOSPODAREK

Kritisieren, blockieren, verhindern

Mit Werbung, Schulsponsoring oder Schenkungen nehmen Unternehmen zunehmend Einfluss an deutschen Schulen. Vor allem Digitalkonzerne wie Apple, Google oder Microsoft drängen verstärkt ins Klassenzimmer. Mit einer neuen Broschüre liefert LobbyControl Lehrer_innen, Eltern und Schüler_innen Hintergründe und gibt praktische Tipps, wie Schulen und Politik dieser Einflussnahme begegnen sollten.

Die kostenfreie Broschüre benennt Akteure und Strategien von Unternehmen und Stiftungen, um an Schulen aktiv zu werden. Gleichzeitig geht die kostenfreie Publikation anhand von aktuellen Fällen auf die damit verbundenen Gefahren ein.

Fabian Kaske, LobbyControl-Experte für Lobbyismus an Schulen: „Angesichts knapper Kassen sehen viele Schulleitungen in den Angeboten von Unternehmen und Stiftungen vor allem eine Chance. Mit dieser Broschüre wollen wir sie sowie Lehrkräfte, Eltern und Schüler_innen dafür sensibilisieren, ihren Blick zu schärfen.“

Checkliste: Lobbyismus an Schulen erkennen und verhindern

Auf der politischen Ebene fordert LobbyControl ein Werbeverbot an Schulen, eine Monitoringstelle für Unterrichtsmaterialien und höhere Transparenzpflichten.

Zudem hat LobbyControl eine Checkliste für Lehrer_innen, Schüler_innen und Eltern erarbeitet. Sie sollten unter anderem die Interessen der Anbieter hinterfragen, Kooperationen und Geldflüsse offenlegen sowie kritisch mit Unterrichtsmaterialien, Expert_innen und Sponsoring umgehen.

Digitalisierung ist das zentrale Einfallstor für Lobbyismus

LobbyControl beobachtet, dass die Digitalisierung ein zunehmendes Einfallstor für Lobbyismus an Schulen bietet. Das reicht von scheinbar neutralen Organisationen mit Unternehmenshintergrund wie dem „Netzwerk Digitale Bildung“ bis zu den Aktivitäten der Calliope gGmbH, die von großen Konzernen wie Google finanziert wird und über den Weg der Schenkungen Lehrinhalte beeinflusst. In den USA wiederum sind Apple oder Google an den Schulen längst durch Apps und Lernplattformen („Apple Classroom“, „Google Classroom“, “Apple School Manager”) weit verbreitet. Die kürzlich eröffnete Google Zukunftswerkstatt in Deutschland zeigt die zunehmende Bedeutung auch hierzulande.

„Die großen Digitalkonzerne drängen auf den deutschen Bildungsmarkt. Ihre zunehmenden Aktivitäten zeigen, dass wir eine gesellschaftliche Debatte darüber brauchen, welche Form der digitalen Bildung wir in unseren Schulen wollen. Diese Diskussion dürfen wir nicht den Digitalkonzernen überlassen“, sagt Kaske.

Interessierte können sie kostenfrei bestellen unter: https://www.lobbycontrol.de/produkt/lobbyismus-an-schulen-broschuere/

Widersprechen!

Die AfD und ihr rechtsextremes Umfeld versuchen bei den Betriebsratswahlen Fuß zu fassen

In diesem Frühjahr finden die Betriebsratswahlen statt. In der *Süddeutschen Zeitung* wurde über einige aufsehenerregende Ereignisse berichtet. So errang ein sogenanntes „Zentrum Automobil“e.V. im Daimler-Werk Untertürkheim dreizehn Prozent der Stimmen, am BMW-Standort in Leipzig elf Prozent. Auch in anderen Betrieben und Städten können die rechten Aktivisten Erfolge vorweisen. „Der Jenaer Gewerkschaftsforscher Klaus Dörre bezeichnet das 'Zentrum Automobil' als 'fest verankert in der militanten, äußersten rechten Neonazi-Szene, im Umfeld von 'Blood&Honour'….“ (S.2) Mit Oliver Hilburger, Betriebsrat in Untertürkheim, wird eine neue zentrale Führungsfigur aufgebaut. Er „hat eine einschlägige Vergangenheit in der Neonazi-Szene: Er war Mitglied der rechtsradikalen Band 'Noie Werte', und im November 2017 wurde er vom baden-württembergischen NSU-Untersuchungsausschuss über Kontakte zu Unterstützern der Terrorvereinigung Nationalsozialistischer Untergrund befragt. Er distanziert sich einerseits von den Taten des NSU, tritt aber auf Veranstaltungen der fremdenfeindlichen Pegida als Redner auf ...“ (19.3.2018) Stolz weist „einprozent.de“ (siehe unten) mit einem Link ihrer Homepage auf die Rede dieses neuen Führers auf einer Pegida-Demonstration hin.

Die Hinterfrauen und -männer

Zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen und Unterstützung rechter Aktivist_innen trat die vom Institut für Staatspolitik (Kubitschek, vgl. hlz 1-2/2017, S. 41 f), von der sogenannten „Identitären Bewegung“ und der Zeitschrift „sezession“ unterstützte Homepage „einprozent.de“ mit der Kampagne „Werde Betriebsrat“ auf den Plan. „Daimler-Kollege Oliver Hilburger“, so schrieben die Betreiber der Homepage, hätte eine „neuartige Arbeitnehmervertretung“ ins Leben gerufen, „mit klarer Ausrichtung gegen das Establishment“. „Ein Prozent“ wäre es gelungen, dieses neue Konzept auf einer COMPACT-Konferenz zu „präsentieren“. Diese C-Konferenz wurde von der gleichnamigen Zeitschrift des Kubitschek-Vertrauten Elsässer organisiert. Einer darf natürlich nicht fehlen: Björn Höcke, Beruf Lehrer: „Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp." Der „Stern“ (12.12.2015) zitierte diese Passage der Rede Höckes, die dokumentiert ist in einem ARD-Panorama-Mitschnitt – „Afrikarede“ –, gehalten im Institut für Staatspolitik. Ganz im Geiste dieser Ausführungen zitiert ihn „einprozent.de“: „Der patriotischen und sozialen Rechten kann eine gute Wende für unser Land nur dann gelingen, wenn wir in einer fundamentaloppositionellen Widerstandsbewegung alle Volksschichten mitnehmen und uns nicht untereinander aufreiben.“ Da können sich die Organisatoren des COMPACT-Kongresses die Hände reiben: Höcke bleibt der Idee der Volksgemeinschaft verhaftet.

Feindbild: Linksorientierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

„Wenn linke Betriebsräte im Hintergrund die Fäden ziehen und anständige Patrioten wegen einer kritischen Meinung gekündigt werden, müssen wir selbst aktiv werden … Patriotische Betriebsräte können andere Patrioten am Arbeitsplatz schützen.“ Man wolle aus dem „etablierten Kartell aussteigen“. Der „Verrat an Arbeitern und Angestellten“ werde sich „bitter rächen“. Die Sprache der Nationalsozialisten nachahmend, die Bonzen seien Schuld, fordert „einprozent.de“, diesen „roten Gewerkschaftsbonzen“ entgegenzutreten: „Machen wir gemeinsam Druck auf jene, die ihre werktätigen Kollegen für eigene Vorteile und Boni längst vergessen, gar verkauft haben.“ Um diese „Argumentation“ zu bekräftigen, wird das Gerücht verbreitet, dem „Zentrum Automobil“ sei in einer Wahlkabine Schaden zugefügt worden: „Der Verdacht, dass hier vonseiten der DGB-Gewerkschaften Wahlmanipulation betrieben wurde, liegt nahe. (…) Anstatt für das Wohl der Arbeiterschaft zu wirken, regieren Vetternwirtschaft und Egoismus. Der Geist der Arbeiterbewegung musste längst einer linksliberalen Politagenda weichen. Die Gewerkschaften sind zum Erfüllungsgehilfen des Kapitalismus und Steigbügelhalter des Neoliberalismus geworden.“

„Die großen Metallgewerkschaften und der DGB“ „pressten“ ihre Mitgliedsbeiträge ab und „verfeuerten“ sie „auf politischen Demonstrationen – natürlich 'im Kampf gegen Rechts'.

(…)“ „Gut bezahlte Funktionäre der IG Metall“ hätten „mit blutiger Tinte“ einer weiteren Senkung der Reallöhne in den nächsten vier Jahren zugestimmt. Die todsichere Alternative in diesem „neurechten Widerstandsmosaik“ könne nur die neue „Gewerkschaft“ sein. Und sie jubeln: „Der erste große Stein ist jetzt aus der Mauer gebrochen“.

Und wie selbstverständlich wird der Schulterschluss mit AfD, Pegida und Co. vollzogen: „Jeder von uns hat mittlerweile einen Freund oder Bekannten, der seine Arbeitsstelle aus politischen Gründen verlor. Es trifft immer die kleinen Leute, deren Existenz vernichtet wird, weil sie vielleicht jeden Montag zu Pegida gehen, offen die Alternative für Deutschland (AfD) unterstützen oder einfach nur mit dem Kollegen in der Pause über politische Probleme reden.“ Die Stoßrichtung wird deutlich formuliert: „Am Arbeitsplatz wachen linke Betriebsräte und Gedankenpolizisten über jedes kritische Wort. Es wird dokumentiert, befragt und schlussendlich auch gerne fristlos gekündigt.“ Und: „Die großen Gewerkschaften haben den Boden des Grundgesetzes längst verlassen. (…) Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kuschelt offen mit politischen Terroristen“. Ein Leser der Zeitschrift „sezession“ kommentierte einen Artikel dieses Blattes über die „Werde-Betriebsrat-Kampagne“ mit den Worten: „Gleichschaltung der Gewerkschaften und der Medien, die Maas'schen Recht- und Richterlosen Stand-Gerichte bei Facebook. (Türkische oder arabische Einlassungen aber werden nicht zensiert.), die Antifa-SA-Schlägertrupps. Das volle Programm, es läuft wieder! Was einst die Juden waren, das sind heute die Rechten und die AfD. Da läuft die Pogrom-Masche Marke Gutmensch. Und überall in der Lügenpresse und Politik wird wie im Rausch für die Hetzjagd geworben. (…)“ Wir müssen uns auf einiges einstellen.

„Bürgerliche“ Hilfstruppen?

Am Donnerstag, den 15.3.2018 erschien eine „Gemeinsame Erklärung 2018“, initiiert von Vera Lengsfeld (http://vera-lengsfeld.de/tag/gemeinsame-erklaerung-2018/), mit folgendem kurzen Text: „Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“

Wer unterschrieb diesen Aufruf? „Bürgerliche“ ? Frau Lengsfeld zählte nach ihrer DDR-Oppositions-Rolle auch schon einmal zu den grünen Parteigänger_innen – als politische Übergangsheimat … Ein Uwe Tellkampf scheint mit seinem Namen dafür zu bürgen. Bei einigen Erstunterzeichner_innen wird die Sache schon heikler: Henryk M. Broder, Dr. Thilo Sarrazin, Dr. Karlheinz „Weissmann“, Dieter Stein.

Weißmann verließ auf Grund politischer/persönlicher Differenzen, die er mit Kubitschek („die dauernden Alleingänge“, „seine notorische Unzuverlässigkeit“) ausfocht, das Institut für Staatspolitik 2014, vorher schon schied er aus der Zeitschrift „sezession“ aus, wie er in einem Interview in der rechten „Jungen Freiheit“ ausführte. Dieter Stein ist Chefredakteur der Zeitschrift „Junge Freiheit“.

Die Zeitschrift „sezession“ munkelt, die Ehefrau von Kubitschek, Ellen Kositza, sei wieder aus der Liste der Erstunterzeichner_innen gestrichen worden. Wer das veranlasst habe, wisse man, wolle es aber nicht verraten.

Nun steht der oben abgedruckte Text auf den ersten Blick in keiner Beziehung zur „Werde-Betriebsrat-Kampagne“ von „einprozent.de/sezession/Kubitschek/Institut für Staatspolitik“. Interessant ist aber, dass die Aussage, an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland herrsche keine rechtsstaatliche Ordnung bei der Einreise vieler Flüchtlinge, zentraler Ausgangspunkt einer Kampagne war, die vom nämlichen Institut für Staatspolitik formuliert wurde, das aktuell massiv in das Werben um rechte Betriebsräte eingestiegen ist. Das Institut und Kubitschek verbreiteten zu Hochzeiten des Flüchtlingsdramas ein Gutachten eines gewissen Waldstein. Wir schrieben dazu in der hlz 1-2/2017, S. 41 f: „Sie sind an den Rechtsanwalt Dr. Thor v. Waldstein mit der 'Bitte herangetreten', die Frage zu erörtern, ob es für die Deutschen in der jetzigen Situation ein Recht auf Widerstand geben könnte. Denn dieses Recht sei für alle Deutschen nach Art.20, Abs. 4 des Grundgesetzes verbrieft. Waldstein stellt in seinem 'Memorandum' fest: Es könne angesichts der Duldung des 'rechtswidrigen Grenzübertritts ‚illegaler Migranten'… aus staatsrechtlicher Sicht wenig Zweifel daran bestehen, daß es sich um einen vorsätzlichen Staatsstreich der Regierung gegen das Volk, einen Putsch von oben handelt.'“ Und dieser Waldstein, Autor von „sezession“, wird als „ehemaliger NPD-Aktivist“ bezeichnet. Mit Oliver Hilburger entdecken sie nun einen weiteren Protagonisten mit einschlägigen Verbindungen in eine anrüchig rechte Szene (siehe oben).

„sezession“/Institut/Kubitschek/Afd/Pegida „kämpfen“ an verschiedenen Fronten. Und Tellkamp macht munter mit. Unsere Gewerkschaften werden zukünftig viel zu tun haben.

WOLFGANG SVENSSON
hlz-Redaktion

Standfest gegen die NSDAP – auch als Abgeordneter

Max Traeger und die DDP/Deutsche Staatspartei – 2. Replik auf den Artikel von B. Nette/St. Romey in hlz 11/2017, S. 56ff

Die ehrverletzenden Behauptungen, Max Traeger sei „braunbefleckt" und habe mit ehemaligen Nazis kollaboriert, habe ich nachgeprüft und in einer Biografie über Max Traeger deutlich gemacht, dass es nicht einen einzigen belegbaren Hinweis gibt, der diese Vorwürfe stützt – im Gegenteil. Max Traeger hatte sich seit der Novemberrevolution in Hamburg demokratisch betätigt, sowohl als Vorsitzender (Proponent) der Volksschullehrergewerkschaft, der „Gesellschaft der Freunde", als gewählter Vertreter im Lehrerrat, in der Lehrerkammer und im Beamtenrat sowie als Schulleiter. Er hatte sich stets vehement mit rechtskonservativen, deutschnationalen und nationalsozialistischen Positionen und deren Organisationen auseinandergesetzt und dabei keinerlei Sympathien für deren Ideologie und ihre Funktionsträger gezeigt. Im Gegenteil. Seine standfeste Haltung gegen die Nationalsozialisten zeigte er seit 1927 als Bürgerschaftsabgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Nach deren Umbenennung in Deutsche Staatspartei blieb seine Haltung unverändert. Dies habe ich in der Biografie über Max Traeger dargestellt und erst danach wurden, wie in einem Hase-und- Igel-Spiel, Fragen aufgeworfen, die die Geschichte der DDP und der Deutschen Staatspartei thematisierten.

Den Startschuss dafür gab Micha Brumlik, Doktorvater von Benjamin Ortmeyer, der in der „taz" am 2.5.2017 in der Kolumne „Gott und die Welt"

Deutsche Staatspartei in der Krise

Die DDP war in der Weimarer Republik eine relativ erfolgreiche Partei, die an fast allen Reichsregierungen bis 1932 beteiligt war. Allerdings hatte sie seit 1919 (18,5 Prozent der Wählerstimmen) im Laufe der Jahre einen abnehmenden Stimmenanteil. Insbesondere seit den Reichstagswahlen 1928 (4,9 Prozent entsprachen 25 Sitze im Reichstag) machten sich Funktionäre in der DDP Gedanken über Versuche, Kräfte zu bündeln, auch von Unzufriedenen aus der DVP, wie Theodor Eschenburg, unter Einschluss einer Organisation „Jungdeutscher Orden" von Artur Mahraun, die bei Gründung 1920 einen Arierparagrafen hatte. Dies hatte innerhalb der DDP zu heftigen Diskussionen und zum Austritt einiger linker Jungdemokraten geführt, war aber aus meiner Sicht eher eine vorübergehende Phase, die sich auf den Zeitraum von wenigen Monaten um die Reichstagswahl 1930 beschränkte.

Bei genauerer Beschäftigung mit der Person Arthur Mahraun kommt man zu einer differenzierteren Einschätzung. Mahrauns Grundideen waren gegen einen Parteienstaat gerichtet; er hatte ein Konzept entwickelt, das auf Bürgerbeteiligung vor Ort orientiert war. Manche DDP-Funktionäre erhofften sich dadurch möglicherweise eine Mobilisierung der Basis. Alexander Kessler hielt in seiner Schrift „Der Jungdeutsche Orden auf dem Wege zur deutschen Staatspartei" fest: „Ganz ohne Zweifel spielten grundsätzliche Voreingenommenheit der gegen den Jungdeutschen Orden eingestellten demokratischen Parteikreise eine unheilvolle Rolle, wobei der angebliche ‚Antisemitismus' der Jungdeutschen den hauptsächlichen Angriffspunkt bot. Wohl waren antisemitische Anklänge während der völkischen Periode des Ordens zwischen 1922 und 1925/26 festzustellen gewesen, doch im Zuge des ideologischen Reifungsprozesses verschwunden. Der Orden war vielmehr auch in diesem Punkt zum förmlichen Gegner des Nationalsozialismus geworden." (Kessler, München 1980, S. 26)

Und Klaus Hornung schrieb in seinem Buch über den „Jungdeutschen Orden", Düsseldorf 1958: „Im Staat wurde dagegen den Juden die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zuerkannt. Mahraun nannte den Antisemitismus ein ‚Minderwertigkeitsgefühl' und eine ‚Barbarei'." (S. 101)

In seiner Schrift: „Die Deutsche Staatspartei. Eine Selbsthilfeorganisation Deutschen Staatsbürgertums" (Jungdeutscher Verlag, Berlin 1930) schrieb Mahraun auf die Frage: „Wie steht die Deutsche Staatspartei zum Judentum?": „Die Deutsche Staatspartei erkennt die staatsbürgerliche Gleichberechtigung deutscher Juden an. Sie wendet

der GEW vorwarf, sie hätte „Scheu vor der historischen Wahrheit“ und behauptete: „Die Stiftung der GEW ist nach Max Traeger benannt. Er steht beispielhaft für die vielen Lehrer, die sich dem Nationalsozialismus andienten.“ Eine groteske Verdrehung, wie ich in der Biografie Max Traeger und in der HLZ 12/2017 dargestellt habe. Jemand, der der GEW „Scheu vor der historischen Wahrheit“ vorwirft, muss sich prüfen lassen, wie er es denn mit der „historischen Wahrheit“ hält. Er nennt die Deutsche Staatspartei eine „rechtsradikale Splitterpartei“, die in seinem Text auch als eine „faschistische Partei“ bezeichnet wird. Als Quelle für diese Charakterisierung der Deutschen Staatspartei gibt der Wissenschaftler Brumlik Wikipedia an und zitiert: „Im Jahr 1930 vereinigte sich die DDP mit der Volksnationalen Reichsvereinigung zunächst für die Reichstagswahl zur Deutschen Staatspartei. Das brachte heftige Konflikte innerhalb der Partei mit sich, denn es handelte sich um den politischen Arm des konservativ-antisemitischen ‚Jungdeutschen Ordens’ von Artur Mahraun. Nach dieser Fusion traten viele Mitglieder des linken Flügels… aus der Partei aus.“ Das reichte Brumlik für die Stigmatisierung. Die weiteren Sätze in Wikipedia ließ er einfach weg: „Die DDP war neben der SPD eine der entschiedensten Befürworterinnen der Weimarer Republik. Hochburgen der Partei fanden sich in Berlin, Potsdam, Schleswig-Holstein, Württemberg, dem Bereich Weser-Ems und ganz besonders in Hamburg, wo der zeitweilige Parteivorsitzende Carl Wilhelm Petersen erster Bürgermeister und damit Regierungschef war.“ Oder: „In der Öffentlichkeit herrschte zum Teil das – faktisch falsche und antisemitisch aufgeladene Vorurteil –, die DDP sei die Partei des Hochkapitals. In den späteren Jahren nutzte die NSDAP dies aus, indem sie die DDP als ‚die Judenpartei’ diffamierte.“

Da über Max Traeger nichts Belastendes gefunden wurde, wird versucht, ihn über seine Partei in Misskredit zu bringen. Aber selbst das gelingt nicht.

Prüfen wir jetzt einmal die Geschichte der DDP/Deutsche Staatspartei, insbesondere in Hamburg und dabei meine Aussage, dass es sich in Hamburg um eine linksliberale Partei gehandelt habe und welche Rolle dabei Max Traeger spielte.

DER VERFASSER

sich gegen jeden demagogischen Antisemitismus.“ (S. 33)

Über die Nationalsozialisten äußerte Artur Mahraun:

„Der Glaube, dass man durch Gewährung von Diskussionen schwerere Zusammenstöße mit den Nationalsozialisten vermeiden könne, ist irrig. Die Nationalsozialisten sind dazu erzogen, ihre Werbung keineswegs auf sachlicher Überzeugungskraft aufzubauen. Ihre Werbemethode besteht im Gegensatz dazu in der rücksichtslosen Hervorkehrung eines phrasenreichen Kraftmeiertums. Bei der großen Enttäuschung der Bevölkerung über die Leistungen der alten bürgerlichen Parteien hat dieses Kraftmeiertum gegenwärtig eine zweifellose Wirkung, besonders auf die Verärgerten in allen Ständen. Die allgemeine Stimmung geht dahin, dass weite Volkskreise sich nach entschlossenen Taten sehnen. Man erwartet diese nicht mehr von den alten bürgerlichen Parteien. Man erhofft sie aber von den Nationalsozialisten, da diese ihren Tatwillen unaufhörlich beteuern. Auf viele Gemüter wirkt in diesem Sinne der nationalsozialistische Terror auf der Straße und in den politischen Versammlungen.

Der Wahlkampf der Deutschen Staatspartei hat eine große Aufgabe, nämlich diese Gemüter davon zu überzeugen, dass Willenskraft und Tatfreudigkeit nicht nur bei den Nationalsozialisten zu finden sind. Die Wahlversammlungen der Deutschen Staatspartei müssen der Bevölkerung den Nachweis von dem Vorhandensein eines neuen und besseren Aktivismus geben, der in seiner Wirkungskraft dem negativen Aktivismus der Nationalsozialisten durchaus gewachsen ist.“ (S.35)

Manchmal lohnt es sich, über Wikipedia hinaus sich mit Personen und Ideen weiter zu beschäftigen.

Nachdem die Deutsche Staatspartei bei den Reichstagswahlen 1930 wiederum geschwächt war und mit 20 Abgeordneten ein enttäuschendes Wahlergebnis hatte gegenüber 107 Abgeordneten der NSDAP, trat Mahraun mit seinem „Jungdeutschen Orden“ wieder aus der Staatspartei aus. Die Phase der Deutschen Staatspartei mit dem „Jungdeutschen Orden“ überdauerte insgesamt nicht das Jahr 1930. 1933 wurde der „Jungdeutsche Orden“ von den Nationalsozialisten in allen Ländern verboten. Mahraun wurde am 11. Juli 1933 in Berlin verhaftet und dabei schweren Misshandlungen ausgesetzt.

DDP/Deutsche Staatspartei und jüdische Wähler_innen

In ihrer Dissertation „Antisemitismus im Reichstag, judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik“ (Frankfurt am Main 2014) schreibt Susanne Wein: „Den Rechtsextremen galt besonders die Deutsche Demokratische Partei (DDP) als Inbegriff

der System- und Republikverteidigung und voller ‚Juden', die im Parlament antisemitische Angriffe zurückwies".

Zusätzlich gibt es eine Untersuchung von Martin Liepach über das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung in der Weimarer Republik (Tübingen 1996). Danach haben 1930 64 Prozent der Juden in Deutschland die DDP gewählt, 28 Prozent die SPD. Nach 1930 wählten 19 Prozent der Juden die Deutsche Staatspartei, 62 Prozent die SPD. 1932 äußerten sich die Leser der Zeitung des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens": „So war von den Lesern ein dezidiertes Wahlverhalten empfohlen: In den als sicher anzusehenden Wahlkreisen der Deutschen Staatspartei (Hamburg, Berlin und Württemberg) sollte der jüdische Wähler für diese Partei stimmen. In allen anderen außerhalb der genannten Wahlkreise sollen dann das Zentrum oder die Sozialdemokraten gewählt werden." Man brauchte 60.000 Stimmen für die Erbringung eines Mandates in einem der 35 Reichswahlkreise.

In seiner Arbeit „Die FDP von 1945 bis 1953" (Hamburg 2007) bestätigt Christoph Brauers dies für Hamburg 1930. Er schreibt: „Für die zu erwartende liberale Mini-Fraktion im neuen Reichstag im Bunde mit den Jungdeutschen suchte der Vorstand nach sicheren Wahlkreisen für ihre unverzichtbaren Fachleute. Zu diesen zählte auch der Wirtschaftsexperte der Partei Gustav Stolper, der von Carl Petersen als Hamburger Kandidat unterstützt wurde. Auf Empfehlung des Bürgermeisters nominierte der Landesvorstand Mitte August Gustav Stolper für den ersten Platz der Landesliste. Stolper war ein in Wien geborener Sohn ostjüdischer Einwanderer. Er hatte sich in den Parteigremien scharf gegen das Zustandekommen des Wahlbündnisses gewandt. Stolper selbst wurde im Wahlkampf

Judenfrage und Staatspartei

Vor zahlreicher Hörerschaft aus dem Interessen- und Aufgabenkreis der Frauengruppe des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sprach Schulrat Emmy Beckmann, M. d. B., über die Gründung und den Ausbau der Deutschen Staatspartei. Sie wies darauf hin

Wesentliche Unterschiede zwischen Deutscher Staatspartei und Parteien von rechts und links herrschen in bezug auf die kulturellen Belange. Die Staatspartei wehrt sich gegen jede Einengung deutscher Kultur, weil sie die Geschichte des deutschen Volkes kennt. Weil sie weiß, daß seine Kultur hervorgegangen ist aus dem Zusammenwachsen vieler Wurzeln. Sie weiß, daß das deutsche Volk Heidentum, Christentum und Judentum in sich aufgenommen und in sich verarbeitet hat. Dies Wissen

Hamburgischer Correspondent, 16.1.1931

mit einer üblen Hetzkampagne von Seiten der Nazis wegen seiner jüdischen Abstammung überzogen." (S.76)

Gustav Stolper erzielte 1930 das reichsweit beste Ergebnis für die Deutsche Staatspartei und blieb Hamburger Abgeordneter bis 1932.

Soviel zu der Expertise von Micha Brumlik, der die Deutsche Staatspartei als „rechtsradikale Splitterpartei" charakterisierte.

Wahlkampf

Von einer Veranstaltung des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" berichtete am 16.1.1931 der „Hamburgische Correspondent". Referentin war die Hamburger Oberschulrätin und Bürgerschaftsabgeordnete Emmy Beckmann, die über die Gründung und den Ausbau der Deutschen Staatspartei referierte. „Sie wies darauf hin, dass auch diese Partei, deren Anfeindung vielfach aus missverständlicher Auffassung ihrer Zielsetzung geschehe, den Gedanken der Nation in kultureller und sozialer Hinsicht betone. Sie erkenne und wolle die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes wieder neu begründen und stabilisieren. In ihrer Stellung zur Frau, zum Frieden und zum Judentum habe sich nichts geändert. Auch in diesen drei Fragen ist die Staatspartei, die auf neuem Boden den in rasender Geschwindigkeit vorwärtsdrängenden Forderungen des Tages gerecht werden will, der programmatischen Grundeinstellung der alten Demokratischen Partei treu geblieben [...].

Wesentliche Unterschiede zwischen Deutscher Staatspartei und Parteien von rechts und links herrschen in Bezug auf die kulturellen Belange. Die Staatspartei wehrt sich gegen jede Einengung deutscher Kultur, weil sie die Geschichte des deutschen Volkes kennt. Weil sie weiß, dass seine Kultur hervorgegangen ist aus dem Zusammenwachsen vieler Wurzeln. Sie weiß, dass das deutsche Volk Heidentum, Christentum und Judentum in sich aufgenommen und in sich verarbeitet hat. Dies Wissen gibt ihr die Achtung und den Glauben an die Kulturkräfte, die seit Jahrhunderten in das deutsche Volk hineingetragen sind. Sie möchte deshalb keinen dieser Ströme missen.

Die mit der Hoffnung auf eine Stärkung ihrer Partei schließenden Ausführungen lösten lebhafte Sympathiekundgebungen für die Rednerin aus."

Staatspartei gegen Nationalsozialismus

Fast zur selben Zeit berichtete der „Hamburger Anzeiger" am 4.2.1931 von einer Kampagne der Deutschen Staatspartei:

„Die Deutsche Staatspartei

hat gestern einen energischen politischen Feldzug begonnen. In 15 Versammlungen in allen Stadtteilen, Vororten und in den Walddörfern, traten die Führer der Hamburger Organisation dem Nationalsozialismus entgegen.“

Einer der Referenten war Max Traeger, der auf einer Veranstaltung in Rothenburgsort sprach.

„Überall wurde die Kampfmethode der nationalsozialistischen Bewegung scharf charakterisiert: Mit Terror, Verleumdung des Gegners und gewissenloser Agitation will eine Partei, die den Idealismus für sich reklamiert, an die Macht gelangen. Der blinde Wille zur Macht leitet die Nationalsozialisten, kein Programm und keine Idee.

In Arbeiterversammlungen sprechen sie radikaler als die Kommunisten, in Festsitzungen der Industriellen versprechen sie, die Gewerkschaften schachmatt zu setzen. Es kommt ihnen nicht auf eine neue Inflation an, es kommt ihnen auch nicht auf eine schwere Schädigung der Hamburger Interessen an, wie die Einfuhrmonopole zeigen, die von den Nationalsozialisten verlangt werden. Ihre politischen Pläne sind absurd; aber das Gefährlichste ist die Atmosphäre, in die sie das deutsche Volk gerissen haben, der Geist der persönlichen Verleumdung, die das politische Wissen und das politische Argument ersetzen muß.

Die Versammlungen waren gut besucht, die Diskussionen durchweg lebendig.“

Die DDP und später Deutsche Staatspartei waren geprägt durch Carl Petersen, der jahrelang Bürgermeister in Hamburg gewesen war, zeitweise Parteivorsitzender der DDP, ein linksliberaler Kaufmann, der sich in den letzten Jahren vor 1933 mit Rudolf Roß von der SPD als Bürgermeister abwechselte. Petersen war ein strikter Gegner der NSDAP. Noch 1932 hoffte er, „dass die Hamburger Bürger es ablehnen werden, sich von Herrn Hitler kommandieren zu lassen.“ Er rief auf „gegen allen Radikalismus von rechts und von links, gegen Demagogie und Phrasenlärm, gegen politischen Dilettantismus und zersetzende Kräfte.“ (Erich Lüth: Carl Petersen – Wegbereiter des Bündnisses zwischen Bürger und Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1971, S. 27)

Max Traeger war seit 1927 Bürgerschaftsabgeordneter der DDP/Deutsche Staatspartei. Er verehrte sowohl Carl Petersen wie auch Rudolf Roß und hatte einen sehr engen Kontakt zu den anderen Pädagog_innen, die als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft als SPD- oder DDP-Mitglieder dem Parlament angehörten. Erich Lüth nennt in seinen diversen Büchern zur Geschichte der Bürgerschaft immer wieder Max Traeger in einem Zusammenhang mit Richard Ballerstaedt, Heinrich Landahl, Emmy Beckmann, Theodor Blinckmann und Johannes Schult, allesamt eindeutige Nazigegner. (Erich Lüth: Hamburgs Schicksal lag in ihrer Hand, Geschichte der Bürgerschaft, Hamburg 1966)

Unter der Führung von Carl Petersen forderte die DDP/Deutsche Staatspartei bei jeder Gelegenheit eine härtere Gangart gegenüber den Nationalsozialisten. Petersen warnte davor, das Bündnis mit den Sozialdemokraten zu gefährden (Brauers 2007, S. 79). Er sagte im Bürgerschaftswahlkampf 1931: „Welchen Hamburger packt nicht bei dem Gedanken ein Grauen, dass Hitler Hamburgs Senatoren ernennen würde.“ (S. 80).

Brauers beschreibt, dass fast überall im Reich die Liberalen aufgrund der schlechter werdenden Wahlergebnisse in Aufregung gerieten. Mit Sorge sah man, dass die Wähler sich immer stärker in Richtung radikaler Parteien, der NSDAP und der KPD, orientierten. Die Hamburger Staatspartei blieb im Sommer 1932 noch verhältnismäßig homogen. Man erwog eine Listenverbindung mit der SPD unter einem Spitzenkandidaten Petersen.

Schockierend war, dass bei der Reichstagswahl im Juli 1932 unter 608 Abgeordneten gerade noch vier der Deutschen Staatspartei angehörten. SPD und Staatspartei hatten in der Hamburgischen Bürgerschaft

Staatspartei gegen Nationalsozialismus.

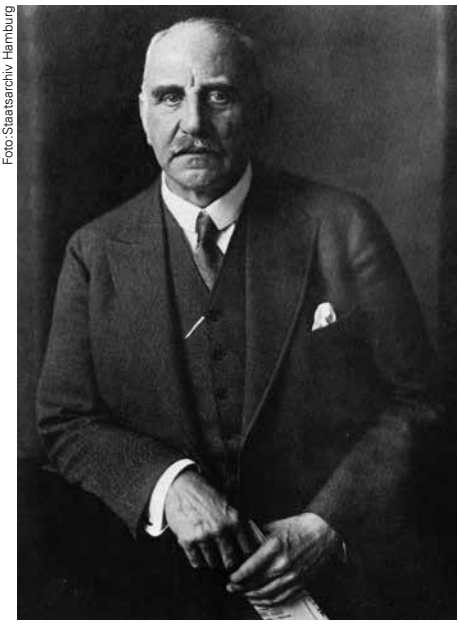
15 Versammlungen am Dienstagabend.

Die Deutsche Staatspartei hat gestern einen energischen politischen Feldzug begonnen. In 15 Versammlungen in allen Stadtteilen, in den Vororten und in den Walddörfern, traten die Führer der Hamburger Organisation dem Nationalsozialismus entgegen. Reichstagsabgeordneter Dr. Stolper sprach im Klinker, temperamentvoll und schlagfertig wie immer. In Fuhlsbüttel sprach Senator a. D. Dr. Stubmann, in Eimsbüttel Senator Eckhold aus Lübeck, in St. Pauli Dr. Eichholz, in Eppendorf Oberregierungsrat Dr. Grau, in St. Georg Nobiling, in Rothenburgsort Träger,

Ueberall wurde die Kampfmethode der nationalsozialistischen Bewegung scharf charakterisiert: Mit Terror, Verleumdung des Gegners und gewissenloser Agitation will eine Partei, die den Idealismus für sich reklamiert, an die Macht gelangen.

Hamburger Anzeiger, 4.2.1931

Foto:Staatsarchiv Hamburg



Bürgermeister Carl Petersen

seit 1931 keine Mehrheit mehr gehabt. Das Werben für einen „Rechtssenat", ohne die SPD, fand insbesondere von Seiten der DVP seit 1931 statt. Im Januar 1933 verstärkte sich von bürgerlicher Seite der Druck auf die Staatspartei, die sich bislang verweigert hatte.

In Preußen war der demokratisch gewählte Ministerpräsident Otto Braun (SPD) im Juli 1932 durch einen Staatskommissar ersetzt worden

Nach der „Machtergreifung" Hitlers in Berlin am 30.1.1933 hielt auch Heinrich Landahl, zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der Deutschen Staatspartei in Hamburg, die politische „Gleichschaltung" Hamburgs nur noch für eine Frage der Zeit. Mit einer Beteiligung der Staatspartei an einem NS-Senat glaubte er, das Schlimmste verhindern zu können.

Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Staatspartei in der Bürgerschaft, Christian Koch und Finanzsenator Walter Matthaei, „der stabile parlamentarische Mehrheiten zur Bewältigung der Folgen der Wirtschaftskrise für dringend geboten hielt", teilten diese Auffassung.

Bürgermeister Petersen, durch eine schwere Gicht daran gehindert, in dieser komplizierten Situation seinen Einfluss geltend zu machen, protestierte entschieden gegen jede Form der Zusammenarbeit seiner Partei mit der NSDAP. Obwohl ans Bett gefesselt (er war, laut Erich Lüth, zu diesem Zeitpunkt ein schwerkranker Mann, außerstande zu gehen und zu schreiben, Lüth 1971, S. 27), hatte er sich im Januar von Parteifreunden dazu überreden lassen, seine Autorität und seinen Namen noch einmal in die Waagschale zu werfen und gemeinsam mit dem Württemberger Reinhold Maier und Hermann Dietrich in einem Triumvirat die Führung der angeschlagenen Staatspartei übernommen. Für die auf den 5. März 1933 festgelegte Reichstagswahl schloss er eine Annäherung an die Nazis noch immer kategorisch aus. Stattdessen führte der Reichsvorstand Verhandlungen mit der SPD über eine Listenverbindung, die dann auch eingegangen wurde.

Damit kam die Berliner Parteiführung Christian Koch und Heinrich Landahl in die Quere, die in Hamburg Koalitionsverhandlungen mit NSDAP, DVP und DNVP aufgenommen hatten. Zwischenzeitlich hatte Landahl immerhin ausgehandelt, dass ein Senat zur Hälfte aus Mitgliedern der NSDAP und zur anderen Hälfte aus Mitgliedern der Deutschen Staatspartei, der DVP und der DNVP gebildet würde. Er glaubte immer noch, die parlamentarisch unerfahrenen Nationalsozialisten dabei in gewisser Weise in Schach zu halten. Landahl selbst war zu diesem Zeitpunkt als Schulsenator vorgesehen.

Nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 erließ Hitler die Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat", die der Verfolgung der Opposition einen legalen Anstrich gab. Der geschäftsführende Hamburger Senat bekam die Folgen der Verordnung bald zu spüren. Innenminister Frick verlangte ein auf zwei Wochen befristetes Verbot des sozialdemokratischen „Hamburger Echos" wegen „verleumderischer Artikel" gegen die Reichsregierung. Eine beabsichtigte Zumutung für die SPD-Senatoren.

Am 3. März 1933 erklärten der zweite Bürgermeister Rudolf Roß und die SPD-Senatoren Schönfelder, Krause, Neumann, Eisenbarth und Ehrenteit ihren Austritt aus dem Senat. Auch der schwerkranke Carl Petersen resignierte. In seinem Rücktrittsschreiben als erster Bürgermeister kam seine ganze Enttäuschung über die politische Entwicklung der letzten Wochen zum Ausdruck:

„Ich habe an Herrn Bürgermeister Roß unter dem 1. März 1933 ein Schreiben gerichtet, in dem ich mein Amt zur Verfügung gestellt habe. Der dringenden Bitte, die Herr Bürgermeister Roß und die Herren Senatoren Dr. Matthaei und Dr. de Chapeaurouge mir gegenüber aussprachen, dass ich die ohnedies zugespitzte Lage nicht durch meinen Rücktritt noch erschweren möge, habe ich mich dann gefügt. Ich habe in dieser Unterredung darauf hingewiesen, dass ich meine Lebensaufgabe in einer Versöhnung von Arbeiterschaft und Bürgertum gesehen habe. Die Entwicklungen, die jetzt vor sich gehen, scheinen mir an den Präsidenten des Hamburgischen Senats Forderungen zu stellen, die weder mit der Hamburgischen Überlieferung

noch mit der Besonderheit dieses Amtes vereinbar sind."

Die Nationalsozialisten in Hamburg erhöhten nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 die Bedingungen für eine Koalition. „Statt eines Kandidaten der bürgerlichen Parteien für das Amt des Ersten Bürgermeisters bestanden sie darauf, dieses Amt mit einem Mann ihrer Wahl – dem Kaufmann Carl Vincent Krogmann – zu besetzen." (Brauers, S. 85)

Die Diskussion innerhalb der Fraktion der Deutschen Staatspartei war langandauernd, kontrovers und heftig. Die Befürworter einer Koalition wollten so versuchen, der dem Hamburger Handel und Hafen schadenden Autarkiepolitik die Spitze zu nehmen. Außerdem wollten sie die Polizeigewalt nicht einem Nazi überlassen und generell einen terroristischen Maßnahmenstaat verhindern.

„Am Ende war nach einer nächtlichen Marathonsitzung die Mehrheit in der 18-köpfigen DStP-Fraktion zur Koalition mit den Nazis bereit. Abgesehen vom erkrankten Carl Petersen gab es nur eine Handvoll Aufrechte in der liberalen Fraktion." (Brauers, S. 85)

Es gibt keine personenbezogenen Unterlagen darüber, wer sich innerhalb der Fraktion für oder gegen einen Koalitionssenat aussprach. Die Haltung von Max Traeger ist nicht dokumentiert, ich vermute, dass er auf Seiten des von ihm verehrten Carl Petersen stand.

Auch an der Neuwahl des Senats, von den Nazis auf den 8. März festgelegt, wollte und konnte der ans Bett gefesselt Petersen nicht mehr teilnehmen und legte am Vortag sein Mandat nieder. Carl Petersen erholte sich nicht wieder und starb am 6. November 1933.

Jüdische Abgeordnete der DDP/Deutsche Staatspartei in Hamburg waren auch Max Eichholz und Valentin Burchard, die später von den Nazis in KZs verschleppt wurden, Eichholz ins KZ Sachsenhausen und später nach Auschwitz, wo er 1942 ermordet wurde, Valentin Burchard 1941 ins Ghetto Minsk. Der jüdische Reichstagskandidat Gustav Stolper war 1933 in die USA emigriert.

Über Landahl schrieb Brauers:

„Ihre Hoffnung (Koch und Landahl), die Nationalsozialisten durch politische Kooperation womöglich zu zähmen und zu zivilisieren, war bestenfalls naiv. Genützt hat die Anpassung nach rechts nichts. Kaum waren die Nazis an der Macht, verlor Landahl Bürgerschafts-und Reichstagsmandat und wurde bald auch als Schulleiter der Lichtwark-Schule entlassen. Nur dank der Warnung eines ehemaligen Schülers konnte er unmittelbar vor seiner Verhaftung untertauchen. Einige Wochen musste er sich versteckt halten und führte anschließend ein zurückgezogenes Leben im Privaten." (S. 97)

In seiner Broschüre: „Die Auflösung der Hamburgischen Bürgerschaft im Jahre 1933" (Hamburg 1993) hatte Christoph Brauers festgehalten, dass der SPD am 22.6.1933 im ganzen Reich jede weitere Betätigung untersagt und ihre Mandate im Reichstag und in den Landtagen eingezogen wurden. Am 7. Juli 1933 wurde nach einer Verfügung des Reichsinnenministers die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschlägen der SPD für den Reichstag und die Landtage für unwirksam erklärt. Da auch die fünf Reichstagsabgeordneten der Staatspartei ihre Mandate über die SPD-Liste erworben hatten, galt die Verfügung des Reichsinnenministers auch für die nach der Ländergleichschaltung noch in der Bürgerschaft verbliebenen vier Staatsparteiler." (S. 33f.)

Brauers stellte dazu fest:

„Aber bereits in den vergangenen Wochen und Monaten seit Krogmanns Amtsantritt waren die Abgeordneten Christian Koch, Max Traeger, Walter Schües und Otto Hertling im Parlament nicht mehr in Erscheinung getreten; Finanzsenator Matthaei war Mitte Mai aus seinem Amt ausgeschieden." (Brauers 1993, S. 34)

Der damalige Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Werner Jochmann, hatte den Gesamtprozess so beschrieben:

„Die Deutsche Staatspartei, die sich im Gegensatz zum Reich in Hamburg dank des Ansehens von Bürgermeister Carl Petersen und dank der sachlich überzeugenden Politik ihrer Repräsentanten im Senat und in der Bürgerschaft respektabel behauptet hatte, ließ sich unter dem Eindruck des Wahlergebnisses vom 5. März 1933 vorübergehend zu Zugeständnissen bewegen. Ihren Wahlkampf hatte sie noch für die „Freiheit der Person und des Geistes" geführt und entschieden Position gegen Gewalt und Unduldsamkeit bezogen. Ihre Hamburger Führung war für die Listenverbindung mit der SPD eingetreten, weil sie ihrer Überzeugung entsprach, dass der Stadtstaat nicht ohne die Repräsentanten der Arbeiterbewegung regiert werden könne. Allen Koalitionsangeboten der Nationalsozialisten hatten sich die maßgebenden staatsparteilichen Politiker deshalb vor dem 5. März versagt. Nun aber meinten sie, nach dem Ausschluss der Sozialdemokraten aus der Regierungsverantwortung rechtsstaatliche und liberale Grundsätze allenfalls sichern zu können, wenn sie im Senat verblieben. Sie gaben sich zwar keinen Illusionen darüber hin, dass ihr Einfluss in der Koalition gegenüber sechs Nationalsozialisten und vier Mitgliedern der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" gering sein würde. Gleichwohl hofften sie aber auf eine Chance, mäßigend zu wirken, weil die Wahl

Krogmanns zum Bürgermeister und die Verhandlungswilligkeit der NSDAP Kompromissbereitschaft zu signalisieren schienen.

So kehrte Walter Matthaei am 8. März für die Staatspartei in den Senat zurück und so stimmten ihre Reichstagsabgeordneten fünf Tage später sogar dem Ermächtigungsgesetz zu, in der erklärten Absicht, „die Möglichkeiten der gesetzlichen Entwicklung zu retten“ oder gar gegen die radikalen Kräfte in der NSDAP zu erweitern. Dass sich auch die Repräsentanten der Staatspartei an diese vage Hoffnung klammerten, hatte eine Ursache auch darin, dass ihr viele jüngere Mitglieder, insbesondere Beamte und Staatsangestellte, aus Furcht vor Benachteiligung den Rücken kehrten und sich der NSDAP näherten. Doch schon bald erkannten die Führungsgremien, dass sie ‚Recht und Freiheit' nicht mehr garantieren konnten, dass sie durch die Billigung des Ermächtigungsgesetzes Willkür und Gewaltanwendung Vorschub geleistet hatten.

Die verbliebenen entschiedenen Demokraten, die gerade in Hamburg auch nach der Bildung der Staatspartei in ihr den Ausschlag gaben, vermieden nun jedes weitere Arrangement mit den neuen Machthabern. Sie bekannten sich zu ihren Grundsätzen und zu ihrer politischen Vergangenheit, zu ihrem Streben nach einer ‚Volksgemeinschaft' aus ‚freien Bürgern'. Als sie diese Gemeinschaft in Freiheit nicht mehr sichern konnten, unterließen sie Anpassungsversuche. Auf einen harten Kern getreuer Bekenner gestützt, stand die Staatspartei bis zum Ende zu ihrem Programm. Allerdings besaß sie keinen Einfluss mehr und konnte nichts verändern. Bei der Neubildung des Senats am 18. Mai 1933 schied Walter Matthaei aus ihm aus, da die Nationalsozialisten nach der Veränderung der Machtverhältnisse in der Bürgerschaft auf die Staatspartei keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchten.“

(Werner Jochmann: Die Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft in Hamburg, in: Ursula Büttner/Werner Jochmann: Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahres 1931-1933, Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 1985, S. 62).

Henning Timpke kommentierte in seiner „Dokumentation zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933“ die Koalitionsbildung am 8.3.1933 folgendermaßen:

„In dieser Situation wurden die widerstrebenden Kräfte in der Deutschen Staatspartei und in der Volkspartei von Vertretern der Wirtschaft, des Beamtentums und großer Kreise des Bürgertums, selbst von Sozialdemokraten gedrängt, durch ihre Regierungsbeteiligung noch ein Mindestmaß an Sicherheit und Kontinuität in der Regierung und Verwaltung Hamburgs zu erhalten. Diesem Argument glaubte sich niemand verschließen zu können.“ (Frankfurt am Main 1964, S. 42)

Max Traeger 1933

Max Traeger war als Abgeordneter in der Bürgerschaft seit 1927 tätig gewesen. Er gehörte auch der Fraktion der Deutschen Staatspartei an, von der fünf Abgeordnete bei der Wahl des Senates am 8. März 1933 ihre Stimme den nationalsozialistischen und deutschnationalen Kandidaten verweigerten, die lediglich 79 Stimmen erhielten, während Walter Matthaei (Staatspartei) und Wilhelm Burchard-Motz (DVP), die schon dem vorigen Senat angehört hatten, 84 Stimmen bekamen. „Offenbar hatten fünf Abgeordnete der DStP den Rechten die Zustimmung verweigert.“ (Ursula Büttner: Der Aufstieg der NSDAP, in: Hamburg im Dritten Reich, hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005, S. 64).

Da es eine geheime Abstimmung gab, ist nicht gesichert, wer diese fünf Abgeordneten waren. Aus meiner Sicht spricht in Kenntnis der Biografie von Max Traeger alles dafür, dass er niemals einem Schulsenator Karl Witt und den anderen Nationalsozialisten seine Stimme gegeben haben konnte, die er über zehn Jahre vehement bekämpft hatte, genauso wie seine sozialistischen Kollegen, die als SPD-Abgeordnete der Abstimmung ferngeblieben waren, es gemacht hätten. Belegt ist dies nicht, ebenso wenig wie das Gegenteil.

Völlig absurd ist die von Bernhard Nette und Stefan Romey aufgestellte Vermutung, Max Traeger könnte im Oktober Hospitant der NSDAP-Fraktion in der Bürgerschaft gewesen sein. Der Hamburger Landesverband der Deutschen Staatspartei hatte sich am 26.6.1933 aufgelöst, am 7.7.1933 waren die Mandate der SPD und der Staatspartei in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Reichsverordnung annulliert worden (Ursula Büttner/Werner Jochmann (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur, Hamburg 1980, S. 163). Nach dem 28.6.1933 haben überhaupt keine Sitzungen der Hamburgischen Bürgerschaft mehr stattgefunden! Und Max Traeger war von den Nationalsozialisten aus seinem Schulleiteramt und allen Ehrenämtern entlassen worden.

Mit wilden Spekulationen und absurden Vermutungen wird versucht, einen Mann in die Nähe der Nationalsozialisten zu rücken, der mit diesen nachweislich überhaupt nichts zu tun hat. Beschämend.

Ein Letztes

Ein Letztes, um nicht zu sagen, das Allerletzte:

In hlz 11/2017 werden auf den Seiten 60 und 61 zwei Plakate der Deutschen Staatspartei (1930) und der FDP aus dem Jahre (1949/50) abgedruckt, mit

© ullstein bild – Conti-Press

Emmy Beckmann

der Unterzeile: „Kann jemand, der 1930 die Volksgemeinschaft propagiert... und 1949/50 einen Schlussstrich unter die Nazivergangenheit fordert, der GEW als Vorbild dienen?“ Beide Plakate sind übrigens auch in dem von Micha Brumlik und Benjamin Ortmeyer herausgegebenen Buch abgedruckt (Seite 25 und 40).

Als großen Schlag haben sich die beiden von B. Ortmeyer so genannten „Hamburger Antigeschichtsrevisionisten“ Bernhard Nette und Stefan Romey ausgedacht, als Alternative zu Max Traeger die Hamburger Pädagogin *Emmy Beckmann* als Vorbild für die GEW zu empfehlen. Mit Süffisanz verweisen sie darauf, dass Emmy Beckmann in dem von mir und Volker Ullrich 1988 herausgegebenen Buch: „Der Traum von der Freien Schule. Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik“, Hamburg 1988, S. 342 ff. porträtiert worden ist. Und in der Tat ist Emmy Beckmann, die erste Oberschulrätin in Hamburg, eine sehr respektable Person gewesen. Aber ist sie für die GEW eine Alternative zu Max Traeger als Namensgeberin für die Stiftung?

Sie war mit Max Traeger gemeinsam Fraktions-Mitglied der DDP und der Deutschen Staatspartei. In diesem Beitrag habe ich einen Artikel im „Hamburgischen Correspondent“ zitiert, der von einer Veranstaltung berichtet, auf der sich die Bürgerschaftsabgeordnete Emmy Beckmann für die Deutsche Staatspartei 1931 einsetzte. Und während Max Traeger nach 1945 zwar Mitglied auch der FDP wurde, aber schwerpunktmäßig für die neu aufgebaute Lehrerorganisation in Hamburg und dann als Bundesvorsitzender der GEW arbeitete, war Emmy Beckmann von 1949 - 1957 auch wieder Bürgerschaftsabgeordnete der FDP geworden, also in den Zeiten Politikerin für die Partei, von der Ortmeyer und Co. Plakate ausgegraben haben, die belegen sollen, dass jemand wie Max Traeger unmöglich der GEW als Vorbild dienen könne.

Hier fehlt nicht nur die Stringenz in der Argumentation, hier wird deutlich, wie hergeholt versucht wird, jemanden zu diskreditieren. Und, es gibt noch ein anderes Argument, warum Emmy Beckmann, bei allen Verdiensten, die sie auch aus meiner Sicht zweifellos hat, als Vorbild für die GEW nicht infrage kommt: *Sie war 1948 aus der GEW (Gesellschaft der Freunde) ausgetreten,* weil sie mit der von Schulsenator Heinrich Landahl mit Unterstützung der Gesellschaft der Freunde eingeführten sechsjährigen Grundschule in Hamburg als Philologin nicht einverstanden war. Und weil Stefan Romey und Bernhard Nette ihren Beitrag in dem Brumlik/Ortmeyer-Buch überschrieben haben: „Es ist Zeit für die ganze Wahrheit“, soll auch nicht verschwiegen werden, dass Emmy Beckmann als FDP-Mitglied 1953 der Bürgerschaft angehörte, als der sogenannte „Hamburg-Block“ die Regierung übernahm, ein Bündnis aus CDU, FDP, Deutscher Partei (DP) und dem „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE).

Dieser Hamburg-Block machte den parteilosen Prof. Hans Wenke zum Schulsenator in Hamburg, dessen Hauptaufgabe es war, die sechsjährige Grundschule wieder zurück zu entwickeln. Es stellte sich später heraus, dass Hans Wenke deutlich NS-belastet war. Benjamin Ortmeyer hatte die von Hans Wenke geschriebenen Beiträge in der von Wenke herausgegebenen Zeitschrift „Die Erziehung“ von 1934-1942 dokumentiert und mir kollegial zur Verfügung gestellt. Für den zweiten Band der „Täterprofile“ habe ich eine Biografie über Hans Wenke geschrieben („Täterprofile“ Bd. 2, Hamburg 2017, S. 208ff).

Und wenn Micha Brumlik wieder einmal bei Wikipedia nachschaut, würde er sehen, dass unter BHE vermerkt steht: „Unter den Mitgliedern der Partei fanden sich auch in leitenden Funktionen zahlreiche Mitglieder der NSDAP, darunter auch verurteilte Kriegsverbrecher.“

Damit möchte ich nicht Emmy Beckmann diskreditieren, sondern nur belegen, dass es 1960 nicht so einfach war, Vorbilder zu finden, die in diesen schwierigen Zeiten (von 1930 bis 1945 und danach) gelebt und gearbeitet haben.

HANS-PETER DE LORENT

Verantwortung übernehmen

Gedenken und Erinnern nicht als Selbstzweck, sondern als Lehrstück für den Umgang mit den heutigen Fragen der Zeit

Als Bildungsgewerkschaft im DGB leben wir nicht in einem Elfenbeinturm, sondern beziehen immer wieder klar Stellung auch zu gesellschaftspolitischen Themen. Das schließt Gedenken und Erinnern ein. Mehr noch: Als GEW verstehen wir Gedenken und Erinnern als gewerkschaftliche Aufgabe.

Für uns steht fest: Das unermessliche Leid und das Grauen, das die beiden Vernichtungskriege und die Schreckensherrschaft der Nazis über die Menschen gebracht haben, dürfen sich nie wiederholen. Deshalb müssen wir unser Bekenntnis zu Frieden, Demokratie und Freiheit immer wieder erneuern. ‚Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!' Dafür stehen die Gewerkschaften! Dafür treten wir mit all unserer Kraft ein!

Seit 1957 ist der Antikriegstag ein Tag des Erinnerns und des Mahnens. Seitdem erinnern nicht nur die Gewerkschaften am 1. September daran, dass es dieser Tag war, an dem Nazi-Deutschland 1939 Polen überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg entfachte. Wir gedenken an diesem Tag der Schrecken zweier Weltkriege, die über 80 Millionen Tote gefordert haben.

Der 9. Mai ist der Jahrestag der Befreiung von der NS-Herrschaft.

Am 9. November gedenken wir der Opfer der Reichsprogromnacht.

Solche Daten mit den zugehörigen Veranstaltungen sind erinnerungspolitisch bedeutsam, um die Geschehnisse wachzuhalten. Daher haben sie unsere Unterstützung.

Was folgt aus der Erkenntnis des Zivilisationsbruches während der NS-Zeit für uns als Bildungsgewerkschaft?

Erstens: Als GEW verstehen wir Friedenserziehung als pädagogische Aufgabe.

Pädagoginnen und Pädagogen, so die Position der GEW, sind in besonderer Weise gefordert, sich in den Bildungseinrichtungen mit den verschiedenen Formen von Rassismus auseinanderzusetzen. Der pädagogische Auftrag lautet: Werte wie Gleichberechtigung, Respekt und Solidarität zu vermitteln und junge Menschen über die Gefahren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und extremistischer Strömungen aufzuklären.

Die GEW will sich ihrer Vergangenheit stellen und ist auch bereit, Konsequenzen zu ziehen

Friedenserziehung, so unsere Position, muss ein Kernziel von Bildung sein. In Kitas, Schulen, Hochschulen, der beruflichen Bildung und der Weiterbildung muss der Wert eines friedlichen Miteinanders aller Menschen anschaulich vermittelt werden. Frieden, so unsere Überzeugung, kann man lernen. Und daher unterstützen wir die alljährlichen Ostermärsche für Frieden.

Zweitens: Als GEW verknüpfen wir Gedenken und aktives Eintreten gegen rechts.

Gedenken und aktives Eintreten gegen rechts gehen Hand in Hand. So ist es oft die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die uns ermutigt, heute aktiv zu werden gegen die alltäglich zu beobachtende Ausgrenzung auch und insbesondere vor der eigenen Haustür. Daher ist Erinnerung notwendig, und daher hat Erinnern und Gedenken nicht nur eine rückwärts-gewandte Seite, sondern weist immer auch in die Zukunft. Denn: Erinnern bedeutet, für die Gegenwart und für die Zukunft zu lernen.

Wir betonen die Bedeutung einer lebendigen Erinnerungskultur für die Demokratie. Völkisches und nationalistisches Denken werden wieder stärker, rechtspopulistische Stimmungsmache sowie rassistische Hetze und Gewalt nehmen in Deutschland und Europa zu: Auch deshalb muss die Erinnerung an die NS-Verbrechen wach gehalten werden.

Und daher wehren wir uns engagiert gegen die verschiedenen Strömungen innerhalb der Neuen Rechten, gegen Pegida, Hogesa, die Autonomen Nationalisten, die Identitären wie auch deren parlamentarische Auswüchse: die AfD.

Rechtspopulistische Gruppierungen und andere Organisationen der extremen Rechten vertreten nicht nur eine reaktionäre, rechte Politik und bedienen und befeuern in ihrem politischen Handeln gefährliche Ressentiments, sie stehen auch programmatisch sämtlichen Zielen und Aufgaben der GEW diametral entgegen. Mit Gruppierungen, die die Gleichheit aller Menschen bestreiten, kann man nicht

in einen Dialog treten, sondern man muss ganz klar Gegenpositionen beziehen. Das ist Aufgabe der Gewerkschaften und auch der GEW.

Drittens: Als GEW kehren wir auch vor der eigenen Tür.

Die GEW Hamburg versteht sich als eine demokratische und antifaschistische Organisation. Sie setzt sich gegen rassistische, nationalistische und militaristische Aktivitäten ein und fördert Maßnahmen zum Ausbau von Demokratie, Humanität und Frieden. Die GEW Hamburg kann auf eine über 200jährige Organisationsgeschichte zurückblicken und verbindet Erinnerung mit Erkenntnis und Verantwortung. Hierzu zählt auch die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und der Geschichte der eigenen Organisation vor und während und nach der NS-Zeit.

Im Kontext der Diskussionen um die Rolle Max Traegers, des ersten Bundesvorsitzenden sowie Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde und der GEW Hamburg, hat die GEW beschlossen, sich mit weiteren Fragen zu ihrer Geschichte zu beschäftigen. Dieses Projekt wurde nun – in Zusammenarbeit mit dem Verantwortlichen der Kulturbehörde für Gedenkkultur, der Forschungsstelle für Zeitgeschichte an der Uni Hamburg sowie engagierten GEW-Mitgliedern – auf den Weg gebracht. Das heißt: Wir sind aktiv auch im eigenen Haus und betreiben die Aufarbeitung der Geschichte der GEW und ihrer Vorläuferorganisationen. Die GEW will sich ihrer Vergangenheit stellen und ist auch bereit, Konsequenzen zu ziehen.

FREDRIK DEHNERDT,
stellvertretender Vorsitzender
GEW Hamburg

GEW-Salon

VORANKÜNDIGUNG

Auf der Suche nach Verfassungsfeinden. Der Radikalenbeschuss in Hamburg 1971-1987

Vortrag und Diskussion mit anschließender Lesung aus „Die Hexenjagd“

Hans-Peter de Lorent hat in seinem 1980 veröffentlichten Roman „Die Hexenjagd“ beschrieben, wie ein Lehrer das „Berufsverbotsverfahren“ erlebte: Anhörung beim Senator, Konflikte in der Schule, Solidaritätsveranstaltungen und psychische Belastung. Aufgrund der Ähnlichkeit mit seinem eigenen Verfahren stellte der Senat einen Strafantrag wegen Beleidigung und übler Nachrede – vor Gericht gewann der Autor: Der Roman sei von der Kunstfreiheit geschützt. „Als selbst Betroffener habe ich meine Empörung und Wut einer allmächtigen Behörde gegenüber von der Seele geschrieben“, so de Lorent. Er war von 1990 bis 1996 GEW-Vorsitzender in Hamburg.

**Montag, 4. Juni 2018, 18 Uhr,
Curiohaus, Raum A**

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson,

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: GEW/hlz

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 5-6/2018: 2.5.2018

GEW TERMINE – APRIL 2018

Referat F	**Gruppe Gewerkschaftliche Bildung** Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, mailto: rolandstolze@gwhmail.de
Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Grundschule/Vorschule	03.05.2018, 17.00-19.00 Uhr, Raum A
FG Stadtteilschulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Berufliche Schulen	18.04.2018, 16.30-19.00 Uhr, GBW 23.05.2018, 16.30-19.00 Uhr, Raum A
FG Gymnasien	04.06.2018, 19.00-20.30 Uhr, Raum B
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
Bildung ohne Bundeswehr	19.04.2018, 19.00-21.00 Uhr, Raum B
FG Sonderpädagogik und Inklusion	22.05.2018, 17.00-19.00 Uhr, GBW
FG Hochschule u. Forschung	07.05.2018, 18.00-20.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	22.05.2018, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
AG Flucht u. Bleiben	26.04.2018, 18.00-21.00 Uhr, Raum A 02.05.2018, 18.00-21.00 Uhr, Raum C
Bleiberechtsausschuss	24.04.2018, 19.00-21.30 Uhr, Raum C 22.05.2018, 19.00-21.30 Uhr, Raum C
AG Bildung statt Kinderarbeit	17.04.2018, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
Friedensausschuß	24.04.2018, 15.00-17.00 Uhr, Raum B 24.04.2018, 17.00-21.00 Uhr, Raum A
AG Drohnen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Rüstungsexporte	In der Geschäftsstelle nachfragen
BG Ruheständler	02.05.2018, 10.15-13.00 Uhr, Raum A
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	19.04.2018, 17.00-19.00 Uhr, Raum C
AG Schulleitungen	09.05.2018, 18.00-20.00 Uhr, GA Zimmer 28.05.2018, 18.00-20.00 Uhr, GA Zimmer
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	25.04.2018, 19.00-21.00 Uhr, GBW 30.05.2018, 19.00-21.00 Uhr, GBW
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	07.05.2018, 18.30-21.00 Uhr (Fakultät EPB PI) von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 009
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Queere Lehrer*innen	22.03.2018, 18.30-21.00 Uhr, Raum C

Für aktuelle Termine bitte auch auf unsere website unter: https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine **gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.**

Das HLZ-Rätsel

Neuer Chef – neuer Stil?

Hamburgs neuer Bürgermeister soll einen anderen Stil haben als König Olaf. Dazu könnte passen, dass einige Medien seine Vergangenheit als Zivildienstleistender herausstellen. Aber ist Peter Tschentscher damit ein Bürgermeister neuen Typs?

Bildnachweis: Bundesrat/Frank Bräuer - CC BY-NC-SA 2.0

Bürgermeister Peter Tschentscher

Welcher Bürgermeister vor Tschentscher leistete schon Zivildienst?

a) Ortwin Runde
b) Ole von Beust
c) Christoph Ahlhaus
d) Olaf Scholz

Einsendungen bitte mit Postanschrift bis zum 2.5.2018 an die hlz, am besten an *hlz@gew-hamburg.de*. Als Preis winkt ein Gutschein für das *Parlament,* dem Restaurant im Rathauskeller. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Des letzten Rätsels Lösung...

Bildnachweis: wikimedia/Metrophil44 - CC-BY-SA-4.0

8000 verkaufte Bahnsteigkarten im Jahr: Hamburg droht keine Revolution (nach Lenin)

… ist a) 2400 Euro. Diesen Superumsatz machte der HVV zuletzt mit seinen Bahnsteigkarten, für deren Abschaffung sich gerade die CDU stark machte.
Das wusste auch unsere Gewinnerin Ines Radionow-Knabe. Sie bekommt den Stadtführer *Hamburg: 20 thematische Spaziergänge von stattreisen-hamburg.*
Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Aus dem allgemeinen...

Ostern liegt zwar schon einige Zeit zurück und die ewige Frage danach „Was war zuerst: die Henne oder das Ei?“ ist auch in diesem Jahr wieder nicht geklärt worden. Dabei könnte eine letztgültige Antwort darauf erstaunliche Folgen in gesellschaftlichen Bereichen haben, die nun wirklich nicht in erwartbarem Zusammenhang mit der Biologie stehen. Oder etwa doch? Zumindest ein wenig?

Der Begriff des „generischen Maskulinums“ weist doch vom Wort her auf eine biologische Kategorie hin, nämlich auf das Männliche; dieses soll allerdings, so will es der Gesetzgeber, „geschlechtsblind“ sein. (Für Sprachregelungen in unserem Beruf hieße das also, dass z.B. mit dem Wort „Lehrer“ nicht der Mensch mit männlichem Genital gemeint ist, sondern ein geschlechtsloses Wesen, das nur nach dem grammatischen Geschlecht – Genus – männlich ist.) Mit dieser Begründung hat der Bundesgerichtshof Mitte März die Klage von Marlies Krämer abgewiesen. Sie hatte dagegen geklagt, dass sie von ihrer Sparkasse nicht geschlechtergerecht (also als Kundin, Einzahlerin, Kreditnehmerin usf.) angesprochen wird, sondern ihre Geldgeschäfte „geschlechtsblind“ als Kunde oder Einzahler oder Kreditnehmer vornehmen muss.

Und was hat das Urteil des Bundesgerichtshofs nun mit der Einstiegsfrage zu tun?! Die Sprache des Gesetzgebers ist letztlich ausschlaggebend dafür gewesen, dass auch in Zukunft Einzahlerinnen als Einzahler bezeichnet werden dürfen, ohne dass sie sich dadurch „geringgeschätzt“ fühlen dürfen. Mit welcher Begründung, gar Autorisierung kann der Gesetzgeber seine Sprachregelung als die letztlich gültige festsetzen, auf Grund derer er Urteile fällt? Mit der Begründung, dass sein Sprachgebrauch den allgemeinen Sprachgebrauch widerspiegelt (BGH-Selbsteinschätzung) – oder eben ausblendet. Denn längst wird in Stellenanzeigen, in behördlichen Schreiben usf. geschlechtergerecht formuliert. Der Gesetzgeber schmort also im eigenen Saft, will sagen: in einem Sprachgebrauch, der nicht mehr den allgemeinen widerspiegelt, den er entschieden gegen die Dynamik alltagssprachlicher Veränderungen abschottet, bei gleichzeitigem Postulat, eben diese aufzunehmen. Das kann also nicht das Ende der Klage für sprachliche Gleichbehandlung von Frauen gewesen sein. Frau Krämer geht in die nächste Instanz.

Aber darüber wollte ich eigentlich gar nicht schreiben, das ist mir quasi dazwischen geraten, als ich überlegt habe, wie ich den Konflikt darstellen könnte, den wir in der Redaktion zur Karikatur auf Seite 2 der letzten hlz hatten. Vorgeschlagen war die Frau auf der Waage. Die fand ich „blöd“ (um es mal rein gefühlsgesteuert auszudrücken). Der nun entstandene Konflikt betraf zwei Aspekte: Würden wir, wenn wir die Kari nicht abdrucken, einer Richtung der „me too“-Debatte hinterher laufen, in dem wir die Beurteilung von Kunst dem Zeitgeist unterwerfen? Selbstzensur üben? (Was da augenblicklich in einigen Muse-

en geschieht, ist uns allen unheimlich bis gefährlich.) Und der zweite Aspekt: Wie sehr widerspräche der Abdruck der Kari unserer Schreibregelung? (Ihr wisst: der geschlechtergerechte Unterstrich.) Da wie so oft auch diese heiße Diskussion in der heißen Phase (nämlich zwei Stunden vor Fertigstellung der hlz-Druckvorlage) entbrannte, haben wir uns mit einer thematisch ganz anderen Kari beholfen. Mehr war in dem Moment mehrheitlich nicht drin. Unter dem Gesichtspunkt einer formalen Geschlechtergerechtigkeit hätten diese zwei Karikaturen z.B. nebeneinander stehen können – wenn man denn überhaupt das ausgelatschte Thema „Was Männer dürfen und Frauen nicht sollten . . .“ karikierend traktieren will.

Was die generische Gerechtigkeit angeht, schwebt mir, der Korrekturleserin, als nächster Schritt für die hlz das generische Femininum vor, das „keine Geringschätzung gegenüber Personen zum Ausdruck (bringen würde), deren natürliches Geschlecht nicht weiblich ist“ (frei nach der Urteilsbegründung des BGH). Aber das ist eine neue Debatte.

SUSANNE BERG

ANZEIGEN 04101-842 671

KREISEL e.V.
... für das Leben mit Kindern

Institut für Weiterbildung
Hamburg-Altona

So kann Inklusion gelingen!

Weiterbildung Integrative Lernförderung & Lerntherapie
Start in Hamburg: 14. September 2018 | 18. Januar 2019

Monatliche Informationsveranstaltungen
Nächster Termin: 31. Mai 2018

Infos und Anmeldung unter www.kreisel-hamburg.de

Öffentliche Zuschüsse möglich!

STORCH HEINAR

Bildung statt Kinderarbeit!

Eine Stiftung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds
Spendenkonto *fair childhood:* Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00, BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.de

Ulis Kinderland e.V. Gallentin

Spätsommer-Angebot 2018
Klassenfahrt direkt am Schweriner See
5 Tage 4 Nächte ab 95,- €

Vollverpflegung (4 Mahlzeiten) ★ Stadtrallye Wismar ★ Schlossbesichtigung Schwerin
Schnupperreiten ★ Kistenklettern ★ Bogenschießen ★ Nachtwanderung und Lagerfeuer ★ Discoabend

Ulis Kinderland e.V., Tel. 038423 365, Fax 038423 51 359, info@ulis-kinderland.de

Schul-Organisation

Elterngespräche besser dokumentiert

entweder klassenweise im Heft oder im Einzelprotokoll mit Durchschrift. Nur 4,28 €

Bei uns erhältlich!

www.schulorganisation.com

F&L SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Körperorientierte Psychotherapie
Systemische Paartherapie
und Supervision

- Freude am Leben
- Selbstvertrauen
- Gelassenheit

Dipl. Mus. Andreas Merk
Psychotherapie HeilprG, Lehrer
Privatkasse und Beihilfe

Telefon: 040/3009 3736 ◆ www.andreasmerk.de

Hier könnte
Ihre
private oder
gewerbliche
Anzeige stehen!

albersdesign
Mediengestaltung
+Druckproduktion
Anzeigenverwaltung
04101-842 671
ca@albers.design

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundung engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de

ANZEIGEN 04101-842 671 ANZEIGEN 04101-842 671

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

Hier könnte
Ihre
private oder gewerbliche Anzeige stehen!

albersdesign
Mediengestaltung
+Druckproduktion
Anzeigenverwaltung

04101-842 671
ca@albers.design

HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit gegründet 1897

Die preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige

Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.
2017 und 2018 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.
Ihr Hausrat ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert.

Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen:
Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €.
Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme.

Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag) 040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

www.h-l-f.de (mit Prämienrechner) - info@h-l-f.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

GEW-Salon

„Wo man Bücher verbrennt…“

Erinnerung an verfolgte Autor_innen Hamburgs in Wort und Bild

Vier Wochen dauerte die Aktion „Wider den undeutschen Geist“ der „Deutschen Studentenschaft“. Ihre eindeutig antisemitische Propaganda zielte auf die Eliminierung des Judentums in allen kulturellen Erscheinungsformen. Missliebige Literatur sollte „ausgemerzt“ werden. Insbesondere in deutschen Universitätsstädten flackerten am 10.Mai 1933 Scheiterhaufen, in denen in aller Öffentlichkeit Bücher von Sigmund Freud, Erich Kästner, Heinrich Mann, Karl Marx u.v.a. verbrannt wurden.

Die erste von vier Hamburger Bücherverbrennungen fand am 15. Mai 1933 am Kaiser-Friedrich-Ufer statt, wo seit 1985 eine Gedenkanlage an das historische Ereignis erinnert. Zehn Namen von Schriftstellerinnen und Schriftstellern sind dort eingraviert. Zu wenige nach Meinung des Historikers und Publizisten Wilfried Weinke.

Gemeinsam mit dem Ausstellungs- und Buchgestalter Uwe Franzen präsentierte er 2013 in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg die Ausstellung „Wo man Bücher verbrennt … Verbrannte Bücher, verbannte und ermordete Autoren Hamburgs.“ Unter gleichem Titel veröffentlichten sie im Mai 2017 eine mehr als 370 Seiten umfassende, reich illustrierte Dokumentation. In aufwendiger Gestaltung würdigen sie Hamburger Literaturwissenschaftler, Lyriker, Dramaturgen, Journalisten, Kinderbuchillustratoren, Buchillustratoren, Rabbiner, Verleger und Fotografen. Für sie waren die Bücherverbrennungen keineswegs Provinzpossen.

In abwechslungsreicher Folge stellen Uwe Franzen und Wilfried Weinke einige dieser fast vergessenen Autor_innen in Wort und Bild vor. Die Schauspieler_innen Andreas Grötzinger und Ruth Marie Kröger sorgen durch das Lesen von Texten für einen eindringlichen Nachhall.

Dienstag, 15. Mai 2018, 19.00 Uhr

Hamburg, Curio-Haus, Raum A,
Rothenbaumchaussee 15, Eintritt frei

GEW